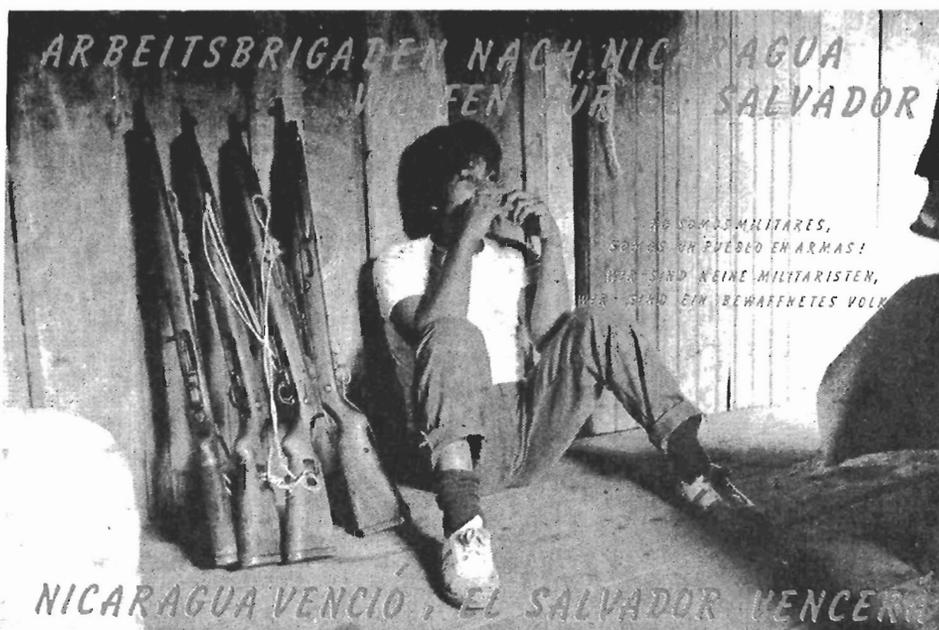


Paraguay Arbeitsgemeinschaft e.V.
- gemeinnütziger Verein -



PAG

- Die PAG informiert über die politische, wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung Paraguays und deren Hintergründe und Ursachen.
- Die PAG dokumentiert vor allem die ständigen Verletzungen elementarer Menschenrechte in Paraguay.
- Die PAG recherchiert und informiert außerdem über die Beteiligung Deutscher an der dortigen Situation.
- Die PAG unterstützt - über das paraguayische Kirchenkomitee - Campesinogemeinschaften.
- Fordern Sie unsere Informationen an über: PARAGUAY-ARBEITSGEMEINSCHAFT e.V.,
Margaretenstraße 11, 4050 Mönchengladbach 1, Tel.: (02161) 223 94
Bankverbindung: Postscheckamt Essen, Konto - Nr.: 35 24 26 - 438 (BLZ: 260 100 43)



Bestelladresse: Umweltzentrum
Bremer Str. 57
4400 Münster
Tel.: 0251/661206

59 x 42 cm
einzel: DM 2,-
30 - 100: DM 1,20 pro Stück
100 - 250: DM 1,- pro Stück

Verkauf nur gegen Vorkasse
Kontonummer 17 7015 112 bei der Stadtparkasse Münster (BLZ 400 501 40)
B. Issel, Stichwort "Plakat"

Sinn der ganzen Aktion ist, daß der Gewinn, der mit den Plakaten erwirtschaftet wird, zu 50% auf das Konto der taz "Waffen für El Salvador" überwiesen werden soll, und die anderen 50% werden an Aufbauprojekte in Nicaragua gespendet, vor allem an das Projekt Pantasma, für das allein DM 100 000,- gesammelt werden müssen.

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 127

11. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Juni 1984

Solidaritätspreis DM 4,-



Aus dem Inhalt dieser Nummer:

NICARAGUA: Situation an der Atlantikküste — GUATEMALA: Streik bei Coca Cola — MEXIKO: 1. Mai — KOLUMBIEN: Justizminister ermordet — BRASILIEN: Ökologie — COSTA RICA: "Musterdemokratie" gegen den "Weltkommunismus" — BOLIVIEN: Regierungskrise — BRD: Guatemala-Kampagne

INHALTSVERZEICHNIS

Zu diesem Heft:	3
— MEXICO: 1. Mai: 1,5 Mio Demonstranten und 2 "Mollis"	4
— MEXICO-GUATEMALA: Flüchtlingslager angegriffen: 6 Tote	8
— GUATEMALA: Coke macht mehr draus!	11
— EI SALVADOR: Presseerklärung der unabhängigen Wahlbeobachterdelegation	14
— NICARAGUA: Trabil Nani	15
Sumubila	27
— COSTA RICA: "Musterdemokratie" gegen den "Weltkommunismus"	37
— USA-ZENTRALAMERIKA: Jesse Jacksons Vorstellungen zur Mittelamerika-Politik	41
— KOLUMBIEN: Chronik eines angekündigten Todes	43
— BRASILIEN: Vom Fischerdorf zum Industriehafen	46
— BOLIVIEN: Die Krise kreis(ß)t	52
— CHILE: Chile-Chronik	54
— SOLIDARITÄT: Guatemala-Kampagne	56
— REZENSIONEN: Der bittere Geschmack des süßen Zuckers	60
Frauen in Lateinamerika	62
— EINGEGANGENE BÜCHER	63
— ZEITSCHRIFTENSCHAU	64

Zu diesem Heft

In Bolivien kreierte wieder einmal die Krise und gebar ein altes / neues Regierungsbündnis. Nach einem Jahr Enthalttsamkeit ist der MIR wieder in die Regierungen-Koalition eingetreten, was Präsident Silés Uazzo mehr Handlungsspielraum geben soll. Nicht überwunden ist die Kluft zwischen Regierung und dem Gewerkschaftsdachverband COB. Die Wirtschaftskrise und damit verbundene INF-Politik haben die Konflikte in die Reihen der COB selbst getragen. Meinungsverschiedenheiten über das zukünftige Vorgehen der bolivianischen Arbeiter bewogen sogar den COB-Vorsitzenden Lechin zum Rücktritt.

Coca-Cola in Guatemala macht wieder von sich reden. "Ihre" Arbeiter nefinden sich trotz Diktatur im Arbeitskampf. Die Gewerkschaft der Coca-Cola-Arbeiter ist seit oihrem Entstehen im Jahre 1975 ständigen Repressionen ausgesetzt gewesen, die sich in den Jahren 79/80 bis zu offenen Morden an ihren Führern steigerte. Internationale Solidaritätsaktionen und Konsumboykotte zwangen Coca-Cola schließlich zu Zugeständnissen. Heute geht es darum, daß die Unternehmensleitung den Betrieb für bankrott erklärt hat und alle Arbeiter entlassen will. Der Betrieb wurde daraufhin besetzt. Die bundesdeutschen Guatemala-Komitees rufen deshalb wieder zu einem Coca-Cola-Boycott auf. Also: In Zukunft Cuba Libre ohne Cola! Besonders hinweisen wollen wir auf den Aufruf der Informationsstelle Guatemala. Er bezieht sich auf die immer schlimmer werdende Menschenrechtssituation, die auch guatemaltekeschen Presseberichten zufolge alles bisher dagewesene Ausmaß übertrifft. Wir hoffen, daß sich dieser Aufruf in der BRD-Öffentlichkeit niederschlägt und bitten um aktives Sammeln von Unterschriften.

Erster Mai in Mexiko: Dort kam es zu einer der größten Maifeiern seit Jahrzehnten. Oppositionelle Gewerkschaftsgruppen und Parteien wurden nach Jahren wieder zur offiziellen Parade zugelassen und machten dort in Wort und Tat keinen Hehl aus ihrer Ablehnung des Krisenprogramms der Regierung.

Auch in Chile wurde der erste Mai begangen. Zum ersten Mal seit der Diktatur waren Kundgebungen offiziell erlaubt. Pinochet verließ Santiago, während Tausende von Menschen den Parque O'Higgins füllten. Dafür war der 8. Protesttag, der am 11. Mai anlässlich des einjährigen Bestehens dieser Widerstandsform ausgerufen worden war, von der Beteiligung der "Massen" her gesehen ein Reinfall. Es hat sich erneut bestätigt, was sich seit geraumer Zeit abzuzeichnen scheint: Diese Form von Protest läßt sich zur Zeit in Chile nicht weiterentwickeln. Die CNT (Comando Nacional de Trabajadores) hält an einem nationalen Streik fest, der innerhalb von 90 Tagen ausgerufen werden soll.

Im März war eine ökumenische Initiative "Frieden und Gerechtigkeit für Mittelamerika" an der nicaraguanisch-hondurenischen Grenze, um dort eine mit Arbeitseinsätzen verbundene "Friedenswache" abzuhalten. Sie hatten während ihres Aufenthalts Gelegenheit, die Mustersiedlung Tasba Pri zu besuchen, die durch die Zwangsumsiedlung von 8 000 Miskito durch die FSLN 1982 entstand. Sie schildern in ihrem engagierten Bericht ihre Eindrücke und Erlebnisse mit den dort lebenden Menschen. Ergänzt wird diese Darstellung durch die Zusammenfassung eines Forschungsberichts des CIDCA (Forschungs- und Dokumentationszentrum für die Atlantikküste) über die Geschichte und gegenwärtige Situation an Nicaraguas Atlantikküste.

Und zum Schluß - wie so oft - die Rubrik "was fehlt": Ein Hintergrundbericht zu den Präsidentschaftswahlen in Ecuador am 6. Mai, aus denen der rechtere der beiden Kandidaten, der christlich-soziale Febes Cordero als knapper gegenüber seinem sozialdemokratischen Rivalen Rodrigo Borja hervorging. Febes Cordero, Eigentümer einer Reihe von Großunternehmen, gilt als ein "Chicago-Boy", der gern auch in Ecuador die Wege des Monetarismus beschreiten will. Auch in Panama wurde nach 16 Jahren Militärrherrschaft wieder ein Präsident gewählt. Sieger wurde der Wirtschaftsexperte Ardito Barletta, der als Kandidat der Regierung und Militärs galt.

Impressum
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Jahrgang 11 der CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)

ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Christian Klemke
Druck: Movimento, Berlin West

Redaktionsschluß dieser Nummer: 17. Mai 1984

Abo-Preise:
Individuelles Abo DM 45,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
Institutionen Abo DM 60,- / Übersee Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjahreweise berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig.

Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postscheckkonto Berlin West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Im Mehrihof
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
Tel. 030/6934029

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1.6.1983

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA-NACHRICHTREN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

MEXICO

1. Mai: 1,5 Mio Demonstranten und 2 Mollis

Die diesjährige Maifeier in der Hauptstadt war die gewaltigste seit Jahrzehnten. Die Mehrheit der 1,5 Mio Demonstranten machte aus ihrer Ablehnung der Austeritätspolitik keinen Hehl. Nebenbei flogen 2 Molotov-Cocktails gegen den Nationalpalast. Diese "Mollis" nahmen Präsident de la Madrid und Anhang zum Anlaß, um der Opposition zu verdeutlichen, daß die Zeit der "Demokratischen Öffnung" der Vergangenheit angehört.

"Am 1. Mai wird es Tote geben", munkelte man in den letzten Apriltagen. Im letzten Jahr hatten bereits oppositionelle Gewerkschaftsgruppen in erbitterten Straßenschlachten versucht, in die offizielle Parade einzudringen. Angesichts der drastischen Verschlechterung der Kaufkraft, die im April durch die 30-prozentige Benzinpreiserhöhung (eine Maßnahme, die augenblicklich auf fast alle Grundnahrungsmittel mit einer noch höheren Preissteigerungsrate durchschlug) ist der Unmut der Bevölkerung allgegenwärtig, bei vielen jedoch begleitet von einem Gefühl der Ohnmacht.

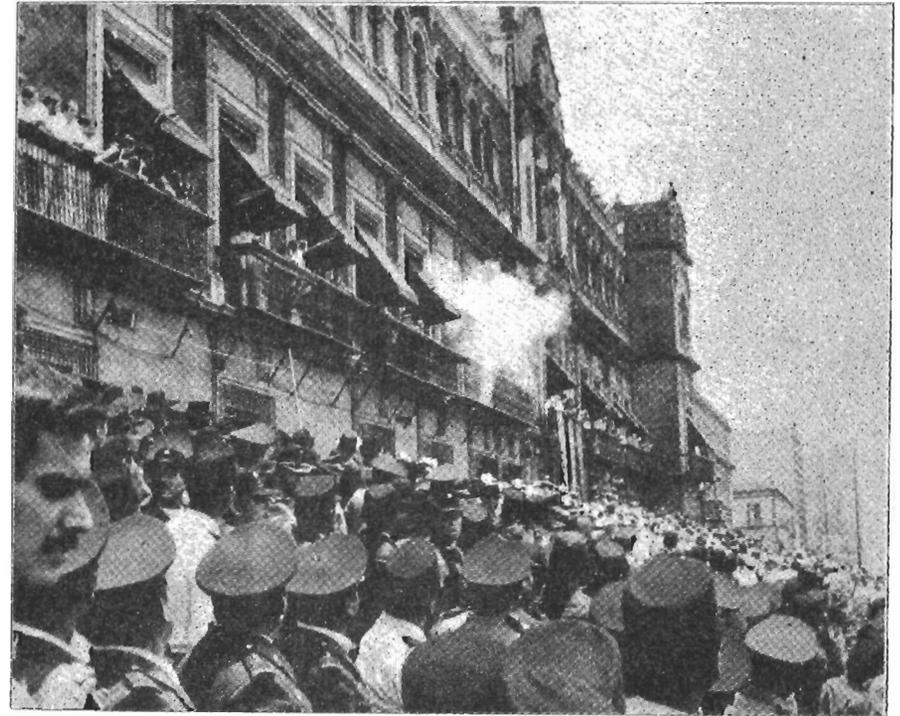
Und es wurde doch noch ein kämpferischer 1. Mai. Nach den Erfahrungen des letzten Jahres wurden auch unabhängige bzw. oppositionelle Gewerkschaftsgruppen und Parteien zur Demonstration in Mexiko-Stadt zugelassen, so daß insgesamt 1,5 Millionen Menschen teilnahmen. Das Ziel dieser Massenmobilisierung war der "Zócalo" (Hauptplatz), wo Präsident de la Madrid in Begleitung der Gewerkschaftsspitze und einiger Minister die Parade abnahm.

Um 10 Uhr eröffnete der Präsident mit militärischen Ehren den Umzug. Nach einigen Gewerkschaftsgruppen, die dem Präsidenten und der Regierung ihre Reverenz erwiesen, wurden in den Reihen bereits Transparente sichtbar wie: "Schluß mit der Rechtlosigkeit, die das Volk zu erleiden hat!" Dann Tausende von Erdölarbeitern, alle zu diesem Anlaß in leuchtendem Rot gekleidet, die die Regierungspolitik hochleben ließen. Aus ihren Reihen aber auch: "País petrolero, el pueblo sin dinero" (Erdölland, das Volk verarmt) und: "Herr Präsident, das Volk vertraut nicht einer Regierung, die nicht JLP und LEA (die früheren Präsidenten J. Lopez Portillo und L. Echeverría) das Gestohlene abnimmt". Anschließend die 1 500 Arbeiter der Getränkefirma Pascual, die sich seit Monaten im Streik befinden: "Pascual - solución. No queremos goles, queremos frijoles" (Wir wollen keine Fußball-WM, sondern was zu essen).

Gegenüber dem Präsidentenbalkon war eine Koordinationsstelle der Veranstalter eingerichtet worden, die den geordneten Ablauf der Veranstaltung überwachen sollte. Von hier aus bemühten sich drei Sprecher, für die "richtige" Stimmung zu sorgen. Sie kündigten den Einmarsch der jeweiligen Gewerkschaftsgruppen an: "Die Conferencia Mexicana de Trabajadores bekundet ihre Unterstützung des Präsidenten Miguel de la Madrid". Dann lasen sie einige Jubeltransparente vor. Doch bald gerieten sie ins Stocken, wenn sie mitten im Redefluß bemerkten, daß das Vorgelesene eine Kritik oder Forderung war. Schließlich verstummten sie, um nach einer Musikeinblendung fortzufahren: "Geht weiter. Wir bitten Euch weiterzugehen, damit diese harmonische, jubelnde Kundgebung weitergehen kann. Eure Forderungen wur-

den bereits berücksichtigt. Es gibt noch weitere Gruppen, die dem Präsidenten ihre Unterstützung bekunden wollen." Die Antwort bestand aus tausendfachen Pfiffen, Parolen und: "Streik, Streik, Streik!". Die Musik wurde aufgedreht, bis die ersten Lautsprecher ihren Geist aufgaben.

Es bedurfte nicht der heißen Maitonne, um die Kundgebung weiter aufzuheizen. Der Nachmittag begann mit einer Schlägerei zwischen unabhängigen Gewerkschaftern und regierungstreuen Gruppen um eine bessere Platzierung vor dem Nationalpalast. Unbemerkt von der Mehrheit explodierte ein Molotov-Cocktail an einem Tor des Palastes. Die Flammen wurden umgehend von der Wache gelöscht.



Die Stunde der Opposition war gekommen. Energische Parolen nach höheren Löhnen, gegen die Preistreiberei, gegen die Wirtschaftspolitik und gegen den IWF waren unüberhörbar. Im Block des Partido Revolucionario de los Trabajadores (PRT = trotzkistische Partei) wurde Rosario Ibarra de la Piedra, die unermüdliche Kämpferin für die Verschwundenen und politischen Gefangenen, auf Schultern getragen.

Ein zweiter Molotov-Cocktail landete auf dem Nachbarbalkon des Präsidenten und verletzte zwei Personen, bevor der Brand gelöscht werden konnte. Die landesweite Fernsehübertragung wurde abgebrochen, als gerade die kämpferischsten oppositionellen Gruppen vor dem Palast aus ihrer Wut und Ablehnung des Austeritätsprogramms keinen Hehl machten und mindestens 50% mehr Lohn verlangten.

Insgesamt waren es diese "Dissidenten", die der diesjährigen Maifeier ihren Stempel aufdrückten. Die gleichgeschalteten Fernsehstationen vermochten zwar das Bild zu verfälschen: ausgewählte Bilder von jubelnden Erdölarbeitern,

einige Interviews mit Funktionären, kein Originalton, sondern nur das selektiv Wahrgenommene der Kommentatoren. Dafür waren am 2. Mai die "Molli" der große Aufmacher aller Zeitungen.

Am Tag danach

"Was wir gestern von Seiten der organisierten Arbeiterbewegung gesehen haben, ist ein Grund des Stolzes für alle Mexikaner. Aber ich muß bemerken - denn es ist geschehen und eine Realität, der wir ins Auge sehen müssen - daß kleine Gruppen von Aufwieglern versucht haben, unseren Umzug zum Tag der Arbeit zu überschatten. Kleinere Minderheiten, bedauerlicherweise hauptsächlich aus studentischen Kreisen, aber angeleitet durch Aufrührmaßnahmen, hinter denen wir den ausländischen Einfluß erkennen."

Präsident de la Madrid fuhr fort: "Ich möchte klarstellen, daß meine Regierung zwar die Meinungsfreiheit strikt respektiert, ebenso wie die Kritik an der Regierung von Seiten der gesellschaftlichen Organisationen, vor allem die der Arbeiter, daß aber meine Regierung sich ihrer Verantwortung bewußt ist, den sozialen Frieden und die rechtliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Wir werden es nicht zulassen, daß Minderheiten versuchen, die Gewalt in den mexikanischen Alltag einzuführen. Mexiko ist ein reifes Land, es will weiterhin in Frieden, in Demokratie und in Freiheit leben. Wir wissen beizeiten die Feinde der Republik zu orten und wir verstehen es, mit Strenge und Legalität die Macht des Gesetzes zur Erhaltung der Nation anzuwenden, um die Souveränität des Landes und die Arbeiterinteressen zu erhalten."

"Mexiko und die Welt erleben schwierige Augenblicke. Wir sehen, daß die Bruderländer zu Schauplätzen internationaler Konflikte geworden sind und daß diejenigen, die in diesen Ländern den Krieg inszenieren, nicht davor zurückschrecken, Nationen zu zerstören. Niemand wird Mexiko zerstören! Ich bin mir dessen sicher, weil wir eine Geschichte, nationale Stärke und Institutionen haben. Unter ihnen die Arbeitergewerkschaften, unschlagbare Kraft der Republik, Stütze der Revolution, Alliierte der Regierung und der Revolution."

(In dieser bewußt ausführlich zitierten Kostprobe der Rhetorik der Regierung der "Institutionalisierten Revolution" wendet sich de la Madrid nicht nur an die Opposition im Lande, er meint offensichtlich auch die guatemalteckischen Militärs, die am 30. April einen schweren Grenzzwischenfall provoziert hatten, bei dem 6 Flüchtlinge zu Tode kamen.)

Fidel Velazquez, der 82jährige CTM-Führer, wußte es noch genauer: verantwortlich seien die CIA, die mittels Angehöriger der PRT die Bomben geworfen habe, um Anarchie und Gewalt zu säen. Ausländer und Elemente, die nicht den Gewerkschaften angehören, hätten sich eingeschlichen, um die Kundgebung der Arbeiter umzufunktionieren. Man müsse sich überlegen, ob künftig noch Veranstaltungen dieser Art abgehalten werden können.

Durch das Aufbausuchen der Bombensache wurde die politische Dimension des Massenprotests in den Hintergrund gedrückt; diese Angriffe sollen den Weg für die Unterdrückung der Protestbewegung ebnen, und so richten sie sich ganz gezielt gegen die PRT, die erst jüngst ihre Eintragung in das Parteienregister hat durchsetzen können.

Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik ist nur mit einer weiteren Verringerung der demokratischen Rechte durchsetzbar. Deshalb ist die "Politische Reform" bereits ad acta gelegt. Nunmehr soll der Handlungsspielraum der Opposition weiter eingeeengt werden.

Bereits 1982 war die PRT das Opfer einer massiven Wahlfälschung, bei der sie ihre Abgeordnetensitze verlor. 1983 wurde ihr die Regierungsgewalt in mehreren Landkreisen (municipios) entzogen. Die jetzige Kampagne versucht nunmehr die PRT zu kriminalisieren, um sie dann auch aus dem Parteienregister - Voraussetzung für eine Beteiligung an den Wahlen - streichen zu können.

Der Angriff geht zunächst gegen die PRT, er meint aber die gesamte Gewerkschaftsopposition innerhalb und außerhalb des Congreso de Trabajo (dem Zusammenschluß aller Gewerkschaftsverbände, die von der Regierung anerkannt werden), wie auch die Parteien, die um ihre Registrierung kämpfen, ebenso den wachsenden Radikalisierungsprozeß an den Hochschulen, in literarischen und künstlerischen Kreisen.

Die PRT paßt nicht in das Konzept, das die Regierung von der Opposition hat. Ihr gefällt es nicht, daß eine eingetragene Partei sich zum Sprachrohr einer zunehmenden Unzufriedenheit macht. Solche Gruppen behindern die Durchsetzung eines autoritären Austeritätsprogramms.

QUELLEN: PROCESO vom 7.5.1984, UNO MAS UNO vom 2.5.1984



MEXICO-GUATEMALA

Flüchtlingslager angegriffen: 6 Tote

Am 30. April drangen guatemaltekische Truppen in mexikanisches Territorium ein, wo sie das Flüchtlingslager "El Chupadero" überfielen, die 3 000 guatemaltekischen Flüchtlinge vertrieben, 6 von ihnen ermordeten und Einrichtungen zerstörten. Es ist nicht auszuschließen, daß die guatemaltekische Regierung versucht, Mexiko in den Zentralamerikakonflikt hineinzuziehen, um so seine neutrale Rolle in der Contadora-Gruppe zu desavouieren.

Die guatemaltekische Armee hat ihren Überfall auf das Lager "El Chupadero" mit Bedacht geplant, um so ihre Serie von Verletzungen des mexikanischen Territoriums ausgerechnet an dem Tag fortzusetzen, an dem sich die Contadora-Gruppe versammeln sollte.

Etwa 200 Soldaten aus dem Departement Huehuetenango überschritten gegen 2 Uhr morgens die mexikanische Grenze. Sie überlisteten die Wachen des Lagers und begannen eine Schießerei. Zwei Zeugen berichteten: "Um 2 Uhr 30 schlofen die Leute fest. Plötzlich waren drei Schüsse zu hören. Wir alle standen auf und verließen die Hütten. Einige kamen mit ihren Kindern auf den Armen, andere waren unbedeckt. Dann hörte man weitere Schüsse, es waren Salven. Wir versuchten zu fliehen, aber das Lager war von Militär umzingelt, und so flohen wir geschlossen zu den mexikanischen Dörfern Rodolfo Figueroa und Las Delicias."

Nach Erkenntnissen des Bischofs von San Cristóbal de las Casas sollten die Flüchtlinge nach Guatemala zurückgetrieben werden. Die Soldaten kamen in drei Kolonnen und umzingelten das Lager U-förmig, wobei sie lediglich die der 3 km entfernten Grenze zugewandte Seite offenließen.

Die guatemaltekische Armee verfolgte die Flüchtenden bis zu den genannten Dörfern, die 15 km von der Grenze entfernt sind. Vier Personen wurden auf der Flucht erschossen. Dann wurde eine hochschwangere Frau ermordet. Der 11jährige Jesús Miguel Pascual wurde entkleidet, kastriert und anschließend mit einer Machete erschlagen. Alle Ermordeten stammten aus dem Departement Huehuetenango.

Das guatemaltekische Militär blieb 5 Stunden im Lager. In der Zeit zerstörten sie Lebensmittellager und entwendeten Radios, Wäsche und sonstiges Eigentum der Flüchtlinge. Der Sender der mexikanischen Flüchtlingshilfe wurde ebenfalls gestohlen.

Als eine Abordnung der Flüchtlinge um 9 Uhr morgens zurückkam, um die Lage zu überprüfen, konnten sie noch die letzten guatemaltekischen Armeemangehörigen sehen, die die Grenze überquerten.

Dies war der bisher schwerste Grenzzwischenfall seit dem Beginn der aggressiven Politik der Provokationen, die unter Lucas García 1981 eingeleitet wurde und offensichtlich unter General Mejía Victores (dem gegenwärtigen Präsidenten Guatemalas) nunmehr verstärkt betrieben wird. Bisher wurden 68 Grenzverletzungen gezählt, angefangen bei Aufklärungsflügen, dem Eindringen von Stoßtrupps, bis hin zur Ermordung zweier Menschen im letzten Dezember und der Bombardierung eines Flüchtlingslagers am 6. Januar 1984.

Parallel dazu hat die Regierung Guatemalas eine Kampagne in Radio, Fernsehen, Presse und über Flugblätter entfacht, um die ca. 120 000 Flüchtlinge zurückzulocken. So ließ beispielsweise am 18. April ein Hubschrauber Flugblätter folgenden Inhalts über dem Lager "Emiliano Zapata" ab: "Compañe-



ros: der EGP (eine der Guerillagruppen Guatemalas) hat uns betrogen, deshalb hungern und leiden wir in den Bergen. Habt keine Angst mehr, die Soldaten tun Euch nichts. Kommt nach Xacbal, um in Frieden zu leben. Hier werdet Ihr Essen, Gesundheit und Land haben. Wir alle werden glücklich sein."

Eine Bedrohung der Contadora-Gruppe?

Erst am 3. Mai überreichte der mexikanische Botschafter in Guatemala eine Protestnote, in der die Aufklärung des Vorfalls verlangt wird. Zwar wird die Ermordung der 6 Menschen angesprochen, nicht aber die Verletzung mexikanischen Territoriums, auch nicht, daß es die guatemaltekische Armee war.

Aus Kreisen des mexikanischen Außenministeriums wurde bestätigt, daß die Note bewußt zurückhaltend formuliert sei, da es sich bei der Aktion um eine Provokation handle, die Mexiko in den Mittelamerikakonflikt hineinziehen soll. Das wäre das Ende des mexikanischen Engagements in der Contadora-Gruppe, da man nicht über etwas vermitteln könne, woran man selber beteiligt sei.

Aus kritischen Kreisen in Washington war zu vernehmen, daß der guatemaltekische Angriff Bestandteil einer Strategie des Pentagon sei, auf Mexiko Druck auszuüben, damit es die US-Kriegspolitik in Mittelamerika unterstütze. "Die Mexikaner sollen hautnah die mittelamerikanische Kriegsgefahr spüren, um zu einer Beteiligung an den Kämpfen gegen die Aufständischen bewegt zu werden."

(Alle Zitate aus PROCESO vom 7.5.1984)

DRINGENDER AUFRUF

Das deutsche Hilfswerk Brot für die Welt in Stuttgart bittet hiermit die Solidaritätsbewegung um Verbreitung bzw. Protestmaßnahmen hinsichtlich folgenden Sachverhalts, der heute (5.5.84) vom mexikanischen Vertreter der holländischen Partnerorganisation Interchurch Aid, Jaques Willemsse, aus Chiapas / Mexiko mitgeteilt wurde:

Am 30. April hat ein Kommando schwerbewaffneter guatemaltekischer Soldaten bei einem Überfall auf das Flüchtlingslager Chupadero, nur 4 km von der guatemaltekisch-mexikanischen Grenze entfernt, 6 Flüchtlinge umgebracht und 12 weitere schwer verwundet. Die Soldaten entführten eine nicht näher bekannte Anzahl guatemaltekischer Flüchtlinge auf ihr eigenes Staatsterritorium, von wo die Lagerinsassen kurz darauf Schüsse vernahmen. Es wird angenommen, daß auch die Entführten ermordet wurden.

Unter den 6 im Lager selbst getöteten Personen befinden sich eine im 8. Monat schwangere Frau sowie ein 12jähriger Knabe, dem die Soldaten die Genitalien und ein Ohr abschnitten, bevor sie ihn erschossen.

Am 29.4.1984 hatte die mexikanische Flüchtlingsbehörde COMAR die Umsiedlung der grenznahen Lager beschlossen. Es wird ein Zusammenhang zwischen diesem Überfall und der Entscheidung zur Umsiedlung der Flüchtlinge vermutet.

Die genannten Hilfswerke bitten um Zuschriften an das Flüchtlingskommissariat der UNO in Mexiko:

Alto Comisionado de las Naciones Unidas para los Refugiados

Presidente Masaryk 29

Col. Polanco

Mexico D.F.

in denen der Protest gegen dieses erneute Verbrechen guatemaltekischer Militärkommandos zum Ausdruck gebracht wird.



GUATEMALA

Coke macht mehr draus!

Immer wieder hat der US-Multi Coca-Cola durch seine repressive Politik gegenüber seinen Beschäftigten Aufsehen erregt. Vor allem die Coca-Cola-Niederlassung ist für ihre brutalen Praktiken und ihre Zusammenarbeit mit dem Militär berüchtigt. Derzeit befinden sich trotz der Diktatur wieder die Arbeiter der Niederlassung im Streik:

In der letzten Zeit hat die Repression gegen die Gewerkschaften, die unter Rios Montt zeitweilig gelockert worden war, wieder außerordentlich zugenommen. So berichtet der Dachverband der guatemaltekischen Gewerkschaften CNUS, daß in der Zeit von November 1983 bis Ende Februar 1984 14 Gewerkschaftsfunktionäre entführt worden und zum Teil bis heute noch nicht wieder aufgetaucht sind. Trotzdem gibt es noch funktionierende Gewerkschaften, die unter außergewöhnlichen Bedingungen für die sozialen Rechte der Arbeiter und Angestellten eintreten. So konnte z.B. in der Fabrik Adams eine Lohnerhöhung von 15% erreicht werden.

So auch die 1975 entstandene Gewerkschaft der Coca-Cola-Arbeiter STEGAC in der Abfüllfabrik ECSA in der Hauptstadt. Seither ist die Gewerkschaft ständigen Angriffen auf ihre Existenz ausgesetzt. 1979/80 schließlich steigerte sich die Repression gegen die Gewerkschaft bis zum offenen Mord an den Führern der STEGAC. 10 Gewerkschafter verloren damals ihr Leben, mehrere - unter ihnen der Generalsekretär der STEGAC, Israel Marquez - mußten das Land verlassen.



Damals kam es zu einer internationalen Solidaritätsaktion, die den Konflikt um Coaca-Cola weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt machte. Die Internationale Union der Lebens- und Genußmittelarbeitergewerkschaften (IUL) mit Sitz in Genf rief zu einem internationalen Boykott des Getränkes Coca Cola auf. Dank weltweiter Produktionsniederlegungen und Konsumentenboykotts konnte Coca Cola damals zu einem Abkommen mit der IUL gezwungen werden, das u.a. folgende Punkte beinhaltete: Anerkennung der STEGAC als legitime Gewerkschaftsvertretung im EGSA-Abfüllbetrieb und damit gleichzeitig Verschwinden der von der Geschäftsführung aufgebauten Gegengewerkschaft, Auswechslung des administrativen Personals (das z.T. aus Militärs und Polizei bestand), Entschädigung für Witwen und Waisen der entführten Gewerkschafter, Rauschmiß des damaligen Lizenzinhabers Trotters, der mit den paramilitärischen Todesschwa-

dronen liiert war, direkte Unterstellung unter den Hauptsitz von Coca Cola in Atlanta, Zusage, künftige Konflikte mit der Gewerkschaft auf dem Weg der Verhandlungen zu lösen und der Abschluß eines kollektiven Arbeitsvertrags.

Die neuesten Entwicklungen zeigen, daß Coca Cola bemüht ist, diese Erfolge der guatemalteckischen Arbeiterklasse und der internationalen Solidarität rückgängig zu machen.

Am 17.4.84 erklären der Direktor Anthony Zash und der Generalmanager Roberto Herrarte der EGSA dem betrieblichen Gewerkschaftsausschuß, daß der Betrieb bankrott sei und ab sofort alle Arbeitnehmer entlassen seien. Einen Tag später besetzen 460 Arbeiter den Betrieb, um so die EGSA-Geschäftsführung zu Verhandlungen gemäß dem Abkommen von 1981 zu zwingen und die Wiedereröffnung des Betriebs zu erreichen. Die offizielle Darstellung von Coca Cola ist, daß die Schulden der EGSA 9 Mio \$ betragen und zur Wiedereröffnung ein Kredit von 12 Mio. \$ aufgenommen werden müßte.

Mit der Bankrott-Erklärung verstößt Coca Cola nicht nur gegen das Abkommen mit der IUL von 1981, sondern sogar gegen die guatemalteckische Gesetzgebung, nach der ein Bankrott vorher erklärt werden muß. Natürlich handelt es sich in Wirklichkeit nicht um einen Bankrott des EGSA-Betriebes. Die wahre Absicht von Coca-Cola ist es offenbar, sich einer unliebsamen Gewerkschaft zu entledigen und die IUL international zu diskreditieren.

Außer dem EGSA-Betrieb gibt es noch zwei weitere Abfüllfabriken in Retalhuleu und Puerto Barrios, die nach dem Prinzip der regionalen Arbeitsteilung funktionieren. Der Absatzmarkt der EGSA ist der bei weitem größte in Guatemala, so daß wirtschaftliche Schwierigkeiten hier faktisch als Grund für den Bankrott ausgeschlossen werden können. In den beiden anderen Betrieben gibt es keine Gewerkschaften. Erst im November letzten Jahres erhielten beide Betriebe außerhalb der Hauptstadt die Genehmigung, auch im EGSA-Gebiet zu verkaufen. Offensichtlich will Coca Cola den Betrieb in der Hauptstadt unter dem Vorwand des Bankrotts schließen, die Produktion zeitweilig auf die beiden anderen Abfüllfabriken verlagern, um dann später den Betrieb in der Hauptstadt ohne Gewerkschaft neu zu eröffnen. Die Gewerkschaft STEGAC verfügt außerdem über Belege, die nachweisen, daß es sich bei dem angeblichen Bankrott um eine Finanzmanipulation handelt.

Am 27.2.1984 kommt es zu Verhandlungen zwischen der IUL und Vertretern des CNUS auf der einen und Coca Cola auf der anderen Seite. Ort des Gesprächs war Atlanta, also der Hauptsitz der Coca Cola Co. Der Multi entpuppte sich jedoch als absolut nicht verhandlungsbereit. Der Verhandlungsführer der Geschäftsleitung forderte die IUL nur auf, doch die 12 Mio \$ zu besorgen, mit denen der Betrieb wieder eröffnet werden könne. Der Generalsekretär der IUL, Dan Gallin, der die IUL bei den Verhandlungen vertrat, erklärte daraufhin, daß seine Organisation weitere Solidaritätsaktionen gegen Coca Cola ins Leben rufen werde und kündigte die Fortführung des internationalen Coca Cola-Boykotts an. Coca Cola hält offenbar die jetzige Situation für einen günstigen Augenblick, um sich der Gewerkschaft zu entledigen. Sie meint offenbar, daß die IUL nicht mehr in der Lage ist, den Konflikt wie 1981 zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Die IUL bereitet sich deshalb auf einen längeren und härteren Arbeitskonflikt als 79/80 vor. Coca Cola ist auch sicherlich auf das Durchhalten des Konflikts besser vorbereitet als damals.

Die Diskreditierung und offene Konfrontation mit der IUL liegt auch im Interesse des internationalen Kapitals. Z.B. wurde in dem South African Journal of Labour Relations Coca Cola wegen seiner nachgiebigen und schwankenden Haltung gegenüber der IUL gerügt, während UNILEVER gelobt wurde, weil es sich kategorisch geweigert hatte, die IUL als Verhandlungspartner zu akzeptieren. Mit dem Erfolg des Konflikts von 1980 ist die IUL quasi als international relevante Organisation in Erscheinung getreten.

In den USA selbst ist es gängige Praxis, Bankrott zu erklären, um sich einer Gewerkschaft zu entledigen. Der Oberste Gerichtshof der USA hat kürzlich ein entsprechendes Urteil erlassen, nach dem sogar die alte Direktion den Betrieb nach erfolgter Bankrott-Erklärung wieder neu eröffnen kann.

Die Repression gegen Gewerkschafter hat in der letzten Zeit wieder so stark zugenommen, daß Coca Cola wieder - wie schon 79/80 - auf Einschüchterung und Angst setzt. Bisher ohne Erfolg.

Weiterhin kann der Konflikt um Coca Cola ein weiterer Fall im Streit zwischen der CADIF und Mejía Victores sein; die Unfähigkeit der Regierung zeigt sich eben auch darin, daß sie die weitere Schließung von Betrieben trotz einer Arbeitslosigkeit von nahezu 40% nicht verhindern kann.

Der Betrieb ist bis heute besetzt. Nur 21 Arbeiter haben die Entschädigung angenommen, die von der Geschäftsleitung angeboten worden ist. Das Betriebsgelände der EGSA wird permanent von Polizei in Zivil (sog. Judiciales) überwacht. Bisher ist es jedoch nicht zu direkten Eingriffen der Repressionskräfte gekommen, insbesondere deshalb, weil Delegationen der der IUL angeschlossenen Verbände auf dem Betriebsgelände präsent sind. So hat die AFL-CIO bereits einen Film über den neuen Konflikt gedreht. Trotzdem ist die Stimmung nicht schlecht, Alphabetisierungsprogramme werden auf dem Betriebsgelände durchgeführt und Solidaritätsgrußbotschaften werden verlesen.

DER CNUS HAT ZU FOLGENDEN SOLIDARITÄTSAKTIONEN AUFGERUFEN:

- sich per Telex oder Brief an die Coca Cola, z. Hd. Mr. Goizueta, P.O. Drawer 1734, Atlanta GA. 30301, USA, zu wenden und die Einhaltung des Abkommens von 1981 zu fordern
- beim Arbeitsminister Carlos Padilla Natareno, Palacio Nacional de Guatemala, Guatemala, zu protestieren, die sofortige Beilegung des Konflikts zu verlangen (d.h. die Schließung als Unternehmerstreik zu erklären) und die physische Integrität der Gewerkschafter zu garantieren
- sich an lokale Coca Cola-Betriebe wenden und protestieren
- Delegationen aus Gewerkschaften nach Guatemala zu organisieren
- einen internationalen Coca Cola Boykott vorzubereiten.

Letzteres hat auf dem letzten Bundestreffen der Guatemala-Solidarität die Guatemala-Gruppe Münster, c/o KHG, Kardinal v. Galen-Ring 45, 44 Münster, Tel. 0251/89503 übernommen. Für Ideen und Berichte über bereits existierende lokale Aktivitäten sind wir dankbar.

Nach einigen Wochen Besetzung sind die finanziellen Reserven der guatemalteckischen Gewerkschaft geschrumpft. WIR BITTEN DESHALB UM SPENDEN auf das Konto: Infostelle Guatemala, Stichwort Coca Cola, PSchA München (BLZ 700 100 80), Kto. 20859-802.

Quellen: IUL-Nachrichten, CNUS-Rundbriefe, CERIGUA, Noticias de Guatemala, ENFOR-PRENSA

(den Bericht haben wir entnommen aus: IDES Nr. 187 vom 4.5.1984)

F.S. Das Guatemala-Komitee Münster hat uns kurz vor Redaktionsschluß mitgeteilt, daß ein Aufruf zu einem Coca-Cola-Boykott gerade erstellt wird. Informationsmaterial und Aktionsvorschläge können bei der genannten Adresse angefordert werden.

EL SALVADOR

Erklärung der unabhängigen Wahlbeobachterdelegation
 Prof.Dr.N.Greinacher, Theologe, Tübingen
 Dr. Hans-Heinz Heldmann, Rechtsanwalt, Frankfurt
 Thomas Nell, Journalist, Hamburg

PRESSEERKLÄRUNG

Nach der Stichwahl in El Salvador, aus der der Christdemokrat Jose Napoleon Duarte als angeblich demokratischer Präsident hervorgegangen ist, bekräftigt die Delegation, die im Auftrag der Hilfsorganisationen Terre des hommes, medico international und der Christlichen Initiative El Salvador den 1. Wahlgang am 25.3.84 beobachtet hat, ihre grundsätzliche Kritik an den Wahlen in El Salvador.

1. Da die Stichwahl auf den 1. Wahlgang aufbaut, würde sie ihre verfassungsmäßige Legitimation nur dann haben, wenn der 1. Wahlgang korrekt verlaufen wäre. Dies ist, wie die Delegation während ihres Besuches vom 18.-28.3.84 festgestellt hat, nicht der Fall gewesen.
2. Wenn immer gesagt wird, Duarte wolle Verhandlungen mit der Guerilla, um dem Land den Frieden zu bringen, so widerspricht dies den Erklärungen Duartes, die er im Gespräch mit der Delegation geäußert hat. Duarte ist zwar für Gespräche, aber gegen gleichberechtigte Verhandlungen mit der Opposition.
3. Im Parlament, daß als verfassungsgebende Versammlung gewählt wurde und keine andere Legitimation hat, verfügt Duarte über keine Mehrheit. Die Fehler des Wahlvorganges 1982 werden also fortgepflanzt und überhöht durch die Ergebnisse der fehlerhaften Präsidentschaftswahl von März und Mai dieses Jahres.
4. In ihrem Bericht hat die Delegation nachgewiesen, daß die Wahlen vom 25. März nicht allgemein, frei, gleich und geheim waren. Dasselbe gilt für die Stichwahl vom 6.5., da die gravierenden Fehler nicht beseitigt worden sind und auch nicht mehr zu beseitigen waren.
5. Auch die Stichwahl vom 6.5. ist als Versuch zu werten, Defizite an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu vertuschen. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind nur auf der Basis von Verhandlungen zwischen den Parteien möglich. Die Kriminalisierung und Liquidierung der politischen Opposition -als sichtbarster Ausdruck des Mangels an Rechtsstaatlichkeit- sind die Politik eines Staatsapparates, die J.N.Duarte, ob er es will oder nicht, nicht beenden kann. Duarte ist nicht der Mann der Versöhnung; das hat er von 1980-82 bewiesen.
6. Die Delegation schließt sich den folgenden Ausführungen des Hirtenbriefs der katholischen Bischöfe El Salvadors vom 14.3.84 an :
 "Wahlen sind ein formaler Akt der Demokratie, aber diese zeigt sich mehr noch im täglichen Leben des Volkes: im Respekt vor dem Leben, im Recht auf politische und gewerkschaftliche Organisation, in der Verwirklichung eines humanen Lebens."

Bonn, d. 10.5.84

P.s: Der Bericht der Wahlbeobachterdelegation ist zu beziehen bei:

terre des hommes
 Deutschland e.V.

Postfach 4 126,
 4500 Osnabrück

medico
 international e.V.

Hanauer Landstraße 147-149
 6000 Frankfurt am Main 1

Christliche Initiative
 El Salvador e.V.

Kardinal-v.-Galen-Ring 45
 4400 Münster

NICARAGUA

Trabil Nani

Der folgende Artikel ist die Zusammenfassung eines 70-seitigen Forschungsberichtes des CIDCA (Forschungs- und Dokumentationszentrum für die Atlantikküste) über die Geschichte und gegenwärtige Situation an Nicaraguas Atlantikküste ("Trabil Nani", many trouble, März 1984). - Das CIDCA wurde im Juli 1981 gegründet und war zunächst dem Ministerium für die Atlantikküste (INNICA) unterstellt, welches im Zuge der Regionalisierung der Verwaltung 1982 aufgelöst wurde. Seitdem untersteht CIDCA dem Universitätsministerium (CNES), verfügt aber über das Recht auf akademische Selbstverwaltung. - Der Bericht geht u.a. auf die verschiedentlich erhobenen Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen der sandinistischen Regierung gegenüber den Miskito-Indianern ein und besonders auf die von Dr.B.Nietschmann (Geographieprofessor in Berkeley, USA; mehrere Veröffentlichungen zu den Miskito und Rama) vor der interamerikanischen Menschenrechtskommission der OAS vorgebrachten Anschuldigungen, daß sich "ausgedehnte, systematische und willkürliche Verletzungen der Menschenrechte in Gemeinden der Miskito-Indianer" ereignet hätten. Die meisten der erhobenen Vorwürfe (z.B. die von Haig, und Kirkpatrick) sind bald widerlegt worden.

Fast alle Äußerungen zur Menschenrechtssituation haben eines gemein, die Nichtberücksichtigung oder Unterschätzung der militärischen Situation im Land. Obwohl, wie CIDCA schreibt, die Angriffe von außen Verletzungen der Menschenrechte nicht entschuldigen, Fehler, Irrtümer der sandinistischen Revolution nicht wegdiskutieren können, ist es genauso unmöglich diese zu ignorieren oder als irrelevante Faktoren abzutun. Diesen fehlenden Zusammenhang herzustellen und ein besseres Verständnis der komplexen Situation an der Atlantikküste zu ermöglichen, hat CIDCA nach eigenen Untersuchungen versucht. Dazu wurden 170 Interviews mit Personen aus 30 Miskito- und Sumu-Gemeinden, Pfarrern, Repräsentanten der Kirchen und Angehörigen des Militärs und der Sicherheitskräfte geführt.

Im ersten Teil des Berichts wird die Geschichte der Konflikte zwischen Pazifik- und Atlantikregion von der Kolonialzeit bis zur Mitte des Jahres 1981 dargestellt, dem Zeitpunkt als sich die anfängliche Zusammenarbeit von FSLN und der Indianerorganisation MISURASATA endgültig

in offene Konfrontation verwandelte (vgl.: LN 92,112).

Der zweite Teil gibt eine Chronologie der bewaffneten Auseinandersetzungen seit diesem Zeitpunkt. Dies ist insbesondere deshalb interessant, weil die Region als militärisches Sperrgebiet meist für Journalisten unzugänglich war. In einem weiteren Abschnitt werden die Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen untersucht und im letzten Teil die regionalen Entwicklungspläne der Regierung, die Fortschritte auf verschiedenen Gebieten (Bildung, Gesundheit usw.) dargestellt und die Auswirkungen der Kriegssituation auf diese Dienstleistungen beschrieben.

"Die Konterrevolution an der Atlantikküste"

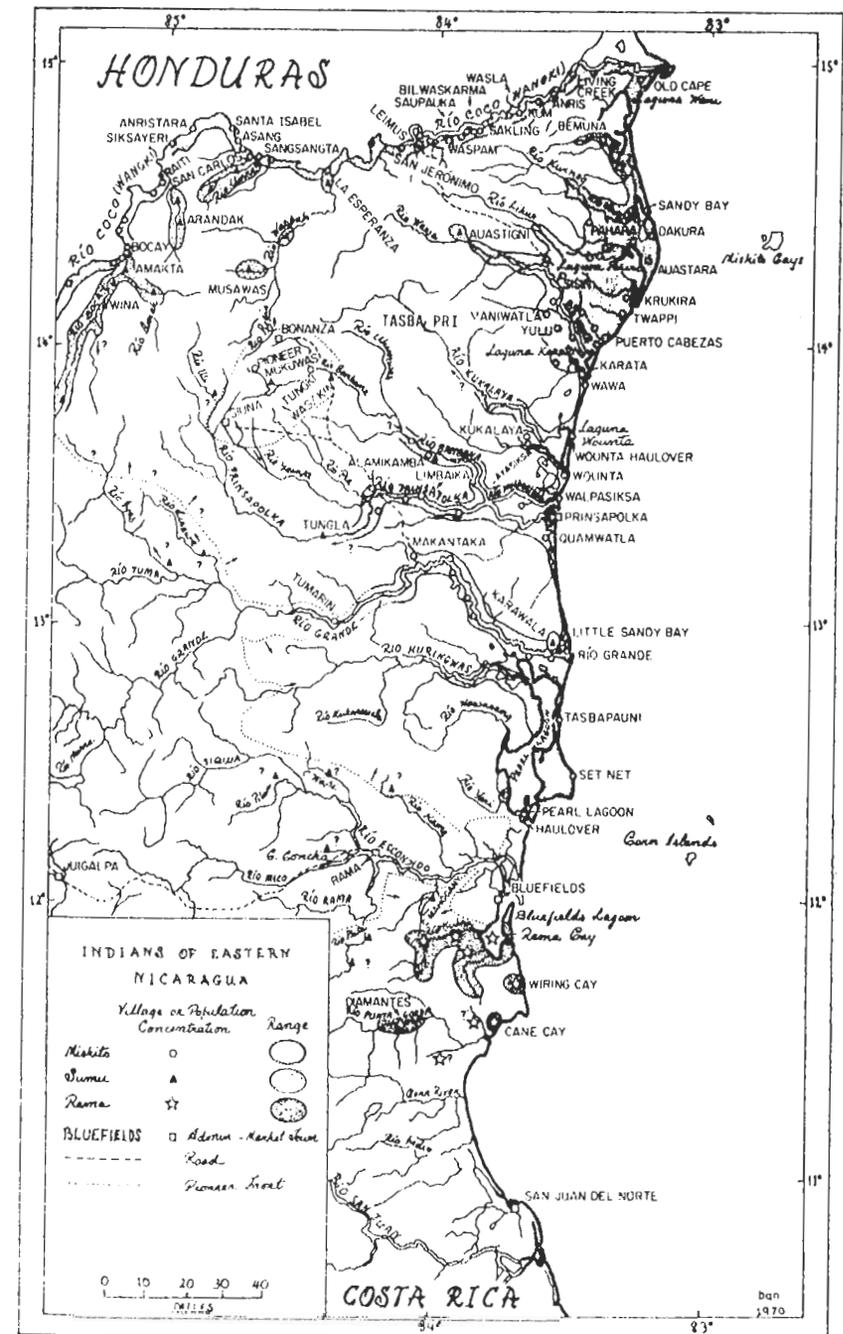
"Die konterrevolutionäre Strategie in der Atlantikküste ähnelt in vielerlei Hinsicht der in der Pazifikregion - grundlegend die Bedingungen für einen erhofften internen Aufstand zu schaffen. Die Taktiken in beiden Teilen des Landes beinhalten boshafte "anti-kommunistische" Propaganda-Kampagnen; selektive Angriffe und Ermordungen von Gemeindegliedern, die in den revolutionären Programmen im Gesundheits- und Bildungssektor usw. mitarbeiten; oder von ausgebildeten regionalen Angestellten (Techniker der Agrarreform, Ärzte, Mitarbeiter von ENABAS (dem nationalen Unternehmen für Grundnahrungsmittel; d. Verf.), usw.); Zerstörung von Infrastruktur und ökonomischen Gemeindeprojekten. Es ist offensichtlich, daß diese Aktivitäten darauf abzielen:

- zu verhindern, daß die ländliche Bevölkerung die sozialen und ökonomischen Vorteile der revolutionären Programme erfährt;
- jeder Umwandlung im ideologischen Bereich entgegenzuwirken;
- diejenigen zu terrorisieren, die nicht mit der Konterrevolution zusammenarbeiten oder sich entschieden haben, innerhalb der Regierungsprogramme zu arbeiten;
- Sabotage an einer ohnehin schon schwachen Wirtschaft - durch den Krieg gegen Somoza, die internationale ökonomische Krise und die Blockade durch die USA - zu verüben;
- eine Situation des Chaos zu schaffen, in der die Regierung als nicht mehr über die Kontrolle verfügend, unfähig, die Bevölkerung zu schützen wahrgenommen wird und so ihre moralische und politische Autorität zu untergraben. (...)

Das Folgende ist eine chronologische (nicht vollständige; d. Verf.) Übersicht der politischen/militärischen/diplomatischen Aktivitäten der Miskito-Konterrevolution seit der Flucht Fagoths nach Honduras im Mai 1981." (S.24)

1981 Aufbau von militärischen Trainingslagern durch Steadman Fagoth in der Miskitoregion des südöstlichen Honduras im September; Miskito-Kämpfer werden in ihre Gemeinden zurückgeschickt, um dort politisch zu arbeiten, eine Unterstützungsbasis zu schaffen und Andere für Trainingslager in der isolierten Küstenregion Nicaraguas zu rekrutieren. Ex-National-Gardisten dienen in diesen Lagern als militärische Berater. Wenigstens acht Pastoren der Mährischen Kirche sind an diesen Aktivitäten direkt oder indirekt beteiligt.

Im November und Dezember kommt es in mehreren Dörfern zu Überfällen auf Gesundheitsposten, Einrichtungen von ENABAS; Regierungsangestellte werden entführt, gefoltert und ermordet; eine Ärztin und eine Krankenschwester, beide Miskitas, werden entführt mehrfach vergewaltigt und als warnendes Beispiel nach Nicaragua zurückgeschickt. Während dieser zwei Monate kommen 60 Zivilisten und Angehörige des sandinistischen



Volksheeres (EPS) ums Leben.

"Die Militarisierung der Grenze mit Honduras und die Evakuierung der Gemeinden entlang des Rio Coco in ein sichereres Gebiet, war die Verteidigungsantwort der nicaraguanischen Regierung. Dies wurde kurzfristig durchgeführt ... Die Dörfer wurden dann zerstört, zusammen mit dem Getreide und den Tieren, um ihrer Nutzung als interne Basen der Konterrevolutionäre vorzubeugen!" (S.26)

1982 Zu Beginn des Jahres wird von der Contra verstärktes Gewicht auf die Bildung von Stützpunkten innerhalb der nicaraguanischen Atlantikküste gelegt.

"Die Lager wurden hauptsächlich in nicht-bevölkerten Gebieten - entweder in Urwäldtiefländern oder bewaldeten Hügeln - aber in der Nähe von Dörfern, die Nahrung, neue Rekruten und Informationen liefern konnten, angelegt." (26)

Die Unterstützung der Contra aus den Gemeinden wird von CIOCA auf eine "Kombination von Loyalität gegenüber den ehemaligen Führern von MISURASATA, Abenteuerlust (besonders der Jugendlichen; d.Verf.), familiärer und ethnischer Bindungen, Zwang durch die Miskito-Konterrevolutionäre (...) und Furcht vor den Sandinisten" zurück. Diese Furcht wurde neben der konstanten Propaganda Fagoth's durch wirkliche "Mißhandlungen, begangen gegenüber einer verdächtigen Zivilbevölkerung, die gefangen war in einem guerilla-artigen Krieg, einem Krieg mit ethnischen Obertönen." (S.27)

Um die Jahresmitte nehmen die militärischen Einheiten der Contra einen mehr konventionellen Charakter an, mit festeren Kommandostrukturen. Zwischen Juli und November infiltrieren ca. 600-800 Miskito-Kämpfer die Atlantikregion. Zu dieser Zeit ist die Präsenz des sandinistischen Militärs in den Dörfern nur gering. (vgl. S.27)

(Es folgt eine Chronologie der Ereignisse des Jahres 1982)

Im Verlauf des Jahres verstärken sich die Verbindungen der Contra zu internationalen Kräften (USA, CIA).

"Während dieser Zeit wuchs Riveras Organisation, die den Namen MISURASATA beibehielt (Fagoth's Organisation nennt sich MISURA; d.Verf.) an, zumindest teilweise aufgrund der Unzufriedenheit mit Fagoth's Brutalitäten." (S.30) (Fagoth wird beschuldigt Miskitos, die sich ihm widersetzen, umgebracht zu haben.) Mitte Juni schließt MISURASATA sich der ARDE an.

1983 Die hauptsächlichsten Charakteristika der konterrevolutionären Aktivitäten sind: die Benutzung hochentwickelterer schwerer Waffen, größere Koordinierung durch den CIA, israelische oder andere ausländische Berater, erste Berichte einer direkten ausländischen Beteiligung an Angriffen. In der Jahresmitte beginnen Angriffe auch in der südlichen Atlantikküste durch die Organisation Rivera's.

"Die Periode war weiterhin durch größere Gewalt gegenüber den Dorfgemeinschaften charakterisiert, wobei ganze Bevölkerungen auf die eine oder andere Weise überzeugt wurden, nach Honduras oder Costa Rica zu gehen und durch direkte Angriffe auf Produktionszentren, was hunderte Familien arbeitslos machte." (S.31)

So z.B. im April, als die Ortschaft Slimalila (im Norden der Atlantikküste) angegriffen wird und ca. 1250 Personen mit der Drohung andernfalls ihre Häuser niederzubrennen veranlaßt werden, mit den Angreifern nach Honduras zu gehen. Später zurückgekehrte Dorfbewohner sagen, daß die Kinder, alten Leute und Frauen in den Flüchtlingslagern als Geiseln benutzt werden um abzusichern, daß die Männer gemeinsam mit der Miskito-Guerilla kämpfen. (vgl. S.32)

Im Juni kommt es zum ersten Mal in der südlichen Atlantikküste zu einer Entführungsaktion (im Dorf Set Net; vgl. S.34).

Von Juli bis September sind die Konterrevolutionäre im Gebiet der

Dörfer Wounta, Haulover, Kukalaya und Layasiksa extrem aktiv. Im Oktober operieren 1500-2000 Mann von MISURA und MISURASATA in diesem Gebiet.

"Am 6. Oktober trennten sie die Männer von den Frauen und Kindern in diesen Gemeinden und zwangen die Männer M-16 (Gewehre; d.Verf.) aufzunehmen." (S.35)

Zwischen dem 3. und 13. Oktober besetzen 600 Contras die Ortschaft Sukatpin. Bevor sie vom sandinistischen Heer vertrieben werden, verbrennen sie die Sägemühle, die Schule, die Klinik, mehrere Häuser, Gerätschaften und Nutzholz und verursachen so einen Schaden von 23 Mio. Cord., was 220 Familien arbeitslos werden läßt.

"Die Bevölkerung sagte, daß die Mehrheit der Contras Miskitos waren ebenso einige Schwarze, einige Weiße und Koreaner oder Chinesen, die ihre Berater waren." (S.36)

Ebenfalls im Oktober wird der Atlantikhafen Benjamin Zeledón angegriffen; zwei Öltanks mit 38000 Gallonen Öl und andere Hafenanlagen werden zerstört. Die Vernichtung von 125000 Gallonen Öl in Limbaika hat den sofortigen Verlust der Arbeit für 400 Familien und die Gefährdung von 1500 Arbeitsplätzen in den Minen von Siuna wegen Ölman-gels zur Folge.

In den letzten Monaten des Jahres 1983 ereigneten sich mehr als 20 Verletzungen des nicaraguanischen Luftraums allein im nördlichen Ze-laya (Atlantikküste; d.Verf.), 10 Angriffe auf nicaraguanische Fischerboote, fortwährend Entführungen und Bedrohungen ... Die Gesamtzahl der Verluste an Zivilisten, sandinistischen Soldaten und konterrevolutionären Miskitos einschließlich der Toten und Verwundeten geht in die Tausende." (S.37, bezogen auf den Zeitraum Ende 1981 bis Ende 1983) Positiv zu sehen ist die Flucht einiger hundert Miskitos aus Lagern in Honduras und ihre Rückkehr nach Nicaragua. Ebenso zu bewerten ist die Rückkehr vieler der aufgrund der von der nicaraguanischen Regierung erlassenen Amnestie im Dezember 1983 freigelassenen Miskitos und Creoles in ihre Dörfer.

Der erste Contra-Angriff im Januar 1984 richtet sich gegen einen gerade amnestierten Miskito. Er wird beschuldigt für die Sandinisten zu spionieren und umgebracht, ebenso seine Frau, sein Kind und seine Eltern. (vgl. S.37)

Zusammenfassung: "Es wird zunehmend klar, daß die Mehrheit der indigenen Bevölkerung an der Küste, ..., zu der Überzeugung gelangt ist, daß die ehemaligen Führer von MISURASATA nicht für ihre Interessen kämpfen ... Küstenbewohner kommen in wachsenden Zahlen zum sandinistischen Heer und den Sicherheitskräften, und während einiges hiervon zweifellos eine Antwort auf die hohe Arbeitslosenrate ist, bedeutet es ebenso eine Bereitschaft ihre Chance mit der Revolution zu ergreifen." (S.38) (...)

"In Bluefields und Puerto Cabezas bemerkten wir, daß eine wachsende Zahl der Verantwortlichen in Projekten des Regionalministeriums von der Küste stammen, entweder Miskitos oder Creoles sind. (...)

Die steigende Zahl von Küstenbewohnern im Militär hat ebenso einen positiven Effekt auf die Beziehungen von Militär und Gemeinden." Ein Zeichen des Wandels ist, "daß einige Gemeinden begonnen haben, um Schutz zu bitten oder eigene Milizeinheiten zu bilden, welche Ausbildung und Waffen bekommen." (Tasba Pri, Kukra Hill, Pearl Lagoon, La Fe, Brown Bank, Haulover; S.39)

"Es wäre eine allzu große Vereinfachung die Desillusionierung vieler Miskitos ihren früheren Führern gegenüber als direkten Gewinn für die sandinistische Alternative anzusehen, aber wenigstens haben sich die häßlichen Stereotypen und starren Positionen von vor zwei Jahren gemildert. ..., die Unterstützung für die Konterrevolution scheint in den Gemeinden ihre Grenze erreicht zu haben und ist im Niedergang begriffen." (S.39)

Opfer in der Zivilbevölkerung

"Der Kampf in der Atlantikküste war ein tragischer und verlustreicher Kampf, vor allem für jene, in deren Arden die Aggression gegen Nicaragua geführt wird. Familien, die traditionell eng zusammenleben, wurden emotional, physisch und politisch getrennt. Gemeinden wurden enturzelt, als die Contras sie nach Honduras oder Costa Rica mitnahmen oder sie umgesiedelt wurden ... Viele Miskitos sind gestorben, für gewöhnlich als Kämpfer der Contra, nun manchmal als Kämpfer der Sandinisten und gelegentlich als Zivilisten. Von diesen letzteren wurden einige von der Contra umgebracht, einige starben im Kreuzfeuer oder durch sandinistische Soldaten ...

Der Krieg hat das sandinistische Militär gezwungen, in den Gemeinden präsent zu sein ... Viele (Soldaten; d. Verf.) kamen vom Pazifik zwischen 1979 und Mitte 1982, beladen mit Stereotypen, von denen die meisten negativ waren. Von diesen war ein durchgängiges, daß alle Miskitos contra wären. Wenn man die Spannungen von Kampf und Hinterhalten in einer Kriegszone hinzuzählt, ist es schwer, einen unparteiischen Soldaten zu finden, der ruhig genug ist, zwischen Angehörigen einer Kampfgruppe, Sympathisanten, gepressten Kollaborateuren und jenen zu unterscheiden, die nur versuchen, in Sicherheit zu bleiben." (S.40)

Zusätzlich kompliziert wurde dies durch Denunzierungen von Miskitos als Contras durch andere Gemeindeglieder aus Gründen des Neids, persönlicher Rache oder politischem Opportunismus.

"In unseren Gesprächen mit Miskito-Dorfbewohnern aus 27 Dörfern, in denen es zu Konflikten gekommen war - 23 davon im nördlichen Zelaya (SZI = Spezialzone I)-, hörten wir häufig negative Bemerkungen über die Behandlung, die sie von sandinistischen Soldaten erfahren hatten. (...) Diese Mißhandlungen ereigneten sich insbesondere in Dörfern in der Nähe konterrevolutionärer Lager ... die meisten der berichteten Verletzungen der physischen Integrität geschahen zwischen Juli und September 1982, der Periode, als die ersten ziemlich großen Lager entdeckt und aufgelöst wurden. Oft hörten wir die Bemerkung: "Jetzt sind die Soldaten gut, nicht wie sie vorher waren." (S.41)

Tod von Zivilisten

"Wir hörten verschiedene Aussagen über vermutete Todesfälle, die nicht das Ergebnis von Kämpfen oder anderen bewaffneten Auseinandersetzungen waren. (...) Aber bei vielen Personen, die scheinbar "verschwunden" oder tot waren, stellte sich später heraus, daß sie lebten, entweder als Gefangene oder als Kämpfer bei MISURA oder MISURASATA. Über andere gibt es keine Informationen. Rivera selbst hat Fagoth beschuldigt, Miskitos überfallen zu haben, die aus ihren Gemeinden geflohen waren und die sandinistische Armee hat im Kampf gestorbene Contras beerdigt ohne sie identifizieren zu können." (S.41)

Verhaftungen

"Die Mehrzahl der Verhaftungen ereignete sich während der Rote-Weihnacht-Periode (Plan der Contra, einen Aufstand in den Miskito-Dörfern am Rio Coco zu schüren, eine "befreite Zone" zu erklären und dann um internationale Hilfe zu ersuchen, Ende 1981; d. Verf.), als 167 Personen einschließlich einiger Pastoren der Mährischen Kirche festgenommen wurden. Zur Zeit der Amnestie im Dezember 1983 gab es 307 gefangene Miskitos, die eine Strafe für konterrevolutionäre Aktivitäten absaßen. (...) Man kann annehmen, daß die Generalamnestie wenigstens zum Teil eine Anerkennung der Tatsache widerspiegelt, daß Festnahmen und Gerichtsverfahren nicht immer normgerecht durchgeführt wurden." (S.42)

"Das Gefängnispersonal (in Bluefields, d. Verf.) ist ebenso wie die Ge-

fangenen rassistisch gemischt. (...) Wir sprachen mit Gefangenen ebenso wie mit dem Personal und beide bestätigten, daß es verboten ist, Gefangene zu schlagen." (S.43)

Folter

"Während Berichte von wirklicher Folter selten waren, ..., wurde uns von 27 Fällen physischer Mißhandlung erzählt. Von diesen waren acht als Beispiele für Folter zu qualifizieren (die Mehrheit dieser Fälle bestand darin, den Kopf einer Person unter Wasser zu halten, um die Person zu zwingen, Informationen zu geben). Die anderen 19 Fälle bezogen sich auf Gefangene, die während der Überführung von ihrer Gemeinde nach Puerto Cabezas oder während ihres Aufenthalts dort im Gefängnis mit Gewehrkolben geschlagen wurden. Keine körperlichen Mißhandlungen wurden aus der Periode der anfänglichen Befragungen in den Dörfern berichtet." (S.43)

Plünderung und Konfiszierung von Eigentum

"Klagen über Räubereien oder Zerstörung von persönlichem Besitz, einschließlich Tieren in den Dörfern sind häufig. (...) Alle berichteten Plünderungen ereigneten sich während Kampfperioden, nachdem die Bewohner aus dem Dorf geflohen waren, und folglich gibt es keine Augenzeugen." (S.44) Während meist sandinistische Soldaten verantwortlich gemacht werden, gibt es Gründe anzunehmen, daß auch die Contras ihren Teil dazu beigetragen haben, ebenso wie früher zurückgekehrte Nachbarn.

"Eine weitverbreitete Klage war die Verwendung von Vieh zur Ernährung der Truppen, ... Um solche Probleme zu lösen, kündigte die Regierung im Januar 1984 an, Dorfbewohner für alle in Verbindung mit dem Krieg entstandenen Verluste und Schäden zu entschädigen und versuchte, solche Handlungen durch Militärpersonal einzuschränken." (S.44)

Religionsausübung

"Wir hörten keine Beschwerden über die Verweigerung der Religionsausübung in unseren Gesprächen mit Dorfbewohnern und religiösen Führern in den Gemeinden. (...) Dennoch wurde die Sensibilität (der Miskito gegenüber der Religion; d. Verf.) durch militärische Erwägungen im allgemeinen und von Militärpersonal aus der Pazifikregion im einzelnen verletzt. Z.B. wenn Truppen in Dörfern stationiert wurden, hielten sie sich oft in der oder den Kirchen auf. (...) Eine größere Verletzung der Empfindsamkeit der Gemeinden war die häufige Benutzung von Kirchen als Verhörtzentren während der ersten Verhaftungen." (S.45)

Zusammenfassung

"Es ist nicht zu leugnen, daß eine Anzahl indigener Gemeinden in Konfliktzonen, ..., ein Spektrum von Brutalitäten erfahren hat. An einem Ende dieses Spektrums steht die einfache Respektlosigkeit - eine Auswirkung des historischen Rassismus. Am anderen Ende stehen unentschuld bare Verbrechen wie jene, die wir gerade beschrieben haben." (S.46)

Bei der Interpretation des Materials ist folgendes zu berücksichtigen:

- "1) Viele äußere Faktoren begrenzen die Quantifizierbarkeit solcher Menschenrechtsverletzungen ...
- a) Wiederholt vorgebrachte völlig falsche Beschuldigungen durch Fagoth haben sich in die Realität vieler Miskitos integriert ...
- b) Es gibt eine besondere Tendenz historisch unterjochter Völker, zu sagen, was der andere ihrer Meinung nach hören will, als ent-

wickelter Teil ihres Überlebensmechanismus.(...)

3) Dr. Nietschmann behauptet nicht nur ausdrücklich, daß es ein System willkürlicher Repression gäbe, sondern schließt zudem auf eine generelle Politik der Ausrottung (der Miskito; d. Verf.) von Seiten der Regierung. Unser Eindruck ist demgegenüber, daß diese Vergehen aus einem Mangel an Kontrolle über die Offiziere vom Pazifik, die 1982 kamen, resultieren, verschärft durch den Einsatz freiwilliger Reservisten." (S.46f)

4) Schlechte Behandlung indigener Bevölkerung hat die Propaganda Fagoths im Bewußtsein vieler Miskitos bestätigt und eine "schreckliche Furcht" bei ihnen hervorgerufen. Dies hat zusammen mit der Angst zwischen die Fronten zu geraten dazu geführt, daß viele vor dem EPS davonliefen.

5) Zur Verbesserung der Situation wurden von der Regierung verschiedene Maßnahmen ergriffen:

"Zusätzlich zur Entschädigung für Verluste an Eigentum durch den Krieg, wurden seit 1982 einige Kommandeure aus der Region entfernt und mehrere Offiziere und Soldaten wurden wegen Verstößen gegen militärische oder zivile Gesetze zu Gefängnisstrafen verurteilt.(...) Darüberhinaus werden jetzt die militärischen Einheiten regelmäßig über den kulturellen und politischen Zusammenhang orientiert, bevor sie in eine Gemeinde an der Küste geschickt werden. Ein Repräsentant der FSLN begleitet nun regelmäßig alle Einheiten während ihres Aufenthaltes im Dorf, ein Teil seiner Aufgabe sind die Beziehungen zwischen Militär und Gemeinde.(S.48) (...)

7) "Jede Mißhandlung oder krimineller Akt gegen Unschuldige muß verurteilt und die Täter bestraft werden. Dies wurde von nicaraguanischen Führern wiederholt als ein grundlegendes und unbestreitbares Prinzip der sandinistischen Volksrevolution bezeichnet." (S.48)

Die gesellschaftlichen Schäden

In diesem Kapitel werden die Programme der Regierung in verschiedenen Bereichen (Gesundheit, Bildung usw.) für die Atlantikregion dargestellt, ihre Erfolge und Probleme sowie die Auswirkungen der gegenwärtigen Kriegssituation auf ihre Realisierung. Damit wird auf die Beschuldigungen Dr. Nietschmanns eingegangen, welcher der nicaraguanischen Regierung eine bewußte Politik der Beraubung der Miskito-Gemeinden hinsichtlich Nahrung, Bildung und medizinischer Versorgung zuschreibt. (vgl. S.51)

Versorgung mit Grundbedarfsgütern

"Ein Vertreter von CASIM (Soziales Aktionskomitee der Mährischen Kirche) bringt das Problem auf den Punkt: "Nahrungsknappheit ist eine nationale Realität, keine Politik der Sandinisten." Von den acht Grundbedarfsgütern (Reis, Bohnen, Mais, Mehl, Zucker, Salz, Öl und Seife) werden nur drei (Reis, Bohnen und Mais) in den verschiedenen Regionen der Küste produziert und nie in solchen Mengen, welche die Region völlig zur Selbstversorgung befähigen.(...) 1982 wurde von ENABAS ein System von Versorgungsfahrten - in 15-tägigem Abstand eingerichtet, um die Produkte abzuholen und in den Gemeinden zu verteilen." (S.51)

Versorgungsengpässe und -verzögerungen werden von CIDCA auf folgende Faktoren zurückgeführt:

- 1) nationale Knappheiten;
- 2) "ein unvollkommenes Versorgungs- und Verteilungssystem von der Pazifik- zur Atlantikküste; (...)
- 4) Angriffe der Contra auf Verteilungssysteme an der Küste, (...);
- 5) Unterbrechung der landwirtschaftlichen Produktionszyklen infolge

- von Angriffen oder Umsiedlungen ...;
- 6) Instabilität von Gemeinden - z.B. flohen im Juni 1983 90% der 2000 Einwohner von Tasbapauni in andere Gemeinden der SZII (Spezialzone II = südliche Atlantikküste). Ende Dezember waren ca. 2/3 wieder zurückgekehrt. Es ist offensichtlich, daß sich ein Versorgungssystem solchen Veränderungen der Bevölkerungsverteilung nicht so schnell anpassen kann." (S.52)
- Einige der Klagen über Nahrungsknappheit werden von CIDCA auf kulturelle, traditionelle Ernährungsgewohnheiten zurückgeführt, z.B. beim Fehlen von Bananen oder Orangen. (vgl. S.53f)

Medizinische Versorgung

Gegenüber der Situation während der Somoza-Diktatur wurde die medizinische Versorgung der Bevölkerung der Atlantikküste verbessert: gegenüber 26 Gesundheitszentren und -posten 1973 gab es 1983 44. Zwischen 1979 und 1982 wurden wenigstens zehn massive Impfkampagnen gegen polio, Malaria, Diphtherie und Masern durchgeführt. Medizinische Behandlung und Medikamente sind zum ersten Mal kostenlos.

"In der Spezialzone I mußten 13 von 29 Gesundheitszentren und -posten geschlossen werden, als sich die Sicherheitslage in den Gemeinden verschlechterte." (S.55) Neben direkten Angriffen und Zerstörungen der Einrichtungen war in sieben Fällen die Entführung der Bevölkerung durch die Contra nach Honduras für die Entscheidung zur Schließung maßgebend.

"In der Spezialzone II wurden unseres Wissens nach keine Zentren offiziell geschlossen, aber es gab mehrere große Diebstähle von Medizin und dauernde Bedrohungen und Angriffe auf das Personal... verschiedene Zentren sind nur mit einer Hilfskrankenschwester besetzt, weil anderes Personal es ablehnte zurückzugehen, nachdem es bedroht worden war." (S.55) (...)

"Zwei andere Programme - die Mobilien Medizinischen Einheiten und das Gesundheitsbrigadenprogramm - versuchen, den Gesundheitsdienst soweit wie möglich aufrecht zu erhalten." (S.57)

Mobile medizinische Einheiten

Dieses Programm zielt darauf ab, besonders die verstreuten kleinen Gemeinden, die für die Region charakteristisch sind, zu versorgen. Angestrebt wird jede Gemeinde einmal pro Monat zu erreichen und die folgenden Dienste bereitzustellen:

- Malariabekämpfung
- Impfprogramme
- Tuberkulosebehandlung
- Gesundheitserziehung

Die mobilen Teams sind folgendermaßen zusammengesetzt: ein Arzt, eine Krankenschwester des Malariaprogramms, ein Koordinator des Malariaprogramms, eine Krankenschwester, ein Gesundheitserzieher, ein Hygieniker, ein für den Transport des Teams Zuständiger.

Einer effektiven medizinischen Versorgung stehen jedoch vielfältige Hindernisse entgegen - die Verstreutheit und oft nur geringe Größe der Gemeinden, das Fehlen von Verkehrswegen u.v.m..

Gegenwärtig wird die Arbeit der Teams noch zusätzlich durch Mangel an Medikamenten und Treibstoff, sowie durch die von der Contra ausgehenden Gefahr erschwert. (vgl. S.57f)

Brigadisten - Programm

"Dieses Programm wurde 1980-81 auf nationaler Ebene entwickelt, um das Problem eines Gesundheitsdienstes für eine verstreut lebende Bevölkerung zu lösen ... Das Programm basiert auf der Auswahl eingeweihter

und respektierter Personen aus den Gemeinden (praktizierende Hebammen ohne formale Ausbildung, traditioneller Kräuterteiler - "sukias", usw.), die mit grundlegender technischer Ausbildung (Erste Hilfe, Impfungen, Hygiene) ausgestattet werden, um beides zu entwickeln, präventive und heilende Gesundheitsversorgung. (...)"

In der SZ II zählte das Programm 225 ländliche Brigadisten in 132 kleinen Gemeinden und etwa dieselbe Zahl in den dichter besiedelten Gebieten von Pearl Lagoon, Kukra Hill, Corn Island und Bluefields.

"Von jenen in den ländlichen Gebieten sind nur 170 verblieben, in gewissem Maße aufgrund von Kommunikationsproblemen, aber vor allem wegen der Aktivitäten der Contra. (...) Gesundheitsarbeiter werden von den Konterrevolutionären nicht als Diener der Bevölkerung angesehen, sondern als Regierungsarbeiter, als Träger der revolutionären Botschaft." (S.59)

Die Angriffe auf Gesundheitsarbeiter sind Teil der psychologischen Kriegsführung der Contra, die dadurch die Bevölkerung glauben machen will, daß die Revolution ihnen keine Vorteile bringt.

Bildung

"Zusammen mit der Gesundheit war die Bildung ein Hauptanliegen der revolutionären Regierung. Nach den Angaben eines Repräsentanten des Staatsrats wurden beide Budgets nicht von Verteidigungserwägungen berührt" (S.59)

In der Atlantikregion, wo das absolute Analphabetentum in den ländlichen Gebieten die 80%-Marke erreichte, wurde durch die Alphabetisierungskampagne (in Englisch, Miskito, Sumu 1980-81) eine Verminderung auf schätzungsweise 50% erreicht.

"In der Sonderzone I erhöhte sich die Zahl der Lehrer zwischen 1979 und 1981 um 116%, die der Schüler um 226%. Ebenso gab es eine Zunahme des Schulneubaus in ländlichen Gebieten um 106%, in städtischen um 180%."

Dennoch bleiben grundlegende Bildungsprobleme in der Region auch weiterhin bestehen.

"Nur 22% der Bevölkerung der SZI erhielt oder erhält gerade eine Primarschulbildung, eine Sekundarschulbildung existiert offensichtlich nur in unbedeutendem Ausmaß." (S.60)

Die folgende Tabelle zeigt die Auswirkungen der militärischen Situation auf das Bildungswesen der Atlantikküste:

Zone	Zahl der Schulen		Total	1983 geschlossen	
	Primar	Sekundar			
1- Bluefields	21	3	24	6	
2- Pearl Lagoon	21	2	23	7	
3- Corn Island	8	1	9	1	
4- La Cruz	21	0	21	4	
5- Punta Gorda	12	0	12	9	
6- Nuevo Amanecer	11	0	11	11	(vgl. S.61)

Ein weiteres Problem stellt der Mangel an Transportmöglichkeiten zur Verteilung des Lehrmaterials dar.

"Eines der größten Hindernisse für eine gute Ausbildung ist das Sprachproblem. Bis jetzt wurden alle Klassen in Spanisch unterrichtet, selbst wenn dies nicht die Erstsprache der Mehrheit der Schüler ist. Um die ersten Jahre in den Muttersprachen unterrichten zu können, müssen die Lehrer zuerst ihre eigenen Fähigkeiten in diesen Sprachen sowie in Didaktik entwickeln. Dies erfordert ein Lehrerbildungsprogramm, bei dem die Lehrer weiter unterrichten können, da es keine anderen gibt, die ihren Platz einnehmen könnten. So gestaltet sich der Übergang zum schon geplanten und genehmigten Programm zur Ausbildung in Muttersprachen als ein langsamer Prozess. (...)

... das zweisprachige-bikulturelle Programm wird der Schlüssel sein,

um eine größere und effektivere Partizipation der Bevölkerung der Atlantikküste am Projekt des nationalen Wiederaufbaus anzuregen." (S.61f)

Umsiedlungen

Eine Serie von Aktionen der Contra zwischen Ende 1982 und Oktober 1983 führte zur Entscheidung des EPS im Juli, die Dörfer Panwa, Auhyatara, Butko, Butara, Sangnilaya, Prata, Kuakuil, Santa Rosa und Tuara nach Sisin umzusiedeln.

"Im Oktober wurden die Dorfbewohner dort von Regierungsvertretern besucht, welche den Bau einer permanenten Siedlung in Sangnilaya, wo das Land besser sei und sich eine Fluß in der Nähe befände, anboten. (...) Unsere Interviewer, die Sangnilaya im Dezember besuchten, berichteten, daß die Leute über ihre Umsiedlung, ihre Behandlung und den Verlust ihres Eigentums ärgerlich seien. (...) Zu diesem Zeitpunkt gab es 850 Menschen in Sangnilaya, vor allem Frauen und Kinder, von denen die meisten in Zelten lebten. Bei unserem zweiten Besuch im Januar war die Bevölkerung auf 1100 Personen angewachsen. Die meisten hatten Bambushütten gebaut ... Sie sagten, daß sie bereit wären, in neuen Kooperativen zu arbeiten, und daß sich 200 (Personen; d. Verf.) schon selbst organisiert hätten." (S.62f) (...)



"Die Leute sind entsprechend zu ihren ursprünglichen Gemeinden organisiert - jede hat einen Leiter, der soziale Probleme löst. Sie äußerten sich positiv über das medizinische Programm und bestätigten, daß es in ihren alten verstreuten Dörfern keine Gesundheitseinrichtungen gegeben hatte. Sie hatten auch erfahren, daß MINVAH, das Wohnungsministerium, bald kommen würde, um mit dem Bau fester Häuser zu beginnen. (...)

... wie im Falle Tasba Pris (der Neuansiedlung der von der ersten Umsiedlungsaktion im Januar 1982 betroffenen Miskitos; d. Verf.) haben die Notwendigkeiten, die zu einer Entscheidung führten, an der die Betroffenen keinen Anteil hatten, Unwillen erzeugt. Wir haben kürzlich erfahren, daß die Regierung den Leuten die Möglichkeit angeboten hat, in ihre alten Dörfer oder nach Honduras zu gehen, wenn sie dies vorzögen. Sie hat aber gleichzeitig klargestellt, daß sie in beiden Fällen nicht für ihre Sicherheit garantieren könne. Die Mehrheit entschied sich anscheinend dafür in den neuen Siedlungen zu bleiben, (...). Die Gemeinden Dakban und Karata sind im Jahre 1983 aufgrund von Gefechten zeitweilig umgesiedelt worden, ... Mittlerweile sind alle wieder in ihre Heimatdörfer zurückgekehrt." (S.64) (...)

Schluss

"... das sozio-ökonomische Problem besteht darin, daß die Region nicht einmal in der Lage ist, ihre eigenen Grundbedürfnisse zu befriedigen. Jahrzehnte der Ausplünderung durch US-amerikanische Unternehmen haben das Gebiet zerstört und in Abhängigkeit von der Pazifikregion gebracht ... Die Bevölkung der Atlantikküste fordert Bildung, Gesundheit, Transportmöglichkeiten, Bereitstellung von Nahrung und andere Formen von Unterstützung. Aber diese Dienste können nicht weiterhin von Managua geleistet werden. Sie erfordern die ökonomische Entwicklung der Region, und dies schließt die Reorganisierung der Produktion und Siedlungsformen ein, um diese Dienste durchführbar zu machen. Aber die Regierung kann dies nicht durch Befehl entscheiden. (...)

Die Lösung muß durch die Partizipation der Leute selbst an den politischen Entscheidungsprozessen zustandekommen. ..., es ist notwendig dafür andere Träger (als MISURASATA; d. Verf.) zu finden. (...)

In den letzten zwei Jahren bedeutete dies an der Küste, einen Dialog auf der Ebene der Dorfführer, Kirchenfunktionäre und anderer, die die fortschrittlichen Hoffnungen der nationalen Minderheiten repräsentieren, einzuleiten. Es bedeutete ebenso die Förderung der Bildung authentischer Organisationen, welche diese Hoffnungen auf der regionalen Ebene vorbringen können. Die Notwendigkeit einer organisierten Partizipation wurde von Minerva Wilson, der Leiterin von Tasba Pri, anlässlich der Feier zur Amnestie für Miskito-Gefangene im Dezember 1983 bekräftigt. Sie betonte die Notwendigkeit einer indigenen Graswurzelorganisation und fügte hinzu, daß sie die Regierung um eine Vertretung einer solchen Organisation im Staatsrat ersucht habe." (S.65f) (...)

Verschiedene Anstrengungen sind unternommen worden, um ein besseres Verstehen der Miskito-Kultur und ihre Erhaltung zu erreichen.

"Eine Spanisch-Miskito-Grammatik wird veröffentlicht und mündliche Überlieferungen und Geschichten werden gesammelt, um im zweisprachigen-bikulturellen Bildungsprojekt benutzt zu werden. Dies schließt Übersetzungen für die Pazifikregion ein, die helfen werden die Mauer der Unwissenheit über die Atlantikküste einzureißen." (S.67)

Ebenso wurde ein Radioprogramm in Miskito und Sumu eingerichtet.

"(...) ... eines ist klar. Solange der Krieg an der Atlantikküste und im Rest des Landes fort dauert, ..., wird die Suche nach neuen Lösungen erschwert. Ressourcen, Kraft und Kreativität werden weiterhin zwischen Dialog und Verteidigung geteilt werden müssen." (S.68)

Sumubila

Eindrücke von einem kurzen Aufenthalt bei den Miskito in Zelaya-Norte

"AN: Wir haben die Position eingenommen, daß die Frage der indigenen Völker nur dann klar wird, wenn man diese Völker als 'Nationen' gemäß dem internationalen Recht betrachtet, wenn man sie in diesem Sinne als Völker anerkennt. Wenn z.B. die Sandinisten akzeptieren könnten, daß es auf dem ganzen Kontinent eine Philosophie, eine Politik und Weltbilder der Ureinwohner gibt, wenn sie verstehen könnten, daß die Miskito-Nation sich nach ihrer eigenen Philosophie entwickeln will, könnte es dann wieder eine Übereinkunft, ein Bündnis zwischen Sandinisten und Miskito geben?

Armstrong Wiggins:

Ich denke, daß ist unsere letzte und größte Hoffnung. Denn das würde natürlich auch anderen indianischen Völkern Zuversicht geben, die große Hoffnungen in solche Revolutionen wie die in Nicaragua gesetzt hatten, daß diese Revolution ihr erstes Beispiel werden könnte."

Armstrong Wiggins, wichtiges Mitglied der verbotenen Indianer-Organisation Nicaraguas (MISURASATA), äußert diese Hoffnung in einem Gespräch, das 1981 mit Redakteuren von "Akwasne Notes" - einer Zeitung der Panamerikanischen Indianerbewegung - stattfand.

Haben die Indianer im revolutionären Nicaragua eine selbstbestimmte Zukunft? Diese Frage prägte unsere Gespräche mit der Leitung der Neu-Ansiedlung Sumubila und mit anderen Miskito, die wir bei unserem Besuch im März '84 im Dorf trafen. Sie bestimmte unsere ganze Wahrnehmung von dem Leben der Miskito-Indianer in dieser Teilgemeinde von "Tasba Pri", jener großen Siedlung im Hinterland der Atlantikküste, die aus der Zwangsumsiedlung von ca. 8000 Menschen aus ihrer Heimat am "Rio Coco" (Grenzfluß zwischen Nicaragua und Honduras) im Januar 1982, entstanden ist.

Wir waren 10 Leute der Ökumenischen Initiative "Frieden und Gerechtigkeit für Mittelamerika". Vor dem Besuch in Sumubila waren wir an den unkämpften Grenzen des Landes: einige in Nueva Segovia (nördliche Grenze zu Honduras) und einige am Rio San Juan (Grenze zu Costa Rica). Die Autoren dieses Berichtes waren auf einer landwirtschaftlichen Kooperative - nicht weit von Jalapa - ca. 3 Km von der Grenze entfernt. Wir haben dort in Familien gelebt, bei der Feldarbeit und beim Bau eines "Refugio" geholfen (in die Erde gegrabener Schutzraum für Kinder, Alte, Lebensmittel und Medikamente bei Überfällen der Contra) und wir haben kleine Gruppen des Heeres in ihren Erdbefestigungen hart an der Grenze aufgesucht. Die Leute dort nannten unsere Aktion "Vigilanzia de la Paz", was etwa "Wache für den Frieden" heißt.

Die Campesinos und Combatientes nahmen uns mit großer Offenheit und Herzlichkeit auf. Unsere Anwesenheit war für sie Ausdruck praktischer Solidarität. "Ihr wart mit uns nicht nur wie Compañeros, sondern wie Brüder und Schwestern" sagten sie uns zum Abschied und so fühlten wir es auch. Die Erfahrungen mit den Menschen auf der Kooperative haben uns tief beeindruckt: mit welcher Ausdauer und Hoffnung sie ihr Land bebauen und verteidigen, sich nicht vertreiben lassen durch den gezielten Terror der Contras (der Tod und Verstümmelung, Verschleppung und Zerstörung bedeutet). Wir hatten dort Menschen mit einem revolutionären Bewußtsein kennengelernt, einem Bewußtsein, das sich in ihren alltäglichen Handlungen äußert und selten in politischen Reden. Sie waren lebendiger Teil des revolutionären Prozesses.

Ähnliche Erfahrungen - wenn auch in kaum vergleichbaren Situationen - machten wir mit den Familien im "Barrio" (Stadtteil) bei denen wir in Managua lebten. Verstärkt noch durch die Stimmung in der Stadt zum 50. Todestag von Sandino.

Natürlich wußten wir etwas von den "inneren Widersprüchen der sandinistischen Revolution", aber wir hatten davon in der Praxis noch kaum etwas erfahren, weil

den. Sie rieten uns, in Puerto Cabezas zu bleiben und wollten für uns Kontakte mit etwa 15 Pfarrern der Region organisieren, die alle über die Probleme der Miskito gut informiert seien. Aber dann kam ein Bote, der uns für den nächsten Morgen 8.00 h zu einer Besprechung mit Commandante William Ramirez, dem Minister für die Atlantikküste, einlud.

Ramirez war sauer, daß er von unserer Ankunft und Absicht vorher nicht informiert war und meinte, es sei "eine totale Barbarei" uns ohne Vorbereitung in diese Situation zu schicken. Er war ratlos, was mit uns zu tun sei und wir waren es auch und so retteten wir uns erstmal in eine gesprächsähnliche Befragung über die politische, wirtschaftliche und militärische Situation der Region. Seine ungeschminkten Antworten waren deprimierend: Die FSLN, Die Regierung, die Massenorganisationen in diesem Gebiet kaum verankert. "Wir müssen unendlich viel Überzeugungsarbeit leisten. Aber auf welcher Grundlage und wo anknüpfen? Die Versorgungslage ist schlecht und wird täglich schlechter. Die Häfen sind vermint. Dennoch haben sich Fischer rausgewagt. Aber die Contra greift mit Schnellbooten an, die sie von den Yankees haben. Einige Fischerboote wurden versenkt und Fischer getötet. Jetzt traut sich niemand mehr raus. Hier leben viele Menschen vom Fischfang. Der Seeweg ist abgeschnitten, der Landweg nach Managua ist lang und beschwerlich, wir werden praktisch aus der Luft versorgt. Zu dem stark protestantisch-religiös und an der indianischen Tradition geprägten Bewußtsein vieler Leute hier bekommen wir nur schwer Zugang. Das dauert sehr lange, aber wir haben keine Zeit. Der militärische Druck wird jetzt überall stärker. Die Contra schüchtert ein und verbreitet Angst. Eine Chance haben wir hier nur, wenn es uns gelingt, uns politisch stärker zu verankern und die Menschen hier stärker mit in die Verteidigung einzubeziehen. Wir tun alles was wir können, aber es ist zu wenig. So sieht es realistisch betrachtet aus. Wir glauben und hoffen, daß wir es schaffen und so halten wir es aus."

Ramirez sagte, daß die Neu-Ansiedlungen der Miskito trotz dieser Lage Fortschritte machten mit der Entwicklung ihres inneren Lebens. Die Zusammenarbeit mit der Frente werde allmählich besser. Die Leute hätten mit den hohlen Versprechungen der anderen Seite inzwischen ihre Erfahrungen gemacht. Auch von der Amnestie werde Gebrauch gemacht. Gerade wegen dieser Entwicklung sei aber mit verstärkten Contraaktivitäten zu rechnen.

Das Gespräch führte zu dem Angebot, uns seinen und seines Vertreters Dienstjeeps für einen Tag samt Fahrern zur Verfügung zu stellen, unter der Bedingung, daß wir vor Dunkelwerden zurückseien. Außer den Fahrern könne uns aber niemand begleiten und wir müßten halt sehen, wen wir in Tasba Pri anträfen.

Wir fuhren eine halbe Stunde später ab. Einer der Fahrer war Miskito vom Rio Coco. Er hatte die Zwangsumsiedlung mitgemacht und seine Familienangehörigen leben in den neuen Siedlungen. Er selbst war als Jugendlicher an die Küste gekommen und Seemann geworden auf Schiffen, die zwischen Puerto Cabezas und USA fuhren. Er sprach neben Miskito, Spanisch und Englisch. Er war sehr selbstbewußt und informierte uns auf der rasenden Fahrt - auf der wir ganz durchgeschüttelt wurden. Über die Landschaft mit langen Strecken verödeter Steppe, Kahlschläge der US-Holzkonzerne, die zu Zeiten Somozas und vorher die Urwälder vernichteten und die Indianer vertrieben, bzw. sie als Waldarbeiter ausbeuteten. Dann am Horizont eine einzelne Bergkuppe. Dort hatten in den letzten Tagen Gefechte zwischen Contra und Heer stattgefunden. Dann Urwald - tropischer Regenwald - hin und wieder Militärposten die uns unkontrolliert fahren ließen, denn sie kannten die Autos und die Fahrer. Dann ein breiter Fluß der "Rio Wawa". Die Furten waren militärisch gesichert. Miskitofrauen und Kinder, die Gebäck verkauften. Wir hörten zum ersten Mal die Miskito-Sprache, z.B. aus dem Mund eines vielleicht zwölfjährigen Mädchens mit kupferroten Haaren in Zöpfen, hellerer Haut, Sommersprossen und blaugrauen Augen - Pippi Langstrumpf am Rio Wawa. Die Überfahrt erfolgte mit einem großen Floß, das an einem festen Drahtseil mit den Händen über den Fluß gezogen wurde. Auf der anderen Seite wurde der

unsere Eindrücke in erster Linie von dem unvorstellbaren politischen, wirtschaftlichen und militärischen Druck der US-Regierung - und den Folgen dieses Drucks für den Alltag in Nicaragua - bestimmt waren.

Nun aber sollten wir nach "Tasba Pri" (Miskito-Ausdruck für "Freies Land") fahren, in eine Region, in der es einen schwierigen politischen Konflikt zwischen der sandinistischen Regierung und einem großen Teil der Bevölkerung gab. Das war ein Angebot und ein Wunsch von der Regierung in Managua. Wir sollten uns mit eigenen Augen von der Wirklichkeit in den Indianer-Asentamientos überzeugen, die von der US-Regierung und von Kissinger als "Konzentrationslager nach dem Muster des deutschen Faschismus" bezeichnet wurden.

"Die Miskitofrage? Ja, das ist ein Problem ersten Ranges für uns. Ich persönlich glaube, daß sie für das Schicksal der Revolution in Nicaragua entscheidend ist", sagte uns ein verantwortlicher Mann der FRENTE in Jalapa. Er konnte sich nur einen Weg vorstellen: die politische und ökonomische Integration der Ureinwohner der Atlantikküste und die Garantie ihrer kulturellen - also auch sprachlichen - Autonomie. Aber ist das nicht schon ein Widerspruch in sich?

Die Campesinos in den Bergen Nueva Segovias wußten fast nichts von dem "anderen Nicaragua", von den Lebensbedingungen dort und der spezifischen Geschichte dieser Region. Sie hatten nur einen vagen Begriff von "Unterentwicklung" und sie wussten daß die Menschen dort der Revolution mit Skepsis und Ablehnung gegenüberstehen. Ähnlich war es auch in Managua bei den Familien im Barrio.

Wir hatten versucht, uns auf den Besuch vorzubereiten. Viel zu oberflächlich und ungenau, wie wir jetzt wissen: ein bißchen in "Miskito-Heft" von "Pogrom" gelesen ein bißchen in "Nationale Revolution und indianische Identität" von der "Edition Nahua". Außerdem hatten wir eine Grundeinstellung zur Indianer-Frage mitgebracht, die sich aufgeschlossene Linke in West-Berlin und anderswo halt so bilden im Laufe von Jahren, über die "TAZ" und die Ökologiebewegung und die Trikont-Bänder mit der eindrucksvollen Kritik indianischer Philosophen an der zum Untergang verurteilten westlichen Zivilisation, etwa nach dem Postulat "Nur Stämme können überleben!" Wir fühlten uns nicht als Experten, aber als Wissende schon. Und nun kamen wir innerlich nicht so recht zu rande. Es war für uns schwer zu verstehen, wie es zu dem Bruch zwischen FSLN und MISURASATA kommen konnte. Da war einerseits unsere Vorweg-Parteinahme für die Miskito und da waren andererseits unsere Erfahrungen mit den revolutionären Campesinos in Nueva Segovia, mit Nora Astorga, Thomas Borge, revolutionären Priestern und Nonnen, kurz, einer FSLN, die das Land befreit und in kurzer Zeit unter schwersten Bedingungen große gesellschaftliche Veränderungen eingeleitet hat. Das paßte nicht zusammen und bewirkte bei uns Unsicherheit und emotionale Konflikte.

Natürlich wollten wir etwas tun gegen die durchsichtige Reagan-Propaganda vom "Genocid" und freuten uns über den Vorschlag zu dieser Reise - aber wir wappneten uns mit Mißtrauen und mit unserer intellektuellen Kritikfähigkeit. Wir fürchteten zum ersten Mal als "Delegation" eingesetzt zu werden, die üblicherweise nur die halbe Wahrheit erfährt, mit einem manipulierten Bild von der Wirklichkeit geblendet wird. Wir wehrten uns gegen diesen Verdacht in uns, weil er unseren anderen Erfahrungen in Nicaragua widersprach.

Wir kamen mit einem sehr alten Flugzeug mit Mühe und Not in Puerto Cabezas an (unterwegs platzte eine Ölleitung und ein dicker Strahl schoß aus einem der Motoren). In Puerto Cabezas - einer kleinen aber wichtigen Hafenstadt an der Atlantikküste - wußte niemand etwas von uns: weder beim Minister für die Region, noch bei der örtlichen Frente. Nichteinmal die Kirchenvertreter wußten etwas von unserer "Ökumenischen Initiative". Stattdessen durchliefen wir, trotz dem Permisso (Genehmigungsschreiben der Regierung) ein zeitraubendes Überprüfungsverfahren (wir waren in einer militärischen Sperrzone). An dem Tag gelang uns nur ein Gespräch mit ein paar freundlichen Pastoren. Die hielten unser Vorhaben für undurchführbar. Die ca. 80 km Strecke nach "Tasba Pri" sei durch die Contra bedroht, es müsse mit Vernichtung des einzigen Verbindungsweges gerechnet werden, wir hätten keine Aussicht auf ein Fahrzeug und Benzin gäbe es auch nicht. Die Lage sei angespannt und in "Tasba Pri" könnten wir - selbst wenn wir hinkämen - nicht untergebracht wer-

Dschungel dichter. Öfter mußten wir durch kleine Flüsse, der Weg wurde sehr kurvig. Durch diese Landschaft ging es etwa 30 km, dann waren wir in Sumubila, einer der neuen Siedlungen, in der ca. 1800 Miskito leben.



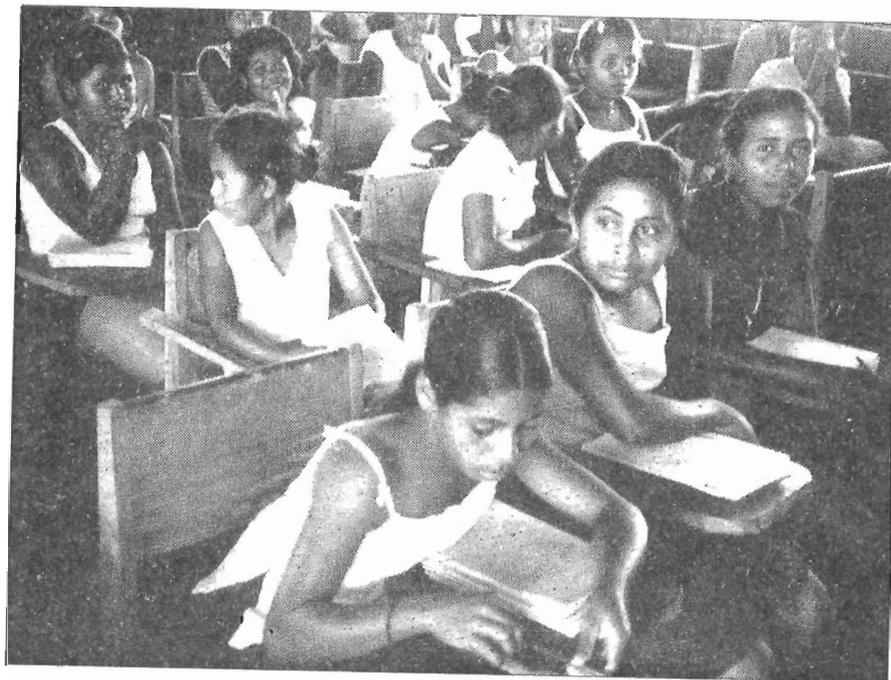
Miskito kommen von der Arbeit im Wald ins Dorf zurück.

Die Fahrer suchte nach Gesprächspartnern die uns begrüßen und informieren könnten und kamen mit Minerva Wilson, etwa 30 Jahre alt, vier Kinder, Miskitofrau, verantwortliche Leiterin von Sumubila und einigen männlichen Begleitern, alles spanisch sprechende Miskito die in Sumubila leben, zurück.

Mit Minerva Wilson und den Männern kam es dann in einem der Holzhäuser, das als Bürohaus diente, zu einem mehrstündigen Gespräch, das teilweise den Charakter einer erregten Auseinandersetzung annahm. Minerva Wilson erzählte mit großem Engagement über den Aufbau von Sumubila, aber wir wollten vor allem wissen, wie die Miskito vorher gelebt haben, welche Gründe es für die Zwangsumsiedlung gegeben hat, wie sie wirklich abgelaufen ist, ob die Leute überhaupt freiwillig in den neuen Siedlungen bleiben. Wir wollten wissen, wie es zu den bekannten Fehlern zu Beginn der Alphabetisation kommen konnte, wie es heute, nach dem Verbot von MISURASATA mit der politischen Organisation und der Vertretung im Staatsrat aussieht, was die FRENTE zur Verbesserung des Verhältnisses tut usw.usw.. Jetzt - wenn wir zurückdenken - scheint es uns, als hätten wir so eine Art Tribunal da abgezogen und als hätten wir in die Offensive gehen müssen, um unsere eigene Unsicherheit zu verbergen. Minerva Wilson blieb lange freundlich bemüht auf uns einzugehen. Als sie unser Mißtrauen bemerkte (was sie vielleicht darauf zurückführte, daß sie sich als Mitglied der Frente vorgestellt hatte), gab sie unsere Fragen an die anderen anwesenden Dorfbewohner weiter, aber schließlich hatte sie genug. Heftig kritisierte sie die romantischen unrealistischen Vorstellungen vom Leben der Indianer an den Flüssen und in den Wäldern, berichtete von der systematischen Zerstörung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen unter Somoza und vorher, von dem Kuli-Dasein und dem Silikose-Tod in den Minen, von der Abwanderung in die Städte und stellte die These auf, daß die Indianer in Nicaragua ohne die sandinistische Revolution keine Chance

des Überlebens gehabt hätten.

Sie meinte, daß das mit dem Sieg der Sandinisten in der westlichen Welt einsetzende große Interesse am Schicksal ihres Volkes ihr sehr suspekt sei, denn vor dem Triumph hätte sich die Weltöffentlichkeit einen Dreck um die Miskito gekümmert. Die Fehler bei der Alphabetisierung z.B. seien auf Grund von Unkenntnis, Zeitdruck und nicht reflektierten Vorurteilen der Leute aus der anderen Hälfte des Landes passiert. Aber diese Fehler seien schließlich abgestellt worden. Heute werde in ihrer Schule in Sumubila in Miskito unterrichtet und Spanisch sei ein Unterrichtsfach.



Aber wer wolle bestreiten, daß es für 8,5% der Bevölkerung sehr wichtig sei, die Sprache zu lernen, die die anderen 90% der Menschen in Nicaragua sprechen? Es gäbe große Probleme, genug Lehrer; die Miskito als Muttersprache haben, zu finden. Neue ausgebildete Lehrer ständen noch nicht zur Verfügung und auch die Herstellung geeigneter und ausreichender Unterrichtsmaterialien sei ein Problem. In so einer Situation würden wir die Produktion einer Tageszeitung in Miskito fordern! Unter Somoza sei es für wenige Miskito-Kinder ein Privileg gewesen, überhaupt eine Schule besuchen zu dürfen, und ihre Sprache sei in diesen Schulen verboten und diskriminiert worden. Dieses "Vorher" (vor dem Triumph) und "Jetzt" (nach dem Sieg dem Sandinisten) spielte eine große Rolle. Minerva Wilson kam zu einer eindeutig positiven Bilanz in ihrem Vergleich. Sie selbst arbeitet mit aller Kraft an diesen Verbesserungen der Lebensbedingungen. Aber ist das alles? Was heißt bessere Versorgung mit Lebensmitteln, Schulen, Gesundheitszentren, mit eigenem Land (inzwischen auch mit formellen Besitztiteln - wir sahen die Urkunden), wenn damit eine Integration betrieben wird, die, ausgehend von dem Begriff "einer Nation", also unter Mißachtung der indianischen Selbstdefinition als autochthone Völker, die zur Zerstörung der Identität führt. Wird damit nicht dem Einzelnen die Alternative gestellt: Sandinist zu werden oder zur Contra zu gehen oder zu resignieren? So sei die Alternative nicht gestellt, meinte Minerva. Beide Seiten müßten voneinander lernen. Dieser Prozeß sei im Gange, dafür sei Sumubila ein Beispiel.



Minerva Wilson in der Diskussion mit unserer Gruppe

Die Regierung bereite ein Autonomiegesetz für Zelaya-Norte vor, mit dem die Miskito sich ohne Selbstaufgabe arrangieren könnten. Die Forderung der ins Exil und zur Contra gegangenen MISURASATA-Führer seien allerdings nach wie vor unannehmbar. Sie ignorierten die Geschichte, seien selbstgerecht und von einem Machtanspruch, der in diese Situation geführt habe. Allmählich werde den Miskito klar, daß die MISURASATA-Führung zuletzt ein abgehobenes Gremium mit eigenen Interessen gewesen sei. Ja, es sei nötig, daß die Miskito eine neue, selbstorganisierte politische Vertretung aufbauen, aber das werden nach dem Fiasko mit MISURASATA noch eine Weile dauern, weil solch eine Organisation von unten wachsen müsse und noch nicht genügend neues Vertrauen entstanden sei. Zur Zeit hätten sie keine eigne Vertretung im Staatsrat. Dies sei ein Problem, aber kein vorrangiges. Minerva vertrat den Standpunkt, es komme zunächst auf die Entwicklung der Selbstverwaltung in den neuen Siedlungen an. In Sumubila liegt die ganze Verantwortung schon in Händen von Miskito, bis hin zur bewaffneten Dorfpolizei. Minerva sagte uns, daß aktive Miskito, die sich dem revolutionären Prozeß öffnen konnten, schon jetzt Einfluß in Managua bei der Regierung und auch bei den Massenorganisationen haben. Im übrigen gäbe es viele Formen unmittelbarer Beteiligung.

Das Gespräch entspannte sich wieder. Es kamen ruhigere Fragen, und unsere Gesprächspartner blieben offen, so daß auch noch über das schwierige Problem der Zwangsumsiedlung im Januar 1982 geredet werden konnte. Die Gründe dafür waren in erster Linie militärischer Art. So wie wir Minerva verstanden haben, ging es der Regierung primär darum, der Contra, die auf Grund der Schwierigkeiten zwischen MISURASATA und FSLN an Rückhalt gewann, in der Grenzregion am Rio Coco die Operationsbasis zu entziehen. In zweiter Hinsicht sei die Umsiedlungsaktion eine Schutzmaßnahme gegen die militärischen Aktionen der Contra und vor dem Zerriebenwerden zwischen den Fronten gewesen. Es gibt viele Augenzeugenberichte (vgl. die Literaturangaben zu diesem Artikel) über unvorstellbare Grausamkeiten der Contra gegen die Zivilbevölkerung, die zu einer großen Verunsicherung unter den Miskito

am Rio Coco geführt hatten. Es haben aber auch Probleme der Lebensbedingungen am Rio Coco eine Rolle gespielt (Überschwemmungen, viele Krankheiten, keine medizinische Versorgung etc.). Minerva berichtete, daß die Umsiedlung unangekündigt durchgeführt wurde. Bei einer Ankündigung wären viele Leute einfach in die Wälder oder nach Honduras geflohen. Die Häuser mußten verbrannt und das Vieh geschlachtet werden, damit die Contra keinen Besitz davon ergreifen konnte, und die Menschen nicht zurückkehren konnten. Der Marsch über viele Tage durch unwegsames Gelände war eine schlimme Strapaze. Sie seien aber in jeder Hinsicht und mit großer Anteilnahme von den Soldaten des Sandinistischen Herres unterstützt worden. Gewaltanwendung während des Marsches oder Massaker, wie es im Ausland behauptet wurde, habe es nicht gegeben. Heute, nach zwei Jahren, sind die meisten umgesiedelten Miskito zwar noch immer voll Trauer, wenn sie an ihr Land denken, vor allem an den großen Fluß, der eine Lebensader war, und das sorgfältig ausgesuchte Land der neuen Siedlungen kann nicht einfach ein Ersatz für diesen Verlust sein. Unsere Gesprächspartner waren der Ansicht, daß sich die meisten Bewohner der neuen Dörfer allmählich damit abgefunden haben, daß eine Rückkehr an den Rio Coco in der gegenwärtigen Situation nicht möglich ist. Immer mehr Menschen würden die aktive Unterstützung der Regierung beim Neuaufbau akzeptieren und anfangen sich einzuleben. Davon könnten wir uns beim Rundgang durch das Dorf selbst überzeugen. Es war Minerva Wilson wichtig, daß wir gerade zum Verlauf der Umsiedlung mit weiteren Betroffenen redeten, die uns ihren Bericht bestätigten.

Der Rundgang durch das Dorf vermittelte uns einen sehr lebendigen Eindruck einer Gemeinde, die schon viel geschafft hat. Verglichen mit den Kooperativen in Nueva Segovia war Sumubila eine blühende Siedlung. Die Leute begrüßten uns ohne Scheu und selbstbewußt. Nirgendwo bemerkten wir Anzeichen von Druck, Überwachung, ängstlicher Zurückhaltung. Wir sahen Schulklassen beim Unterricht. Einer der Lehrer, etwa 50 Jahre alt, hatte von der Amnestie Gebrauch gemacht. Er erzählte uns, daß er erst vor drei Tagen zurückgekommen sei und sofort eine Schulklasse bekommen habe. Er war froh, trotz der Angst, die er auf Grund der Propaganda in den Lagern auf der hondurenischen Seite hatte, sich zu diesem Schritt entschlossen zu haben. Keine Bestrafung, keine Diskriminierung. Dasselbe erfuhren wir von einem anderen zwanzigjährigen Mann, der bei der Contra gekämpft hatte. Er wollte in eine Stadt Nicaraguas und dort arbeiten. Es gibt keine Zwangsaufenthalt in Tasba Pri; die Leute können weg, wenn sie wollen. Wir haben auch in Puerto Cabezas Leute aus Tasba Pri getroffen.

Es gäbe noch viel zu berichten: Über die Schwierigkeiten mit neuen Produktionsmethoden beim Anbau von Grundnahrungsmitteln; über den Neubau einer großen Kirche und Versammlungshalle; über eine winzige Sparkasse in einer Bretterbude; über Pelote-spielende Kinder; die Gemeinschaftsküche; das Gesundheitszentrum; über ein Gespräch mit einer über 90jährigen Indianerin; über Gruppen von Miskito, die mit Mächten, Holz oder Bananenstauden bepackt aus dem Wald kamen; auch über die faszinierende Technik der Zimmerleute, die mit Mächten große Stämme und Balken für den Kirchenbau bearbeiteten.

Wir fühlten uns wohl bei diesem Rundgang und es tat uns leid, daß wir nicht länger bleiben konnten. Wir mußten ja zurück sein, ehe es dunkel wurde. Und das Gespräch mit den fünfzehn Pastoren stand am Abend auch noch an. Es wurde übrigens eine spannende Diskussion über die Region, über die Rolle der Kirchen in diesem Teil des Landes, über ihre eigene Praxis, die sie mit dem Anspruch machten, den revolutionären Prozeß in Nicaragua zu unterstützen, und über ihre Auseinandersetzungen mit der Kirchenhierarchie.

In der Nacht gab es einen Wolkenbruch und am Morgen saßen auf den schönen Holzhäusern in Puerto Cabezas viele schwarze Geier mit ausgebreiteten Flügeln, um sich von der aufgehenden Sonne trocknen zu lassen.

Heute, einige Wochen nach dem Besuch in Sumubila, bedrückt uns zweierlei: Am 17. April wurde Sumubila von ca. 300 Contra überfallen. Sie ermordeten sieben Menschen, darunter ein zweijähriges Kind, verwundeten siebzehn, verschleppten 39, unter ihnen den einzigen Arzt und den Verwaltungsleiter des Gesundheitszentrums. Sie brannten die Gesundheitsstation ab, auch die Kirche, die inzwischen fertig

geworden war, zerstörten Lager und Verarbeitungshallen für die neuangelegte Kakao-Plantage, in der 300 Leute Arbeitsplätze hatten, und zerstörten eine gerade fertiggestellte Generatorenanlage für die Stromversorgung. Die Selbstverteidigung fügte den Contra Verluste zu und konnte solange Widerstand leisten, bis eine Einheit des Heeres zu Hilfe kam, und die Contra sich zurückziehen mußten.

Sumubila wie wir es gesehen hatten gibt es nicht mehr. Wie werden die Menschen diesen Überfall verarbeiten? Minerva Wilson sagte zu Journalisten - wir lasen es in einer nicaraguanischen Zeitung - "Wir lassen uns hier nicht vertreiben. Wir bauen alles wieder auf". Wir sind sehr froh, daß sie lebt, denn die Aktiven überall in Nicaragua stehen als erste auf den Todeslisten der Contra. In der deutschen Presse wurde von diesem Überfall nichts berichtet. Warum stand kein Bericht darüber in der TAZ? Wenige Tage vor dem Überfall auf Sumubila lasen wir in Mexico in einer Zeitung, Steadman Fagoth habe vor Journalisten in Honduras erklärt, ihr nächstes militärisches Ziel sei es, die "Zwangslager in Tasba Pri" zu zerstören. Minerva Wilson hat recht gehabt. Immer mehr Miskito sehen für sich und ihr Volk eine Möglichkeit der Zusammenarbeit mit der FSLN. Der verstärkte Terror der Contra gegen Tasba Pri hat nichts mit Befreiung zu tun, für die Fagoth einmal so leidenschaftlich gekämpft hat. Er ist vielmehr Ausdruck einer Strategie der Einschüchterung und der Lebensbedrohung, und ein Eingeständnis, daß sie politisch verloren haben. Dazu paßt der Terror gegen die Miskito, die von der Amnestie Gebrauch machen wollen, und der bis zur Liquidierung von Gruppen führt, die sich konkret auf den Weg nach Nicaragua gemacht haben. Wieder einmal ist der Kampf eines kleinen indianischen Volkes um seine Selbständigkeit zu einem Manipulationsinstrument des US-amerikanischen Imperialismus geworden. Die Entwicklung von Fagoth und seinen Mitkämpfern ist eine Tragödie. Aber wir finden es falsch, den gesamten Weg dieser Leute einfach mit der Behauptung erklären zu wollen, sie seien schon immer Konterrevolutionäre gewesen.

Wir wissen für uns selbst nicht, wie wir uns zu dem Konflikt zwischen dem indianischen Selbstbestimmungsrecht und den Notwendigkeiten der Verteidigung der Revolution in Nicaragua eine politische Einstellung bilden sollen. Jahre vor dem Sieg der Sandinisten, etwa gegen Ende der 60er Jahre, entstand unter den Miskito eine politische Bewegung, die solche Kämpfer wie Fagoth, Wiggins und Rivera hervorbrachte. Sie fanden Zugang zur Panamerikanischen Indianerbewegung, die gegenüber den imperialistischen, faschistischen und halbdemokratischen Regierungen Amerikas und gegenüber der Weltöffentlichkeit einheitlich die Anerkennung als autochthone Völker und die Rückgabe ihrer angestammten Lebensräume verlangten. Sie entschieden sich gegen jede Form der Integration in die Nationalstaaten und gegen die Reservatpolitik, weil sie nur so überleben und sich entwickeln können. 1977 wurde diese Position in Genf auf einem Indianerkongreß der UNO vor den meisten Indianerorganisationen vertreten. Die damalige Miskitoorganisation (ALPROMISO), die diese Forderungen gegen die Somoza-Diktatur vertrat, war an diesem Kongreß beteiligt. Praktisch bedeutete das nie die Absicht, die Weißen vom amerikanischen Kontinent zu vertreiben, sondern es handelte sich um eine politische Verhandlungsposition, von der aus die Beziehungen zwischen den Völkern auf dem amerikanischen Kontinent neu entwickelt werden sollten, und mit der die indianischen Völker eine historische Perspektive wiedergewannen.

Von diesem geschichtlichen Hintergrund und politischem Zusammenhang von MISURASATA finden wir kein Wort in all den Äußerungen der Sandinisten, mit denen sie die Forderungen der Miskito-Führung als konterrevolutionär zurückweisen. Warum verweigern sie, die selbst mit unglaublichem Einsatz einen Befreiungskampf geführt haben, jede offene Auseinandersetzung mit den Forderungen der amerikanischen Indianerbewegung? Vielleicht liegt es mit daran, daß die gesellschaftliche Analyse, aus der der Weg der revolutionären Entwicklung abgeleitet wird, von einem Klassenbegriff ausgeht, mit dem die Wirklichkeit der indianischen Völker nicht erfaßt werden kann. Solche polit-ökonomischen Kategorien wie Proletariat, Landarbeiterproletariat, pauperisierte Schichten sind nicht geeignet, die Existenzweise der Indianer begreifen zu können. Die wichtigen indianischen Denker selbst lehnen den historischen Materialismus als Grundlage für die Entwicklung ihrer politischen Konzeption ab. Gerade die Marxisten, die das Historische an der historisch-mate-

rialistischen Geschichtsauffassung ernst nehmen, müßten diesen Standpunkt akzeptieren können.

Und umgekehrt: Die FSLN hat in Nicaragua die Diktatur unter unsäglichen Opfern gestürzt und den Weg freigemacht für eine neue gesellschaftliche Entwicklung. Wie die Sandinisten meinten, für alle Menschen innerhalb der politischen Grenzen des Staates Nicaragua. Wie sollen sie damit klarkommen, daß ein kleiner Teil der Bevölkerung (8,1%) 38% des Landes und das Verfügungsrecht über die Bodenschätze beansprucht zu einem Zeitpunkt, wo sich die Gegenrevolution mit Hilfe des mächtigsten imperialistischen Staates der Welt zu einer tödlichen Gefahr entwickelt hat? In den Stellungnahmen der MISURASATA-Führung zu dem Konflikt mit der FSLN finden wir keine Reflektion dieser Bedingungen, die ja auch nicht willkürlich von der FSLN gesetzt worden sind. Sie setzen sich nicht mit der Frage auseinander, wie der revolutionäre Prozeß in Nicaragua trotz der Bedrohung weiterentwickelt werden kann, und sie setzen sich selbst und ihre Forderungen nicht in Beziehung zu diesem Prozeß.

Unsere Erfahrungen in Nicaragua - vor allem auch der Besuch in Sumubila - haben einige Vorurteile aufgelöst und vielleicht neue Sichtweisen ermöglicht. Aber unser im Augenblick vorherrschendes Gefühl ist, daß es sich um einen kaum lösbaren Konflikt handelt, an dem die Revolution zugrunde gehen kann. Wäre es möglich, daß die Sandinisten auf die Vorstellung von der "einen Nation" verzichten und die Völker der Atlantikküste statt als integralen Bestandteil einer Nation als Bündnispartner sehen könnten? Wäre es möglich, daß politische Entwicklung der Miskito zu einem neuen Standpunkt führt, mit dem sie sich auf die spezifischen Bedingungen Nicaraguas nach dem Sturz der Diktatur neu einstellen können, z.B. mit einer Differenzierung ihrer Landforderungen?



Zimmerleute beim Bau der inzwischen wieder zerstörten Kirche in Sumubila

LITERATURANGABEN:

Nicaragua - Vor uns die Mühen der Ebene, Hrsg. Carlos Rincón und Christa Tebbe, Wuppertal 1982

Gritta Rösing / Frank Lehmann, No pasarán - Bilder und Berichte aus Nicaragua, Frankfurt 1984

Nationale Revolution und indianische Identität, Hrsg. Informationsbüro Nicaragua, Wuppertal 1982

Nicaraguas Indianer - Sandinistische Revolution gegen indianische Selbstbestimmung, in "Progrum" - Zeitschrift für bedrohte Völker, 13. Jg., Nr. 95, Dez. 82

**Wir suchen dringend
AB SOFORT**
evtl. auch später für einen
mindestens 3 monatigen
Einsatz im Rahmen unserer
Projekte in Nicaragua



- **ÄRZTE/INNEN**
- **KRANKENSCHWESTERN/-PFLEGER**
(möglichst m. Fachausbildung)

Gesundheitsbrigaden für Nicaragua

Kontakt: Gesundheitsladen Berlin, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61 · Tel. 030/693 20 90

GESUNDHEITSBRIGADEN FÜR NICARAGUA

Seit Mitte Dezember vergangenen Jahres sind unsere Gesundheitsbrigaden in Nicaragua. Die Solidaritätsarbeit hat damit eine neue Dimension erhalten. Ursprünglich nur zu einem kurzen Einsatz im Invasionsfall vorgesehen, hat sich das Konzept dieser Brigade geändert. Die Invasion findet schleichend und täglich statt und bindet zwei Drittel des Bruttosozialprodukt des Landes; dies macht eine längerfristige Anwesenheit der Brigaden notwendig. Die Gesundheitsbrigaden arbeiten an 3 Orten innerhalb der Kriegsgebiete. Als entscheidende Hilfe ist es ihnen gelungen, die operative Versorgung in diesen Bereichen aufzubauen bzw. in Gang zu halten, eine Versorgung, die z.T. erst durch das Kriegsgeschehen notwendig wurde. Daneben unterstützen wir die Basisversorgung der Bevölkerung in Hospitälern und Ambulatorien. In Gesprächen mit dem Gesundheitsministerium haben wir uns verpflichtet, mit etwa 20 Brigadisten mindestens ein Jahr lang zu arbeiten, und zwar in Bereichen, die uns politisch und medizinisch sinnvoll erscheinen. Innerhalb eines Jahres kann sich die politische Situation Nicaraguas entscheidend ändern, wie müssen dann unsere Position neu überdenken. Innerhalb eines Jahres gibt es aber auch 500 nicaraguanische Ärzte mehr, die dann die Versorgung ihres Landes in eigene Hände nehmen können. Die persönliche Begegnung mit den neuen Medizinern und Pflegekräften zeigt uns ihr großes Engagement für ihr Land.

Spenden erbeten auf das Postscheckkonto Berlin-West 38513-105 (BLZ10010010)
Medizinisches Informations- und Kommunikationszentrum
Gesundheitsladen Berlin e.V. - Sonderkonto "Nicaragua"

COSTA RICA

Eine "Musterdemokratie" gegen den "Weltkommunismus"

Die Sanierungspolitik der costaricanischen Regierung schreitet fort. Im März wurde ein "Gesetz des wirtschaftlichen Notstandes" verabschiedet, das u.a. Steuererhöhungen und die Nichtbesetzung freierwerdender Stellen im öffentlichen Dienst beinhaltet. In einer neuen "Absichtserklärung" gegenüber dem IWF verpflichtet sich die Regierung zu weiteren Begrenzungen der Kreditaufnahme und zur erneuten Begrenzung des Defizits. Weitere Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel stehen ins Haus.

Dieses Programm läßt sich jedoch immer weniger durch Appelle, den Gürtel enger zu schnallen, durchsetzen. In vielen Bereichen gab es schon im letzten Jahr Widerstand gegen die Sparpolitik zu Lasten des Volkes (vgl. LN 122). Im Februar protestierten Arbeiter und Studenten in einer großen Demonstration gegen die Politik der Regierung. In Limón streikten die Bahnarbeiter. Angesichts zunehmender Unzufriedenheit wächst in der traditionellen Regierungstaktik, Protesten mit Zuckerbrot - sprich: partiellen Zugeständnissen - und Peitsche - sprich: Repression - zu begegnen, das Gewicht des repressiven Elements.

Im extrem anti-kommunistischen und vor allem anti-sandinistischen Klima, das von den Medien und Teilen der Regierung geschürt wird, gelten alle Formen von Widerstand von Demonstrationen über Streiks bis Landbesetzungen als kommunistisch gesteuert. Die berühmte Verschwörererkette Moskau-Habana-Managua treibt selbstverständlich auch in Costa Rica ihr Unheil. Unterdessen wird die Zahl der im Lande aktiven CIA-Agenten vervielfacht.

Ausgerechnet auf dem Land, das gemäß den Verlautbarungen und Programmen der Regierung im Mittelpunkt ihrer Politik stehen soll, zeigt sich immer stärker die Unangemessenheit einer Strategie, die grundsätzliche gesellschaftliche Probleme mit Wachstum und Appellen zu lösen versucht, zeigt sich die wachsende Verzweiflung der Betroffenen, zeigt sich aber auch die zunehmende Repression. Die Welle der Landbesetzungen setzte sich zu Beginn dieses Jahres in verschiedenen Landesteilen fort. Am härtesten betroffen sind weiterhin Tausende von ehemaligen Bananenarbeitern und ihre Familien, die wegen der Umstellungen der Pflanzungen auf Ölpalmen ihre Arbeitsplätze verloren. In den betreffenden Regionen am Atlantik und am Pazifik finden auch die meisten Besetzungen statt. Der dramatischste Fall und das gravierendste Beispiel für die zunehmende Repression ereignete sich in der Zone Coto Brus, in der südlichen Pazifikregion. Circa 400 Familien von Campesinos und ehemaligen Landarbeitern besetzten einen Teil des Großgrundbesitzes "Las Alturas de Cotón" (Eigentum einer US-Gesellschaft und eines Costaricaners), von dessen 10000 ha nur 250 ha bewirtschaftet werden. Ohne daß es zu Verhandlungen kommt, setzt das Ministerio de Gobernación (das Innenministeriumsfunktionen ausübt) die Landgarde in Marsch. Bei der gewaltsamen Räumung, bei der die Bewohner der Gegend mit Straßenblockaden die Besetzer gegen die heranrückende Guardia unterstützen, setzen die Polizeikräfte Tränengas und Schußwaffen ein. Ergebnis: Ein Toter, mehrere Verletzte. Die ca. 700 "Gefangenen" werden einen Tag lang ohne Nahrungsmittelversorgung festgehalten.

Gegen dieses Vorgehen der Regierung werden Proteste u.a. seitens des Bischofs der Diözese, der Gewerkschaften und auch seitens Regierungskreise laut, wodurch einmal mehr die widersprüchlichen Positionen und Strategien innerhalb der Regierung deutlich werden (vgl. LN 115). Während ein Teil die ungleiche Landverteilung als Ursache der Mobilisierung der Betroffenen anerkennt, ist für den anderen alles eine große kommunistische Verschwörung.

Gemäß der "bewährten" Methode, Feindbilder zu schaffen, nimmt auch die Hetze gegenüber den Flüchtlingen aus anderen lateinamerikanischen Ländern zu, die häufig mit dem "internationalen Kommunismus und Terrorismus" in Verbindung gebracht werden. Das gilt vor allem für Salvadoreños. Der in den letzten Jahren erfolgte Ausbau der Sicherheitsorgane, die Schaffung von Spezialeinheiten und ihre Professionalisierung (vgl. LN 109/110) haben offensichtlich auch die Instrumente der Unterdrückung vervielfältigt. Die Berichte von Folter werden häufiger.

Das "Solidaritätskomitee mit den politischen Gefangenen Costa Ricas" (heute "Koordination für die Verteidigung der demokratischen Freiheiten in Costa Rica" - CODELIDE) berichtete September letzten Jahres über die Urteile gegen 21 Ausländer, denen das Gericht ausdrücklich auspolitischen Gründen die Anerkennung mildernder Umstände verweigerte. "Unerlaubte Vereinigung" war ein zentraler Anklagepunkt. Neun der Angeklagten wurde nach zweijähriger Untersuchungshaft allein dieser Vorwurf gemacht; vier Angeklagte wurden nach der gleichen Haftdauer freigesprochen. Die offiziellen Bestimmungen Costa Ricas besagen, daß ein Untersuchungshäftling freizulassen ist, wenn nach sechs Monaten nicht Anklage erhoben wird, was laut CODELIDE nicht der Fall war. In diesen Fällen wird auch von Folter berichtet, die vor allem vom Organismo de Investigación Judicial (OIJ) und der Agencia de Seguridad Nacional (ASN) angewandt wird. Ärzte bestätigten die Folter.



Polizeieinheiten, die die verfassungsgemäß vor 35 Jahren abgeschaffte Armee ersetzen
Foto: Archiv

Ein neuer Fall wird vom 22. März berichtet. Vier Personen, Mitglieder eines Komitees, das für bessere Wohnungen kämpft, werden von Personen, die sich - ohne sich auszuweisen - als Angehörige des OIJ ausgeben, festgenommen, weil sie Solidaritätspareolen mit dem salvadorischen Volk an eine Wand geschrieben haben sollen. Sie werden zu einer Dienststelle gebracht. Auf die Nachforschungen von Verwandten und Freunden leugenen die Behörden, ihren Aufenthaltsort zu kennen. Einer der vier, Humberto Calero Sandino, erklärt: "Während der 22 Stunden, in denen sie uns festhielten, wurde ich Verhören unterworfen,

die von jeglicher Art von Beleidigungen, Bedrohungen und physischen Foltern begleitet waren, wobei herausragten: das Zielen mit einem Revolver auf meinen Kopf; sie schlugen mich auf die nackten Füße und auf verschiedene Teile des Körpers, vor allem auf den Magen, die Rippen und die Hoden. Die ganze Zeit lang hatten sie mir die Arme mit Handschellen nach hinten gefesselt." Nach Ablauf von 24 Stunden werden die Inhaftierten freigelassen, ohne daß Anklage erhoben wird.

Zwei Tage später, am 24.3., findet in der Kathedrale von San José eine Messe anläßlich des vierten Jahrestages der Ermordung von Erzbischof Romero statt. Sie ist organisiert vom Komitee der salvadorischen Flüchtlinge und dem Comité Patriótico Nacional (COPAN); die mehrere hundert Teilnehmer sind vor allem salvadorische Flüchtlinge. Plötzlich dringen etwa dreißig Polizisten mit Maschinenpistolen bewaffnet unter dem Vorwand, angegriffen worden zu sein, als sie einen Verkäufer von Plakaten zur Erinnerung an Romero im Vorraum festnehmen wollten, in die Kathedrale ein. Unter den Teilnehmern der Messe entsteht Angst und Wut; die fünf Priester ordnen das Schließen der Eingangstüren an. Die Kathedrale wird von mehreren hundert Polizisten umstellt. Die Priester erklären später unter anderem:

"Die Christen wurden am Ende der Zeremonie von uns verabschiedet, wobei wir sie baten, den Worten eines Polizeiobersten Vertrauen zu schenken, der sich vom Altar aus verpflichtete, unter der Bedingung, daß weder Gruppen gebildet noch politische Slogans gerufen würden, weder die Papiere zu verlangen, noch jemanden festzunehmen und alle in Frieden nach Hause gehen zu lassen. Wir bezeugen, daß die Polizei respektlos das Gotteshaus betrat, bevor die Leute hinausgingen, und daß die Versprechungen des Polizeiobersten im allgemeinen nicht eingehalten wurden ... Wir beklagen mit tiefem Schmerz als Priester Christi, vereint mit dem armen und christlichen Volk von Costa Rica und El Salvador, daß all diese Provokationen gegen eine rein religiöse und liturgische Feier uns gehindert hat, den vierten Jahrestag des Martyriums von Mons. Oscar Arnulfo Romero feierlich zu begehen. Woher auch die Nachrichten kommen, ist hier das einzige lateinamerikanische Land, wo diese Feier nicht stattfinden konnte."

Etwa zwanzig Teilnehmer der Messe werden verhaftet, darunter Fausto Amador, der Präsident von COPAN, und Daniel Morgan, Universitätsdozent und Gewerkschafter. Nach einer Kampagne werden sie freigelassen, gegen Morgan jedoch Anklagewegen schweren Widerstands erhoben. Die Guardia Civil spielt den Vorfall herunter, spricht von nur zwei eingesetzten Streifenwagen und leugnet das von den Priestern bezeugte Eindringen der Polizei in die Kathedrale. Der Justizminister verweist in diesem Zusammenhang darauf, daß sich die Asylanten jeglicher politischer Betätigung zu enthalten haben. Dem kontrastiert die Versicherung Präsident Monges, daß ihnen politische Aktivitäten erlaubt seine - aber das gilt wohl nur der nicaraguanischen Contra, die zudem von Teilen der Regierung unterstützt wird.

Der anti-kommunistischen Propaganda der Regierung und der Medien leisten die linken Parteien Vorschub. Neuestes Beispiel ihrer Unfähigkeit, eine überzeugende Analyse und Strategie zu entwickeln, ist die Spaltung der Partido Vanguardia Popular (PVP - die "moskautreue" KP). Als die Brüder Mora, seit Gründung der Partei in den dreißiger Jahren an führender Stelle, Ende letzten Jahres abgesetzt wurden, warfen sie den neuen führenden Leuten - zunächst in einem internen Papier- Linksradikalismus und Abenteuerertum vor und behaupteten, diese verfolgten eine Politik der Krisenverschärfung, bereiteten den bewaffneten Kampf vor, nähmen keine Rücksicht auf die internationale Lage, hätten ein Programm von Streiks, Landbesetzungen, Demonstrationen und bewaffneten Aktionen zur Destabilisierung des Systems. Ihre Gegner, voran der neue Generalsekretär Vargas und der Abgeordnete Ferreto (auch er "von Anfang an dabei") warfen den Moras Reformismus, eine Apologie des Systems und Verrat vor und schlossen sie aus der Partei aus.

Die Presse hatte es ja schon immer gewußt und stürzte sich genüßlich vor allem auf die Erklärungen der Moras. Die Regierungspartei Liberación Nacional (PLN), gemäß den Erklärungen der Moras von der neuen PVP-Führung als stärkster Gegner und daher Hauptfeind identifiziert, hatte Gelegenheit, die Verteidigung des Systems und die Vernichtung des Kommunismus zu propagieren. Der Hauptfeind war aber offensichtlich doch nicht die PLN sondern die aktuellen Verräter der jeweils richtigen Linie. So gab es zwei Zentralkomitees, zwei Zentralorgane und im Januar auch zwei Parteitage, die sich jeweils die Legitimität absprachen. Auch an der Basis waren jetzt ganz andere Themen interessant geworden: Wer gehört zu welcher Fraktion? Und welchen Posten hat er? Beide Seiten - so wird berichtet - faßten für den Fall einer Niederlage in der Auseinandersetzung die Gründung einer neuen Partei ins Auge. Auch ein neuer Name war schon im Gespräch, den (in dieser Hinsicht dann doch in gewohnter Einigkeit) beide Seiten für interessant hielten: Partido Comunista Costarricense.

Der Konflikt wurde dann erstmal auf typisch linksradikale Weise gelöst: Man ging vor die bürgerlichen Institutionen. Das brachte neue Spannung, denn wo das eine Gremium Parteitag A für gut befand, entdeckte das andere böse Formfehler. Die Justizbehörden nutzten die Gelegenheit, das Haus von Eduardo Mora mal eben auf den Kopf zu stellen - auf der Suche nach Dokumenten, versteht sich. Am Ende beschleunigten die Institutionen des Klassenfeindes den neuen Amtsinhabern um Vargas und Ferreto, daß sie die wahren Kommunisten sind.

Neben solchen tragikomischen Kämpfen um das Etikett, das allein die Teilhabe an der entscheidenden welthistorischen Tendenz garantiert, gibt es offensichtlich neuerdings auch ernsthaftere Versuche, den Ursachen der desolaten Situation der costaricanischen Linken auf die Spur zu kommen. Ein Treffen von Linksparteien analysierte v.a. die mechanistische Einschätzung des Zusammenhangs von Wirtschaftskrise und politischem Bewußtsein und die Unterschätzung der Steuerungskapazitäten der Herrschenden als fundamentale Fehler. Andere geäußerte Kritiken betrafen die fehlende ideologische Eigenständigkeit, dogmatischen Sprachgebrauch, die Kluft zwischen Theorie und Praxis u.a.m. Auch eine angemessene Reaktion auf die veränderten internationalen Bedingungen sei nicht erarbeitet worden; es sei sowohl die Schlußfolgerung gezogen worden, angesichts des mittelamerikanischen Kontextes sei auch in Costa Rica die Stunde des bewaffneten Kampfes gekommen, wie auch die Position vertreten worden, die aus Angst vor einer Rechtsentwicklung auf sozialistische Politik verzichten will (inforpress 582).

Die neuen Vorfälle sind bezeichnend für den zunehmenden Druck auf costaricanische Volksorganisationen und die ausländischen Flüchtlinge (das gilt nicht für die Kubaner und die nicaraguanische Contra). Es wird befürchtet, daß mit dem wachsenden Widerstand gegen die Austeritätspolitik zu Lasten des Volkes die Repression immer härtere Formen annimmt. Im Vergleich zu vielen anderen Ländern erscheint die Situation insgesamt noch weniger kraß. Angesichts von Tendenzen von zunehmender Repression, dem Aufbau paramilitärischer Truppen, die Einbindung in die US-amerikanische Strategie, der zunehmenden Präsenz von CIA-Agenten und der angekündigten Aufrüstung "gegen Grenzübergriffe aus Nicaragua" durch die USA und Honduras gilt es aber, diese Entwicklung in einem Land, das sich gern als demokratische Idylle in einem von Gewalt beherrschten Mittelamerika darstellt, im Auge zu behalten.

Quellen: La Nación, El Debate, Veröffentlichungen von COPAN und CODELIDE, Inforpress, Latin America Regional Report, taz

USA - ZENTRALAMERIKA

Jesse Jacksons Vorstellungen zur Mittelamerikapolitik

Rev. Jesse Jackson, der erste schwarze Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur der Demokratischen Partei der USA, vertritt bezüglich der Mittelamerika-Politik der Vereinigten Staaten eine Position, die den Forderungen der US-amerikanischen Solidaritätsbewegung recht nahe kommt. Im Gegensatz zu den verschwommenen Aussagen seines aussichtsreichsten Konkurrenten Mondale verlangt Jackson eine klare Änderung der US-Politik und fordert die Normalisierung der Beziehungen zu Cuba und Nicaragua und Verhandlungen mit der FDR-FMLN. Wir dokumentieren im Folgenden seine Vorstellungen für die Mittelamerika-Politik:

"Wir müssen unseren Kurs in Mittelamerika ändern. Wir müssen weg vom Weg, der zum Krieg führt und hin zu einem Weg zu Verhandlungen und Frieden. Wir dürfen nicht auf der Seite der Ungerechtigkeit stehen, sondern auf der der Gerechtigkeit, nicht auf der Seite der Mächtigen, sondern auf der der Vielen, nicht auf der Seite der reichen Elite, sondern auf der der verarmten Mehrheit. Wir dürfen nicht mit Arroganz handeln, sondern mit Respekt vor der Meinung unserer Nachbarn. Wir müssen einen neuen Weg suchen. Als gewählter Präsident werde ich sofort folgende Maßnahmen treffen:

- 1) Beendigung des verdeckten Krieges gegen NICARAGUA. Ich werde Sicherheitsgarantien unterstützen, die zwischen Nicaragua und seinen Nachbarn ausgehandelt werden sollten. Ich werde mit Nicaragua Verhandlungen aufnehmen, um unsere Beziehungen zu normalisieren, damit wir Nicaragua bei dem Versuch helfen können, eine gerechtere Gesellschaft aufzubauen.
- 2) Ich werde den militärischen Komplex, der in HONDURAS errichtet wird, abbauen und die fast ständigen militärischen Übungen beenden. Wir haben bereits die sehr schwachen demokratischen Institutionen in diesem ärmsten Land Mittelamerikas unterminiert. Wir müssen ein Hilfsprogramm auf die Beine stellen, um Bürgerorganisationen und demokratische Institutionen aufzubauen, die fähig sind, Honduras zu entwickeln.
- 3) Ich werde Verhandlungen mit EL SALVADOR beginnen mit dem Ziel, die Gewalt zu beenden und eine Übergangsregierung einzusetzen, die wirklich freie Wahlen unter der Beteiligung aller Parteien durchführen kann.
Das setzt voraus, daß wir sofort die Militärhilfe an El Salvador aussetzen und Wirtschaftshilfe an die Bedingung knüpfen, daß die Regierung ernsthafte Verhandlungen mit der FDR-FMLN führt. Wir können nicht länger Komplizen der barbarischen Elite in Mittelamerika sein. Wir sollten nicht weiterhin unsere begrenzten Mittel verschleudern, indem wir Millionen zu ihrer Bereicherung ausgeben. Wir müssen eine Lösung in El Salvador finden.
- 4) Ich werde auch weiterhin keine Militärhilfe an die Regierung von GUATEMALA geben, die sich einer repressiven Politik gegenüber den indianischen Völkern schuldig gemacht hat; ich werde Hilfe für die Flüchtlinge in Mexico bereitstellen, die vor der Gewalt in ihrer Heimat geflohen sind.
- 5) Ich werde mich gegen die Militarisierung von COSTA RICA wenden und Wirtschaftshilfe zur Verfügung stellen, um Costa Ricas Möglichkeiten zu verbessern, die Bedürfnisse des ganzen Volkes zu befriedigen.

6) Ich werde einen Prozeß zur Normalisierung unserer Beziehungen mit CUBA beginnen. Wir verletzen unsere eigenen Interessen, wenn wir weiterhin versuchen, die kubanische Regierung zu isolieren. Diese Insel - 90 Meilen vor unserer Küste - hat viele Gründe, intensive Handels-, Kultur und menschliche Beziehungen mit den USA zu unterhalten. Cuba braucht unser Kapital und unsere Märkte. Wir haben unseren natürlichen Einfluß auf dieses Land aufgegeben und es gezwungen, sich auf die UdSSR zu verlassen. Diese Politik ist für uns selbst sehr schädlich. Es ist seltsam, daß wir mit der UdSSR Handel treiben, Osteuropa Kredite und China Militärhilfe gewähren, aber diese kleine Insel vor unserer Küste so anfeinden. Es ist Zeit, aus dieser dummen Politik eine vernünftige Politik zu machen. Es ist Zeit, mit Cuba zu einem Normalisierungsprozeß zu kommen, um gutnachbarschaftliche Beziehungen in unserer Region herzustellen.

Ich glaube, daß Entwicklung entsprechend den Bedürfnissen der Mehrheit in Mittelamerika durch US-Initiativen auf dem Gebiet von Entwicklungshilfe, Handel, Schulden sowie der Arbeiter/Migranten und Flüchtlinge gefördert werden sollte.

Als gewählter Präsident würde ich folgende Maßnahmen treffen:

- 1) Ich werde mit Wirtschaftshilfe solche Programme, Regierungen und Basisorganisationen unterstützen, die das Ziel haben, die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen den Menschen verschiedener Hautfarbe und zwischen Mann und Frau zu verkleinern.
- 2) Ich werde Handelsabkommen unterstützen, die mittelamerikanischen Ländern helfen, ihre Exporterlöse zu stabilisieren.
- 3) Ich werde regionale Pläne für die Umschuldung von Auslandskrediten unterstützen.
- 4) Ich werde die Rechte der mittelamerikanischen Flüchtlinge garantieren und Programme entwickeln, um die in die USA geflüchteten Arbeiter zu entschädigen und in ihre Länder zu reintegrieren, die unter den Konsequenzen der gegenwärtigen US-Politik zu leiden haben.

(Das Positionspapier wurde veröffentlicht vom Jesse Jackson for President Committee, Washington)

KOLUMBIEN

Chronik eines angekündigten Todes

Hintergründe der Ermordung des kolumbianischen Justizministers

Den folgenden Bericht erhielten wir aus Kolumbien:

Gesprächsthema Nr.1 hier im Land ist seit gestern (5.5.1984) der Mord am schon zurückgetretenen Justizminister Rodrigo Lara Bonilla. Diese Geschichte könnte man mit dem Titel von Gabriel García-Marquez letzter Novelle überschreiben: "Chronik eines angekündigten Todes". Der gerade 38jährige Minister wurde um halb acht auf einer der Hauptstraßen Bogotás im fahrenden Wagen erschossen. Täter: Zwei gekaufte Revolverprofis, gerade 20 Jahre jung, die - wie hier üblich - vom Motorrad aus operierten. Für diese beiden Jungs war das Unternehmen ein Himmelfahrtskommando, denn im Ministerwagen saßen Leibwächter und ein weiterer Wagen mit Wächtern folgte. Einer der Täter wurde sofort erschossen, den zweiten mit kugelsicherer Weste traf ein Streifschuß am Arm. Haft und Verhöre, die ihn erwarteten, dürften ihn wohl darüber nachdenken lassen, ob der Tod an Ort und Stelle nicht besser gewesen wäre. Frielich gibt es hier sehr viele Menschen, die für weniger als die 2 Millionen Pesos sterben, die die Rauschgift Händler von Medellín den Attentätern gezahlt hatten.

Nun sterben auf diese Weise und aus diesen Gründen monatlich einige Dutzend im Land, und es ist den Zeitungen zwangsläufig selten mehr Platz wert als ein drittklassiges Fußballmatch im Lokalteil. Wenn es freilich einen Minister trifft, schockiert es sogar die kolumbianische Öffentlichkeit, deckt doch der Fall Hintergründe auf, die jeder im Land kennt, aber auch fast jeder durch Verdrängen oder Unter-den-Teppich-kehren "gelöst" sehen will.

Dieser Minister - gerade ein Jahr im Amt - war einer der kritischen Köpfe im "Nuevo Liberalismo", einer Gruppierung der jungen Generation in der verbrauchten, traditionellen Liberalen Partei. Mit seinem Amtsantritt kündigte der gelehrte Jurist der Mafia der Rauschgift Händler einen Kampf mit allen legalen Mitteln an. Die Antwort darauf war eine Anschuldigung aus Parlamentarierkreisen, Bonilla habe von der Mafia 1 Million Pesos zur Finanzierung seines Wahlkampfes erhalten. Zum Beweis wurden eigenartige Quittungen und kaum verstehbare Tonbänder vorgelegt. Obwohl der Minister die Vorwürfe abstritt, wurde der Fall nie richtig geklärt, und an ihm blieb der Ruch der Bestechlichkeit haften.

Den widerlegte er in seinem waghalsigen Kampf gegen Rauschgiftproduktion und -vertrieb, womit er sich mit dem mächtigsten und skrupellosesten Wirtschaftszweig Kolumbiens anlegte. Nachdem er beispielsweise im Dezember 1983 öffentlich erklärt hatte, daß die Hälfte der Fußballvereine der hiesigen Profiligas (und natürlich die besten Vereine, da sie die teuersten Einkäufe tätigen können) von Mafiageldern unterwandert seien; daß der zweite Nationalsport der Kolumbianer - der Radsport - ebenfalls durch diese schmutzigen Dollars gesponsert werde, erhielt er mehrere telefonische Morddrohungen und zeigte sich nur noch mit Leibwächtern in der Öffentlichkeit.

Heftig verteidigte und unterstützte er auch das Auslieferungsabkommen mit den USA aus dem Jahr 1979. Da der Löwenanteil von Coca und Marihuana in die USA geschmuggelt wird, ist es logisch, daß viele damit befaßte Kolumbianer entweder direkt von den US-Amerikanern gefaßt werden, oder daß sie Beweise an der Hand haben, um Kolumbianer vor Gericht zu bringen. Dagegen steht aber der Nationalismus und das Unterlegenheitsgefühl der Kolumbianer gegenüber der Supermacht;

gleichzeitig gibt es gezielte Initiativen von interessierten Parlamentariern, die gegen das Abkommen polemisieren, weil sie selbst im Geschäft drinstecken und sich die Gefühle der Kolumbianer zunutze machen. In Wirklichkeit sind das die Leute, die als erste ihr Kapital in die USA transferieren würden, wenn's ernst würde mit den Maßnahmen gegen die Mafia.

Noch nie wurde soviel Rauschgift in Kolumbien und den USA sichergestellt wie während der Amtszeit von Lara Bonilla. Noch nie flogen soviele geheime Laboratorien und Rauschgiftküchen auf wie jetzt. Wahrscheinlich wird Kolumbien zu seinen bisherigen 8 Rekorden im Guinness-Buch der Rekorde in der nächsten Ausgabe einen neuen gutgeschrieben bekommen: den letzten Rekord-Fund in den Urwäldern des Caquetá.

Das alles war in den Augen der Mafia ein derartiges Sündenregister, daß Morddrohungen an den Minister schon zur Tagesordnung gehörten. Er zog daraus seine Konsequenzen und reichte den Rücktritt bei Präsident Betancour ein. Der war auch bereit, ihn aus der Schuldbühne zu nehmen und hatte bereits ein Amt - wahrscheinlich den Botschafterposten in der CSSR - vorgesehen. Denn Paris, wo Lara Bonilla schon Konsulardienste geleistet hatte, ist zu sehr Weltstadt, als daß der Arm der Mafia nicht dorthin reichen würde. Auch gibt es in Paris eine sehr große lateinamerikanische Kolonie, in der gekaufte Gangster relativ leicht untertauchen könnten.

Nach seiner Ermordung ist Lara Bonilla Märtyrer Nr. 1 im Land und wird an die Seite anderer berühmter Erschossener der kolumbianischen Geschichte, ja sogar an die Seite von Jesus Christus gestellt. So jedenfalls in den Reden, die man heute anlässlich seines Begräbnisses in seiner Heimatstadt im Fernsehen verfolgen konnte. Von den ca. 150 Leichen im vergangenen Jahr, die man im Cesar (Provinz im Norden) in einem Massengrab fand - umgelegt von Mafiosi, weil man in diesem Dorf höhere Löhne forderte - fand sich in der Zeitung ein winziger Artikel. Danach verschwand das Thema vollständig in der Versenkung.

Lediglich der "jefe" des "Nuevo Liberalismo", Galán, sprach in seiner unpathetischen Leichenrede für seinen Parteifreund von der Feigheit der Kolumbianer im täglichen Leben und insbesondere der Angst vor den Mafiosi. Sie verschließen seiner Meinung nach die Augen vor diesem Problem, um Konflikte zu vermeiden. Letztlich stehe dahinter die Angst um ihr Leben; aber im Alltag sei es die Angst vor Schwierigkeiten mit den Nachbarn, die Hoffnung, nicht aufzufallen. Die Erinnerung an die Zeit der "violencia" der 40er und 50er Jahre sitzt tief in jeder Familie und ist eine Ursache des Schweigens, des Mißtrauens und der Einsamkeit.

Der Mord an Lara Bonilla war gewissermaßen die offene Kriegserklärung einer mächtigen Organisation an den Staat, genauer gesagt, an einen Teil des Staates. Denn auf vielen Ebenen der "demokratischen" Präsidentschaft haben bereits Mafia-Mitglieder ihre Ämter inne. Das geht von den Gemeinderäten an aufwärts bis in die zwei Kammern des Parlaments. Insofern geht nicht der Staat und seine Verwaltung geschlossen gegen den davon getrennten Kreis der Mafia vor. Vielmehr kämpft ein Teil der Staatsbediensteten gegen einen anderen Teil. Das hat Ähnlichkeiten mit den Auseinandersetzungen in der Stadtverwaltung von Chicago in den 20er Jahren in der Ära von Al Capone. Nur beschränkt es sich nicht auf eine Stadt, sondern erstreckt sich - wie in Bolivien - auf einen ganzen Staat und die ganze Gesellschaft.

Denn ein Land, das Rauschgift produziert, konsumiert auch einen Teil davon. Und so steigt inzwischen der Drogenkonsum in der kolumbianischen Jugend stark an. Gleichzeitig wäre aber Kolumbien ohne den Drogenexport ähnlich verschuldet wie Argentinien, Brasilien oder Mexiko, und viele Häuser und Hochhäuser stünden ohne das Mafia-Geld nicht im Gelände. Die Konsequenz all dieser Verstrickungen wird in Kolumbien in dem Satz zusammengefaßt: Der Mord am Justizminister muß eine Diskussion über die Grundlagen der gegenwärtigen Gesellschaft erzeugen und entsprechende Ergebnisse zeitigen, sonst war alles umsonst - außer für die Mafia.

Die verschiedensten Kreise der Gesellschaft sind durchsetzt von den Angehörigen des Kreises des "schnellen Geldes", wie man es hier nennt, und das produziert

nicht nur praktische sondern auch moralische Korruption. Was ist davon zu halten, wenn in Medellín anlässlich des hier wichtigen 15. Geburtstag alle eingeladenen jugendlichen Gäste des Geburtstagskinds einen Renault 4 nagelneu aus dem Geschäft geschnekt bekommen? So wurde mir jedenfalls erzählt. Und das bei den hiesigen Autopreisen (ca. 15 000 DM für einen R 4) und der endemischen Armut! Das ist ein Skandal, dessen sich vor allem die alteingesessene Ober- und Mittelklasse bewußt ist, in die sich die Mafiosi einzukaufen suchen. Das tun sie mit Erfolg. Außer mit Geld arbeiten sie auch mit Angst und ihren gut funktionierenden Verbindungen, die sie mit Geld und der politischen Position abgesichert haben.

In einer schon korrupten Gesellschaft zersetzt die durchs Rauschgift erzeugte Korruption auf höherem Niveau die wichtigsten Kreise der Gesellschaft bis zur Frage: Mitmachen und gewinnen - oder dagegen kämpfen und vielleicht abgeschossen werden?

Erschwert wird daher der Kampf gegen die Rauschgiftmafia dadurch, daß es nicht - wie man unermüdlich darstellen will - der Kampf des Staates gegen die Mafia ist, sondern der Kampf zwischen verschiedenen Teilen des Staates, zwischen verschiedenen Amtsinhabern.

Jetzt bleibt abzuwarten, wie Lara Bonillas Nachfolger agieren wird: Wird er den vom Präsidenten verkündeten "Kampf gegen die Mafia" fortsetzen, oder wird er gar nichts tun. Eines ist aber jetzt schon Tatsache: nach nur zwei Jahren ohne Ausnahmezustand ist von der Regierung erneut der Ausnahmezustand verhängt worden - und der trifft die sozialen Bewegungen mehr als die Mafia.

Nachtrag:

Nachdem im Laufe des Jahres 83 in verschiedenen Fällen eine Auslieferung von Mafia-Mitgliedern an die USA vom kolumbianischen Präsidenten Belisario Betancour, der in letzter Instanz darüber zu entscheiden hatte, abgelehnt wurde, unterzeichnete letzterer am 11.5.84 ein diesbezügliches Auslieferungsabkommen. Als einer der wichtigsten Mafia-Größen ist dadurch Carlos Lehder von der Auslieferung an die USA bedroht. Im Rahmen des Ausnahmezustandes wurde außerdem die Enteignung des Besitzes wichtiger Mafia-Bosse angeordnet. Belisario Betancour wird nach der Ermordung des Justizministers, von einer ihm bis dahin treu ergebenen Presse, kritisiert. Eine härtere Gangart wird gefordert. Die Wortschöpfung des "narcoguerrillismo" taucht auf. Guerilla und Mafia werden, gefährlich vereinfacht, in einen Topf geschmissen und für die tägliche Gewalt in Kolumbien verantwortlich gemacht.

BRASILIEN

Vom Fischerdorf zum Industriehafen

Das Projekt SUAPE und die Interessen der Vereinigten Aluminium-Werke

Die Aluminiumindustrie in Brasilien expandiert: Eines der größten Bauxitlager der Welt ist in Amazonien am Rio Trombetas erschlossen worden; an der Atlantikküste bei Sao Luis läuft die Verarbeitung von Bauxit und die Produktion von Aluminium im derzeit größten Fabrikprojekt des Landes in großem Maßstab an; Anfang 1984 sind die Aluminiumexporte gegenüber den vergangenen Krisenjahren stark in die Höhe geschneit. Einen großen Anteil an den neuen Geschäften haben sich die multinationalen Giganten der Branche wie ALCOA, ALCAN und japanische Unternehmen gesichert. In diesem Ansturm auf Brasiliens Bodenschätze hat die bundeseigene Vereinigte Aluminium-Werke AG - zumindest vorläufig - auf das falsche Pferd gesetzt. VAW hatte Mitte 1982 im geplanten Industriepol SUAPE in Nordostbrasilien schon das Grundstück gekauft, um dort die größte Fabrik zu errichten.

Brasiliens Nordostregion ist seit Jahrzehnten durch hohe Indizes von Armut, Unterernährung, Kindersterblichkeit, Analphabetentum und Arbeitslosigkeit als das "Armenhaus" des Landes gekennzeichnet. Staatliche Entwicklungspolitik konnte die Lage der großen Bevölkerungsmehrheit nicht verbessern helfen, weil sie nicht bei der Umverteilung der reichlichen Landesreserven ansetzte, sondern sporadisch Nothilfeprogramme durchführte und eine wenig beschäftigungswirksame Industrialisierung der Städte Recife, Salvador und Fortaleza förderte - und damit die Ungleichheiten verschärfte und die Landflucht begünstigte. In einer euphorischen Phase wirtschaftlichen Wachstums entstand in der Politik und Bürokratie des Bundeslandes Pernambuco zu Anfang der 70er Jahre der Entwurf eines Hafen-Industrie-Komplexes südlich von Recife, in dem sich große Industrien ansiedeln sollten, von denen ein Ausstrahlungseffekt auf die Regionalwirtschaft ausgehen sollte. Auf der Grundlage unsicherer Bedarfsschätzungen und optimistischer Zukunftserwartungen wurde ein Konzept des COMPLEXO INDUSTRIAL-PORTUÁRIO SUAPE entworfen, das Stahlindustrie, Werftbetriebe, Petrochemie, Agroindustrie und Aluminiumproduktion vorsah. Pernambuco plante die Schaffung von allen notwendigen Infrastruktureinrichtungen für die vorgesehenen Großfabriken. In einer ersten Phase sollten in SUAPE in öffentlichen und privaten Anlagen insgesamt drei Milliarden Dollar investiert werden. Wegen seiner günstigen geographischen Lage wollten die Planer SUAPE auch zum größten Hafen Lateinamerikas machen - mit insgesamt 19 Kilometer Kaianlagen.

Das Projekt wurde 1974 in den 2. Nationalen Entwicklungsplan aufgenommen und erfuhr 1977 eine weitere staatliche Förderung durch den Präsidenten, der SUAPE als "von besonderer Bedeutung für die Entwicklung des Nordostens" begrüßte. Das Land Pernambuco gründete ein Unternehmen, das für die Durchführung des Projektes verantwortlich wurde. Zunächst wurden bei ausländischen Banken 150 Millionen Dollar Kredit aufgenommen, um mit den Arbeiten im Hafen und Gelände zu beginnen. Die Projektleitung unterstand dem Gouverneur Maciel, der SUAPE zum Schwerpunkt seiner Amtszeit machte. Parallel zu den Bauarbeiten verlief das weltweite Werben des Bundeslandes um kapitalkräftige Industrieanleger, die dem entstehenden Infrastrukturskelett wirtschaftliches Leben "einhauchen" sollten - ausgerechnet zu Zeiten einer verschärften Stahlkrise und des absehbaren Zusammenbruchs der brasilianischen Wirtschaft.

Öffentlicher Widerstand und ein "Beteiligungs"-Modell

Nach dem Vorbild ausländischer Industriehäfen, vor allem des von Fos/Marseille, war der SUAPE-Komplex technisch entworfen worden - in Abstimmung mit einer flüchtigen wirtschaftlichen Vorstudie. Kaum war das Konzept bekannt, protestierten schon namhafte Ökonomen aus der Region gegen die gravierenden Mängel in der Planung. Immer mehr Kritiker schlossen sich dem Protest an. Benängelt wurde die Festlegung der knappen Finanzen des Landes in einem Wirtschaftsprojekt ohne nennenswerte Arbeitsplatzschaffung, die absehbare Begünstigung ausländischer Unternehmen, das Versäumnis, Alternativstudien z.B. mit Schwerpunkt in der Landwirtschaft unternommen zu haben, und die Zerstörung einer einmaligen Naturlandschaft und bedeutender Kulturdenkmäler. Wissenschaftler fast aller Disziplinen der Landwirtschaftlichen und der Bundesuniversität von Recife, führende Fachleute von Sozialforschungsstellen und naturwissenschaftlichen Instituten liefen Sturm gegen "SUAPE". Sie faßten ihre Argumente in Streitschriften zusammen; in den Medien fand diese, vor allem intellektuelle, Bürgerinitiative starke Beachtung. Auf dem Höhepunkt des Widerstandes hatte sich die Umweltschutzgruppe "Associação Pernambucana de Defesa a Natureza" (ASPAN) gegründet; sie veranstaltete Podiumsdiskussionen und führte einen Protestzug am Strand durch. Zunächst gab die Landesregierung dem Protest nach - oder versuchte vielmehr, ihm die Spitze zu brechen - und richtete im Projektausschuß ein "ökologisch-kulturelles Programm"(PECCIPS) ein. Hier sollten Vertreter von Naturschutz und kulturellen Interessen am Projekt mitwirken können. Das Partizipationsmodell wurde schon bald aufgelöst, als die Kritiker sich gegen großflächige Rodungsarbeiten und die Anlage eines internationalen Flughafens energisch zur Wehr setzten.

Ökologische Lügenwörter: Neue Taktiken für schmutzige Technologien

Wirkliche Bürgerbeteiligung an der Gestaltung des Industriegebietes kann vom Planungsmanagement auch garnicht gemeint gewesen sein, da sich die wichtigsten Einwände der Kritiker gegen fundamentale ökonomische, ökologische und soziale Grundzüge von SUAPE wandten. Die Planer hatten aber gelernt, daß ein ökologisches Feigenblatt öffentlich nützlich sein kann. Für ökologische und kulturelle Angelegenheiten wurde eine besondere Abteilung im Planungsapparat eingerichtet. Ein Katalog ökologischer Kriterien wurde aufgestellt, besondere Umweltschutzmaßnahmen und -auflagen angekündigt, darunter insbesondere Aufforstungsmaßnahmen. Der grundsätzliche Widerspruch zwischen großflächiger Industrieansiedlung und Schutz der natürlichen Umwelt wurde plump ausgeblendet in programmethorischen Formulierungen wie dieser: "Eine der großen Prioritäten (...) ist die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts (sic!) zwischen den Flächen der Industrieansiedlung und dem Schutz der Umwelt".(1)

Wenn auch Brasilien in den letzten Jahren ein hochdifferenziertes System von Umweltgesetzgebung, technischen Richtwerten und Umweltinstitutionen entwickelt hat, zeichnet sich heute allenfalls "eine Abnahme der Zunahme" der Verschmutzung an den städtischen Brennpunkten der ökologischen Schädigungen ab.(2) Praktisch ist die Umweltentwicklung des Landes jedoch immer noch geprägt vom Anspruch auf ungebremsete Industrialisierung, wie er 1972 auf der UNO-Umweltkonferenz in Stockholm vertreten wurde, oder sich in skandalösen Aufforderungen an die ausländische Industrie wie "Come and pollute us" und ähnlichen Einladungen ausdrückte (3). Im allgemeinen verschärft sich die Umweltkrise durch Exportmonokulturen, Proalcohol-Industrie, chaotisches Städtewachstum und Amazonaszerstörung eher noch.(4) Ausnahmen von den Gesetzen und Umweltkorruption räumen für viele Investitionen oft die letzten möglichen Hindernisse aus dem Weg.

Noch bevor beurteilt werden konnte, wieviel Gift und Schmutz die Industrien

in SUAPE abgeben dürften, begann die Umweltzerstörung im Projektgebiet und weitere Schäden waren klar vorprogrammiert. Kilometerweit wurde längs der Küste die ursprüngliche Mangrovenvegetation beseitigt oder trockengelegt, durch den Bau der Hafemole wurden die Strömungsverhältnisse im Mündungsbereich des Rio Ipojuca so verändert, daß bestimmte Schalentiere ihren Lebensraum unwiederbringlich verloren haben. In den neu angelegten Stauseen für die Wasserversorgung des Projektes ist mit einer Zunahme der Seuchengefahr, insbesondere der Bilharziose, zu rechnen. Das Projektmanagement weist es als besonderen Verdienst aus, daß die Reste tropischen Atlantikküstenurwaldes im Projektgebiet nicht abgeholzt werden. Was allerdings als "Barrierewald" für den Schutz der Wohnbevölkerung im Städtchen Cabo ausgewiesen wird, ist genau dieser Wald, zusätzlich verstärkt mit Aufforstungen. Groteskerweise verwirklicht sich im "Barrierewald" einer der wenigen Vorschläge, den die Projektkritiker durchsetzen konnten: es wird nicht, wie ursprünglich vorgesehen, mit Obstbäumen aufgeforstet, damit die sich in den Früchten anreichernden Schadstoffe nicht von den Nachbarn der Fabriken über den Verzehr aufgenommen werden können. Cabo, ein großer Teil der geplanten Arbeitersiedlungen und die Restwälder, liegen während zehn Monaten in der Hauptwindrichtung der Industrieabgase von SUAPE. Von der Aluminiumfabrik würde das wäldervernichtende Schwefeldioxid, Stickoxide, große Staublasten und der den menschlichen Organismus schädigende Fluorwasserstoff in diese Richtung ausgestoßen. Die Umweltschützer aus Recife befürchten, daß sich eine Ök Katastrophe im Hafenbereich ereignen könnte, die die Strände der Zwei-Millionen-Metropole verschmutzen würde. Industrie- und Hafenabwässer aus SUAPE geraten ohnehin während mindestens zehn Monaten im Jahr in eine Meeresströmung in Richtung auf Recife.

Das VAW-Interesse an SUAPE

Produktionsverlagerung in die Dritte Welt, in die Nähe der Rohstoffvorkommen, ist ein aktueller Trend in der internationalen Aluminiumbranche, die von wenigen Konzerngiganten kartellartig dominiert wird.(5) VAW bewarb sich auf die mehrheitliche Beteiligung an ALUNE, der für SUAPE vorgesehenen Aluminiumschmelze. Steuerliche Vergünstigungen, Garantie verbilligter und zuverlässiger Stromversorgung - 15 Prozent unter den Kosten der Erzeugung -, Nähe zum hochwertigen Rohstoff aus Amazonien, maßgeschneiderte Infrastruktur und gegenüber der Bundesrepublik niedrige Umweltauflagen machten die Beteiligung zum interessanten Geschäft. 110.000 Tonnen Aluminium sollten hier in der ersten Phase bei Investition einer halben Milliarde Dollar und Schaffung von knapp 800 Arbeitsplätzen ab 1986 produziert werden (6) - davon 85 Prozent für den Export in die Bundesrepublik Deutschland!

Mit höchster Priorität der pernambukanischen Wirtschaftspolitik wurden die Bauarbeiten an Straßen und Bahnen, Wasserwerk, Verwaltungszentrum und Hafenanlagen vorangetrieben, nicht zuletzt auch, weil SUAPE zum Prestigeobjekt des damaligen Gouverneurs Maciel geworden war. Um die Jahreswende 1981/82 kamen erste Spekulationen über die ungewissen Zukunftsaussichten des Hafen-Industrie-Gebietes auf: die Bauarbeiten gerieten ins Stocken, als sich die Bereitstellung eines Kreditpostens wegen der prekären finanziellen Situation des Landes verzögerte. Eine Studie des Regionalentwicklungsamtes SUDENE und der Bundesuniversität von Recife über Auswirkungen und Entwicklungseffekte des Projektes kam Anfang 1983 zu dem Ergebnis, daß die Anziehung von industriellen Anlegern und erst recht die weiteren wirtschaftlichen und sozialen Ziele für die Belebung der Regionalwirtschaft gescheitert waren. Über die angemeldeten möglichen Interessenten heißt es in dem SUDENE-Papier, "daß die Gruppe der zwölf (...) Industrien nicht gerade das darstellt, was in der ökonomischen Literatur als 'Industriepol' bezeichnet wird" und weiter: "Übrigens ist unter den aufgelisteten Industrieanlagen die einzige, (...) die die Existenz der riesigen, schweren Hafinfrastruktur rechtfertigen könnte, die ALUNE".(7) Tatsächlich hatte sich erst eine unbedeutende Kunststoff verarbeitende Fabrik in SUAPE niedergelassen.

Die übrigen Interessenten hielten sich krisenbedingt mit ihrem Engagement so stark zurück, daß Erfolg oder Mißerfolg immer stärker von ALUNE/VAW abhängig wurde. Wenn SUAPE schon keine Verbesserung des großen Elends der Bevölkerung erwarten ließ, dann hätte wenigstens ein großes "Vorzeige-Unternehmen" die politische Führung Pernambucos vor einem schmerzhaften Prestigeverlust bewahren können. Anfang 1982 gab VAW bekannt, daß ihre Machbarkeitsstudie zugunsten einer Niederlassung in SUAPE ausgefallen sei. Zwar zeichnete sich schon eine deutliche Überproduktionskrise auf dem Aluminium-Weltmarkt ab und die Preise verfielen, aber VAW signalisierte weiter deutliches Interesse: der Konzern erwarb im Juni 1982 ein Grundstück von etwa 200 Hektar am südlichen Rand des Dorfes Suape. Obwohl die schwere Krise der Aluminiumbranche eine Investition von derartigem Volumen waghalsig erscheinen ließ, vertrat der deutsche Multi noch im frühen Herbst 1982, die Lage stabilisierte sich allmählich.

Ende mit Schrecken oder Schrecken ohne Ende?

"Es ist ALUNE, in dem das Projekt SUAPE seine größten Anstrengungen konzentriert", faßt die erwähnte Studie die existentielle Bedeutung der deutschen Beteiligung zusammen.(8) Vor diesem Hintergrund wird besser verständlich, warum das staatliche Elektrizitätswerk CHESF bereit war, seinen Strom zu einem Preis unter seinen eigenen Erzeugungskosten abzugeben. Als im Laufe des Jahres 1982 sich die Konjunktur weiter verschlechterte, drängte VAW darauf, daß Pernambuco dem Unternehmen bessere finanzielle Bedingungen und eine weitere Verbilligung des Strompreises einräumen sollte. VAW-Manager Lindner "erinnerte" daran, daß andere Länder günstigere Bedingungen böten, meldete die Regionalpresse am 19.05.1982.(9) Die staatlichen Wirtschaftspolitiker reagierten zurückhaltend. Ende 1982 überstürzten sich die Ereignisse um SUAPE. VAW erklärte seinen vorläufigen Rücktritt und ersuchte um Bedenkzeit bis 1984. Ein großer Teil der Projektbürokratie wurde abgebaut, Zuständigkeiten wurden eingeschränkt und die Priorität von SUAPE völlig zurückgenommen. Eine beabsichtigte Neuaufnahme von Geldmitteln für SUAPE wurde von der Zentralregierung blockiert. Der zum Jahreswechsel vollzogene Regierungswechsel schien auch politisch den Zusammenbruch von SUAPE zu bedeuten. Nach Pressemeldungen waren in den Infrastrukturarbeiten im Küstengebiet von Suape 300 Millionen Dollar verbaut worden.

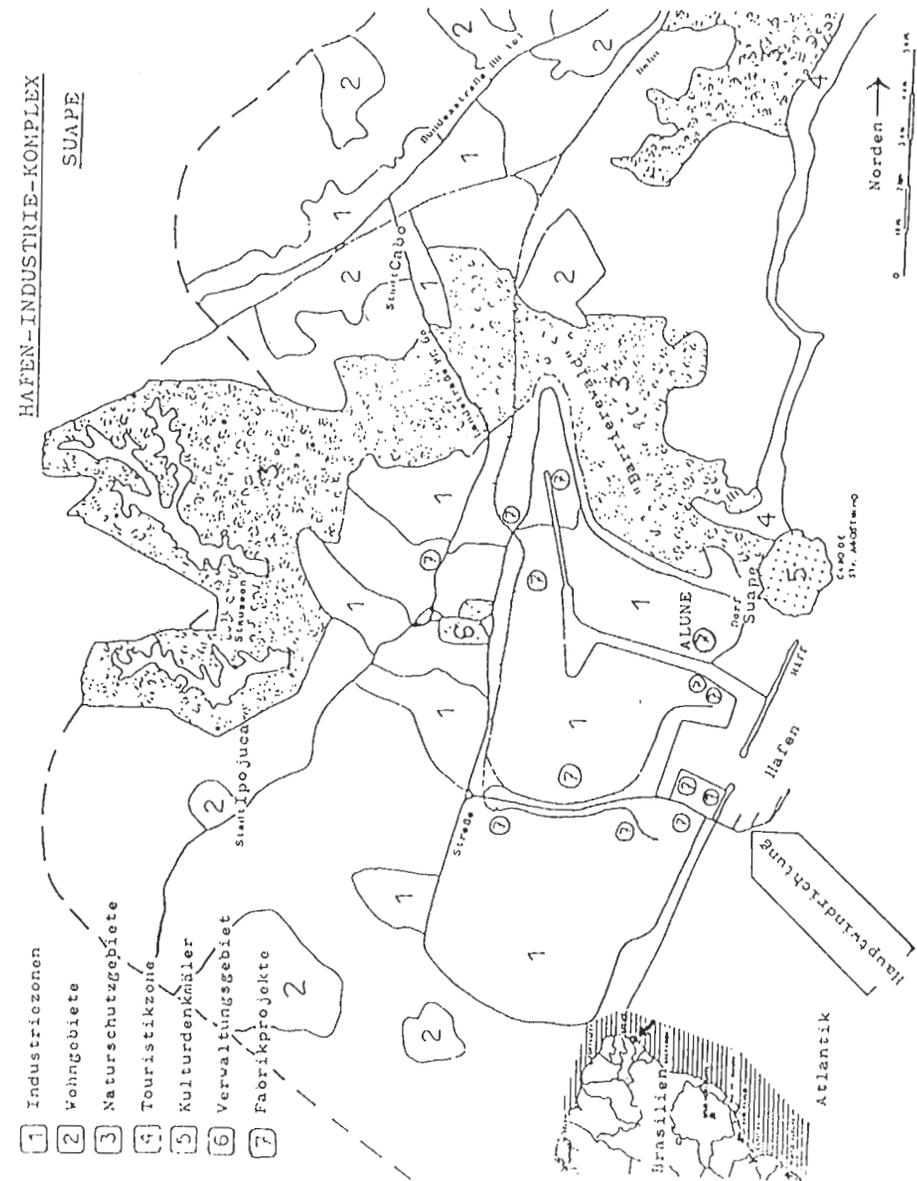
Sechstausend Menschen, Fischer, Kleinbauern, Landarbeiter und Beschäftigungslose, waren durch das Projekt verdrängt worden, in vielen Fällen schon lange bevor die Bauarbeiten noch auf ihr Land oder in ihr Wohngebiet vordrangen. Viele der von einem Sozialforschungsteam befragten Vertriebenen beschwerten sich über die Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse. Selten waren sie mit Beträgen entschädigt worden, die ihnen einen angemessenen Neubeginn ermöglichten. Oft erhielten sie diese Entschädigungen mit erheblichen Verspätungen, manchmal garnicht. Oder sie wurden Opfer von "integrierten Umsiedlungsmaßnahmen", die zum Beispiel ehemalige Fischer in den Mündungsbereich des Rio Jaboatão verpflanzte, der infolge wiederholter Fälle von Fischsterben durch Abwässer von Zuckeralkohol-Destillieren bekannt geworden war. Ein großer Teil der ländlichen Bevölkerung hatte in der Agrarkooperative Tiriri unterkommen können, die Ende 1983 ihre Pforten schließen mußte. Die Dagebliebenen mußten erleben, daß sich ihre Lebensbedingungen verschlechterten: "Für das Volk kommt nichts Gutes dabei heraus, im Gegenteil", "die Gegend liegt im Sterben, das verdirbt den Menschen das Leben hier", "früher hatte ich einen vollen Bauch - wo ich jetzt lebe, geht nichts mehr ohne Geld."(10) Solche Antworten bekamen die Sozialforscher immer wieder zu hören. Nur wenige hatten sich kurzfristig als Arbeiter auf der Baustelle finanziell verbessern können. Viele klagten über die wirtschaftli-

chen Folgen der Umweltvernichtung: "Das Projekt zerstört die Mangroven, da läßt sich nichts mehr herausholen", "der Krebsfang ist stark zurückgegangen", "heute ist der Fischfang viel schwieriger geworden".

Im Projektgebiet waren bis Anfang 1983 Dutzende Kilometer Straßen, Bahnlinien, Pipelines, Kommunikationsnetze, Stromversorgung, zwei Stauseen, ein großes Wasserwerk, die Verwaltungszentrale, Busbahnhof und Frachtbahnhof, die drei Kilometer lange Hafemole mit Anleger, ein Teil des Hafenbeckens und ebenfalls ein Teil der Kanäle fertiggestellt. Nach dem landesweit wahrgenommenen vermeintlichen Zusammenbruch war danach selbst bei Umweltschützern die Aufmerksamkeit für SUAPE geschwunden. Überraschend erreichte das Land Pernambuco allerdings Mitte 1984 von der Zentralregierung die Freigabe eines 50 Millionen Dollar Kredites, der überwiegend für Arbeiten im Projekt ausgegeben wurde. Nach sachkundigen Einschätzungen will der neue Gouverneur Magalhães seinem Amtsvorgänger Maciel, der zu den Präsidentschaftskandidaten der Regierungspartei PDS zählt, Schützenhilfe geben, damit dieser nicht durch eine Bauruine SUAPE belastet wird.(11) Nützlich könnte SUAPE auch schon in Kürze dadurch werden, daß das aus den Nähten platzende Öltanklager am Rande des Stadtkerns von Recife in den neuen Hafen verlegt wird. Die Voraussetzungen dafür sind infrastrukturell weitgehend erfüllt. Und auch ALUNE ist noch nicht gestorben: VAW hat mitgeteilt, daß sie bis 1986 eine endgültige Entscheidung über eine Projektbeteiligung treffen werde.(12) Dann werden die Turbinen des neuen großen Wasserkraftwerkes Itaparica am nahegelegenen Rio Sao Francisco freie Kapazitäten haben. Und vielleicht findet sich die zukünftige Landesregierung von Pernambuco dann bereit, investitionsfreundlichere Bedingungen zu schaffen, um überschüssigen Strom als "Elektrizität in Barren", so der Branchenjargon für das energieintensive Aluminium, auf den Weltmarkt zu bringen.

Anmerkungen:

- (1) SUAPE. O Porto Industrial Brasileiro; hg. von Empresa SUAPE, Recife 1982.
- (2) Hartje, V.: Industrialisierung, Umweltbelastung und Umweltschutz in Entwicklungsländern. In: ÖKO-Mitteilungen; hg. vom Öko-Institut, Freiburg, Nr.5, Dezember 1983.
- (4) Hagemann, H.: Stirbt der Wald, stirbt der Mensch. Umweltzerstörung in Amazonien auf Kosten der letzten Stammesvölker Brasiliens. In: Stüben, P. und Maderspacher, F. (Hg.): Bodenschätze contra Menschenrechte (Arbeits-titel); Junius Verlag, Hamburg 1984 (in Druck).
- (3) Nach Angaben der Deutsch-Brasilianischen Handelskammer ist in Brasilien das "Investieren nicht behindert von strengen Umweltgesetzen"; São Paulo 1981.
- (5) Bilder, E.: Las Multinacionales del Aluminio. In: Desarrollo, Bogotá, Año XV, Nr. 62, September 1980.
- (6) Martins, P.H.N.: Análise e perspectivas sociais e econômicas da implantação da infraestrutura do projeto "SUAPE". Convênio UFPE/SUDENE; unveröffentl. Manuskript, Recife 1983.
- (7) ders., S.47.
- (8) ders., S.48.
- (9) Diário de Pernambuco, zit. nach ders., S.50.
- (10) ders., S.61 ff.
- (11) Pers. Mitteilung ASPAN, Recife, Febr.1984.
- (12) Nachrichten für Außenhandel, 16.12.1983.



BOLIVIEN

Die Krise kreis(ß)t

Betrachtet man die Ereignisse in Bolivien innerhalb der letzten 18 Monate seit dem Amtsantritt des Präsidenten Siles Zuazo, erscheint der demokratische Prozeß wie ein Puzzlespiel, in dem die Steinchen der gemäßigten politischen Kräfte in periodischen Abständen immer wieder gemischt und neu zusammengelegt werden. Eine Regierungskrise folgt auf die andere, und Anfang April fand wieder eine Regierungsumbildung statt. Die wichtigste Veränderung im neuen Kabinett ist der Wiedereintritt des MIR (Linksrevolutionäre Bewegung) in die Regierung.

Gerade 4 Monate hat das Kabinett regiert, das am 7. April geschlossen zurückgetreten ist. Diesmal gelang die Regierungsumbildung jedoch schneller als im Dezember letzten Jahres (vgl. LN 123). Schon am 9.4., am 32. Jahrestag der Revolution von 1952, wurden nähere Einzelheiten bekannt gegeben. Die größte Überraschung war die erneute Beteiligung des MIR an der Regierungsmacht. Der MIR war im Januar 1983 aus der Regierungskoalition ausgetreten. Nur der Vorsitzende der Partei, Jaime Paz Zamora, behielt sein Amt als Vizepräsident. Seither war Siles Zuazo Präsident einer Minderheitsregierung, der außer seiner eigenen Partei MNRI (Nationalrevolutionäre Bewegung der Linken), nur die Kommunisten, Christdemokraten und einige Unabhängige angehörten.

In Zukunft wird das Kabinett aus 6 Ministern des MNRI, 4 Ministern des MIR, 2 Ministern der Kommunistischen Partei und 8 Ministern der UDP (Demokratische Volkseinheit) und der Unabhängigen zusammengesetzt sein.

Die umstrittenen Minister José Ortiz Mercado (Außenministerium) und Roberto Jordán Pando (Planungsministerium) traten zurück.

IWF - alte Rezepte und neues Elend

Wenige Tage nach der Regierungsumbildung schwang Siles Zuazo wieder den vom IWF verordneten Holzhammer und verkündete harte Sparmaßnahmen, die - wie immer - vor allem die untersten Bevölkerungsschichten trafen. Der Peso wurde um 400% abgewertet; die staatlichen Subventionen der Benzin und Grundnahrungsmittelpreise wurden zurückgenommen, was enorme Preissteigerungen zur Folge hatte. Brot wurde um 560% teurer, Reis um 837%, Benzin um 400% und Zucker um 234%. Die Busfahrpreise stiegen um ca. 200% und auch Fleischwaren und Molkereiprodukte verteuerten sich erheblich. Nach Finanzminister Flavio Machicado sind diese Wirtschaftsmaßnahmen "unbedingt notwendig" (taz, 19.4.1984), um einen Anstieg der Inflationsrate auf 2 000% in diesem Jahr zu verhindern. Mit diesen Maßnahmen entsprach Siles Zuazo den Forderungen des IWF nach einer deutlichen Defizitreduzierung des Haushalts, von der neue Kredite abhängig gemacht wurden.

Die Erhöhung des Brotpreises geht auf das Konto der USA, die eine Hilfssendung von 70 000 t Weizen an die Stornierung der Brotsubventionen gebunden hatte.

Um den Kaufkraftverlust der unteren Bevölkerungsschichten auszugleichen, wurde von der Regierung die Ausgabe von Lebensmittel- und Transportgutscheinen beschlossen. Den Arbeitern wurde ein Teuerungszuschlag von nur 22 - 30 US-\$ (55 - 75 DM) zugestanden, und der monatliche Mindestlohn

wurde von 63 auf 128 DM heraufgesetzt. Der Gewerkschaftsdachverband COB, der das Wirtschaftsprogramm der Regierung ablehnt, bezeichnete diese mildernden Gegenmaßnahmen als "völlig unzureichend" (Handelsblatt, 19.4.84). Die COB stellte der Regierung ein Ultimatum bis zum 23. April, um die Sparmaßnahmen zu revidieren. Gleichzeitig kündigte sie einen Generalstreik an. In La Paz protestierten 50 - 60 000 Arbeiter und Studenten u.a. mit dem Slogan "Nieder mit Siles Zuazo und dem Weltwährungsfonds".

Polizeieinheiten besetzten die bolivianische Zentralbank, deren Angestellte die Sparmaßnahmen der Regierung bestreikten. Die Besetzung erfolgte nur wenige Stunden vor Abreise einer Regierungsdelegation, die sich in den USA um einen 200 Mio. \$ Kredit bemüht.

Juan Lechín tritt zurück

Mit dem landesweiten Generalstreik, der vom Gewerkschaftsdachverband für Montag, Mittwoch und Donnerstag der ersten Maiwoche angekündigt worden war, erreichten die wirtschaftspolitischen und sozialen Auseinandersetzungen einen neuen Höhepunkt. Der Streik wurde zunächst an 2 Tagen durchgeführt und brachte die gesamte Wirtschaft zum Erliegen. Die darauf folgenden Verhandlungen zwischen COB und Regierung brachten jedoch keine Einigung.

Anlässlich eines internen Streites in der COB um den Generalstreik trat am 4.5.84 der Vorsitzende des Gewerkschaftsdachverbandes, Juan Lechín Oquendo zurück. Er hatte das Amt des Vorsitzenden 32 Jahre lang ausgeübt. Lechín beklagte sich, daß es nicht gelungen sei, eine gemeinsame Front aufzubauen. Er griff insbesondere die Fabrikarbeitergewerkschaft an, die auf eigene Initiative zu einem unbefristeten Streik aufgerufen hatte, und deren Führung in Hungerstreik getreten war.

Lechín, der alte Fuchs, will offensichtlich mit seinem Rücktritt auf die aufmüpfigen Fabrikarbeiter Druck ausüben. Denn die Gefahr, eine Spaltung der Gewerkschaftsbewegung heraufzubeschwören, das weiß er ganz genau, ist weder im Interesse der Fabrikarbeiter noch der übrigen Mitgliedsgewerkschaften. Und um diese Gefahr zu bannen, wirft er seine "gewichtige" Persönlichkeit in die Wagschale.



CHILE

Chile-Chronik

Kongress des CNT beschliesst Streik

Der Kongress des CNT, der für Mitte April geplant, von der Diktatur aber verboten worden war, fand Ende April nun doch statt - mit offizieller Genehmigung. Tausend Delegierte beschlossen den Generalstreik, dessen Durchführung seit einigen Monaten diskutiert wird, für einen Zeitpunkt innerhalb von drei Monaten (bis Ende Juli). In einem "round-table"-Gespräch, das der großbürgerliche MERCURIO veröffentlicht (29.4.), zeigt sich Rodolfo Seguel, Präsident des CNT, gleichzeitig aber skeptisch über die Bereitschaft der Kupferarbeiter, in naher Zukunft an einem solchen Streik teilzunehmen.

Laut einer Umfrage der christdemokratischen Zeitschrift HOY Ende April seien nur knapp 39 % der Befragten für einen Generalstreik, 51 % dagegen.

Zahlenpuzzle

Laut derselben Umfrage (HOY Nr. 353) seien rund 66% der Befragten für einen Dialog zwischen Opposition und Diktatur; Anhänger Pinochets: 26,8 %, Gegner: 52,3 %.

Über die Zuverlässigkeit solcher Umfragen läßt sich nichts aussagen, allenfalls spekulieren. Der Gegensatz zu den 75 % Pinochet-Gegnern, von denen die Zeitschrift "Análisis" Anfang April in einer bescheidenen Ausgabe berichtet, ist offenkundig.



Santiago, 1. Mai

Das Foto entnehmen wir dem Mercurio, der chilenischen FAZ; daß die Fahnen des linksradikalen MIR im Zentrum des Bildes stehen, soll sicher auch als Bürgerschreck wirken.

Wenn wir schon spekulieren, dann eher in die Richtung, daß die Ergebnisse der von der Zeitschrift HOY in Auftrag gegebenen Umfrage eine zweite Dialogrunde mit der Diktatur politisch legitimieren sollen.

Der 1. Mai

Zum ersten Mal in den über zehn Jahren Diktatur konnten die oppositionellen Gewerkschaften legal eine öffentliche Mai-Veranstaltung durchführen; zumindest in Santiago - in anderen Städten fanden sie trotz Verbot statt. Nach Agenturberichten sei es die größte Maiveranstaltung seit je gewesen.

Am Rande der Veranstaltung kam es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, fast hundert Teilnehmer wurden verhaftet. Pinochet zog es vor, "seinen" 1. Mai -ebenfalls zum ersten Mal - vor handverlesenem geladenem Publikum außerhalb Santiagos zu feiern. Den Ort dafür hätte erkaum zynischer auswählen können: An dem im Bau befindlichen Wasserkraftwerk Colbún-Machicura war es zu den militantesten Streiks gegen die Ausbeutung der Arbeiter unter der Diktatur gekommen.

Fauler Pfirsich

Ein wesentliches Problem bei der Korruption der Herrschenden ist ja bekanntlich, sie während ihrer Herrschaft nachzuweisen. Bei Pinochets Schwiegersohn ist das im vergangenen Jahr gelungen, so daß er seine öffentlichen Ämter aufgeben mußte. Inzwischen ist die Beweislage gegen Pinochet selbst so brenzlich, daß das Oberste Gericht eine von 24 Oppositionspolitikern verlangte Untersuchung seiner Grundstücksgeschäfte anordnete (4. Mai).

Melocotón Alto (Pfirsich) heißt der Ort, wo Pinochet durch Einschaltung von Mittelsmännern und der Staatskasse zwischen Januar 79 und Dezember 83 zu Vorzugsbedingungen zulangte. Als die Sache Anfang März 84 zuerst an die Öffentlichkeit drang, ließ Pinochet die Hälfte der Grundstücke flugs dem chilenischen Staat als Schenkung überschreiben. Dokumente über diese Transaktionen trug der chilenische Oppositionspolitiker Lavandero bei sich, als er am 20. März auf offener Straße überfallen und bewußtlos geschlagen wurde; nach dem Überfall fehlten diese Unterlagen natürlich.

Inzwischen ist auch deutlich geworden, daß die über einige Medien verhängte Vorzensur Ende März (vgl. LN 126) die Veröffentlichung dieser Dokumente verhindern sollte, die inzwischen als Fotokopien in Chile zirkulieren.

In der Gesamtabrechnung mit Pinochet ist das eine Bagatelle; daß die bürgerliche Opposition den Fall trotzdem aufgreift, signalisiert ihre immer noch andauernde politische Schwäche. Sie dürfte vor allem darauf zielen, den gern als moralischen Saubermann posierenden General vor den Militärs bloßzustellen.

SOLIDARITÄT

Informationsstelle ev Guatemala

Maistraße 29
8000 München 2

AUFRUF

Tel: 089/536625

zu einer BUNDESWEITEN MENSCHENRECHTSKAMPAGNE
zu GUATEMALA

München, 3.5.84

Angesichts einer sich fortwährend verschlimmernden Menschenrechtssituation in Guatemala, die auch guatemaltekeischen Presseberichten zufolge alles bisher dagewesene Ausmaß übertrifft, ruft die Informationsstelle Guatemala e.V., zentrale Koordination der Guatemala-Solidaritätsbewegung in der BRD und West-Berlin, zu einer

BUNDESWEITEN ÖFFENTLICHKEITSKAMPAGNE

im Zeitraum Mai bis Juli 1984

auf, um anzuprangern, daß ...

- ... seit einem vom US-Geheimdienst CIA geführten und finanzierten Militärputsch (1954) über 100.000 Zivilpersonen durch staatlich institutionalisierte Willkür bzw. allein aufgrund ihrer politischen Überzeugung ermordet wurden oder verschwanden;
- ... militärische und paramilitärische Verbände immer häufiger dazu übergegangen sind, indianische Dörfer und mitunter ganze Gebiete des Landes zu bombardieren und Massaker an der Zivilbevölkerung zu verüben;
- ... auf diese Weise nahezu eine Million Menschen, in der Mehrzahl indianische Campesinos, aus ihren Herkunftsorten vertrieben wurden und sich z.T. seit mehr als drei Jahren auf der Flucht befinden, während Regierungstruppen und paramilitärische bzw. Sicherheitskräfte diese sowohl im Landesinnern als auch über die Grenzen hinaus auf mexikanischem Territorium verfolgen;
- ... viele Tausend dieser Flüchtlinge zwangsumgesiedelt oder aber in Lagern und sog. 'strategischen Dörfern' interniert werden;
- ... innerhalb der letzten 17 Jahre mindestens 35.000 Personen gewaltsam entführt oder verhaftet wurden und für immer verschwanden, Folter und Mißhandlungen an politischen Gefangenen zur Normalität gehören und die Familienangehörigen der Opfer physischen oder psychischen Bedrohungen ausgesetzt sind;
- ... auch nicht ein Minimum international gültigen Rechts gewährleistet ist, so das Recht auf Schutz vor willkürlicher Verhaftung, auf rechtliches Gehör oder auf Verteidigung durch einen Rechtsbeistand des Vertrauens. Dies trifft insbesondere zu auf die inzwischen zwar abgeschafften militärischen Sondertribunale, deren Willkürurteile jedoch fortbestehen.

Zweck dieser Kampagne ist es, durch eine breite Information der deutschen Öffentlichkeit Unterschriften zu sammeln und Protestschreiben an die guatemaltekeische Militärregierung zu veranlassen, aber auch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu ersuchen, daß sie Guatemala gegenüber mit Nachdruck die Wiederherstellung und Respektierung der Menschenrechte fordert und hiervon jegliche wirtschaftliche und entwicklungspolitische Unterstützung abhängig macht.

Mit dieser Kampagne entspricht die Guatemala-Solidaritätsbewegung in der BRD dem Aufruf der guatemaltekeischen Menschenrechtskommission -CDHG- zu einer weltweiten Maßnahme dieser Art.

GUATEMALA:

Wir fordern ein Ende des staatlichen Terrors!

Alltag in Guatemala: Dörfer werden von der Armee überfallen, bombardiert, verbrannt. Indianische Bauern zu Tausenden massakriert, vertrieben, verfolgt, später zwangsweise umgesiedelt, die überlebten. Menschen werden auf offener Straße umgebracht, entführt, bestialisch gefoltert. Ihre Leichen in Massengräbern verscharrt oder an Straßenecken abgeladen.

Verantwortlich für diesen Terror sind die einander abwechselnden Militärdiktaturen bzw. die von ihnen befehligten Streitkräfte, paramilitärischen Organisationen, die Todesschwadronen etc., seitdem 1954 ein vom US-Geheimdienst CIA gesteuerter und finanzierter Putsch die noch junge Demokratie des Landes beseitigte.

in nicht weniger als zehn Resolutionen haben die verschiedenen Gremien der UNO in den letzten fünf Jahren schwere Menschenrechtsverletzungen in Guatemala festgestellt und verurteilt. Über vierzig international angesehene regierungs- und parteipolitisch unabhängige Organisationen kamen aufgrund eigener Erkenntnisse zu einem gleichen Ergebnis. Sie klagen darüber hinaus die guatemaltekeischen Militärregierungen an, die systematische Verfolgung politisch Andersdenkender staatlich institutionalisiert zu haben.

Die Guatemaltekeische Menschenrechtskommission -CDHG- und die 'Organisation der Familienangehörigen Verschwundener' in Guatemala nennen die Zahl von 35.000 gewaltsam Verschwundenen seit 1967. Das Verschwindenlassen ist besonders seit dem Machtantritt Generals Mejia Victores im August 1983 zu einer gewohnheitsmäßigen Praxis der militärischen+Sicherheitskräfte gegenüber der Opposition des Landes geworden. Allein im Januar und Februar d.J. waren es 200 Fälle. Unter dem Druck der internationalen Menschenrechtsorganisationen mußte die Polizei im Februar 84 eingestehen, politische Gefangene in geheimen Militärgefängnissen zu haben, die nie einem Gericht vorgeführt wurden.

Unfaßbar und dennoch von Hunderten von Zeugenaussagen bestätigt sind die Massaker der Armee an ganzen Dörfern im indianischen Hochland Guatemalas. Zwischen 1982 und 83 sollen auf diese Weise an die 15.000 Menschen umgekommen sein. Der Terror trieb annähernd eine Million Menschen in die Flucht, die sich zu einem großen Teil noch immer vor der Willkür des Militärs verborgen halten. Wo es der Armee gelingt, wird die Bevölkerung zwangsumgesiedelt oder auf andere Weise unter militärische und paramilitärische Kontrolle gebracht.

Massaker finden noch immer statt. Zuletzt am 15. Febr. 1984 in Santiago Ixcán, Departement El Quiché, im Norden des Landes. 46 Überlebende, die nach Mexico fliehen konnten, berichten vom Mord an über 100 ihrer Mitbewohner.

REZENSIONEN

Der bittere Geschmack des süßen Zuckers

Als sie sich der Stadt näherten, trafen sie auf einen Neger, der ausgestreckt auf dem Boden lag und nur noch sein halbes Gewand trug, das heißt, eine kurze Hose aus blauem Stoff; dem armen Mann fehlten das linke Bein und die rechte Hand. "Mein Gott! Was machst du da so schrecklich zugerichtet, wie ich dich hier vorfinde, mein lieber Freund?", fragte ihn Candide ... "Ich warte auf meinen Meister, Herrn Vanderdendur, den berühmten Händler", antwortete der Neger. "Hat dich Herr Vanderdendur so zugerichtet?" fragte Candide. "Ja, mein Herr; das ist üblich. Jedes Jahr gibt man uns als einzige Bekleidung zweimal jährlich eine kurze Hose aus Stoff; wenn wir in der Zuckermühle arbeiten und ein Finger gerät zwischen die Mahlsteine, dann schneidet man uns die Hand ab; wenn wir fliehen wollen, schneidet man uns das Bein ab; ich habe mich in beiden Lagen befunden: Zu diesem Preis essen Sie in Europa Zucker." (Voltaire: Candide, 1759)

Zu welchem Preis wir in Europa Zucker heute essen beschreibt das Buch
Al Imfeld: ZUCKER, 205 S., Unionsverlag, Zürich 1983

"Zucker ist ein Sorgenkind der Gesundheitspolitik; ein Problemkind der Marktordnung (in Ost und West, erst recht in Nord und Süd, sowohl in der EG als auch weltweit); ein politischer Sprengstoff. Zucker ist ein Produkt, das immer wieder Ordnungen angreift, zersetzt, auflöst und daher aus seiner Natur ein Produkt des Un-Friedens. Zucker ist keine Privatsache. Er ist eine Waffe und gehört vors Kriegsgericht. ... Zucker ist ein unsoziales Produkt, das alle betrügt: den Zuckerproduzenten und den Zuckerarbeiter; den Zuckerrübenbauer hier und den neuen Zuckerbaron in der Dritten Welt: Statt zu Partnern werden sie im Zucker zu Feinden. ... Zucker betrügt aber auch den Genießer: Er hat schwere Folgekosten zu zahlen." (S. 10)

Al Imfelds Buch bietet Informationen rund um den Zucker: es beginnt mit Informationen, was Zucker chemisch eigentlich ist und welche Auswirkungen der Zuckerkonsum auf die Gesundheit hat. Es folgt eine kurze Geschichte des Zuckers, der zuerst wild in Melanesien vorkam und dann im Lauf der Jahrhunderte von den "Entdeckern" und Eroberern über die Welt verbreitet wurde.

Im zweiten Teil beschäftigt sich Imfeld mit dem ZUCKER-AGROBUSINESS: "... das ist weniger die einzelne Firma als vielmehr das System. Zur totalen Kontrolle sowohl der Rohstoffe und ihrer Verarbeitung als auch der Produktion und ihrer Vermarktung wird ein eng vernetztes System aufgebaut." (S. 57) Portraits wichtiger Zuckerkonzerne, wie z.B. von Tate and Lyle (laut Eigenwerbung "eine Weltkraft in der Nahrungsmittelproduktion") und des französischen Zuckerkonzerns Sucden beschreiben die Rolle des Zuckers für die Entwicklung europäischer Kapitale. Welche Macht sie über die Zuckerproduzenten haben zeigt die Story von Coca-Cola: Da der Konzern für den süßen braunen Papp große Mengen an Zucker benötigt und damit einer der wichtigsten Zuckerkäufer war, führte die Umstellung auf Zuckerersatz zu einer Panik unter den Rohrzuckerproduzenten.

Der dritte Teil des Buches "Schauplätze des Zuckerkrieges" stellt in Länder- bzw. Regionalstudien die Folgen der Zucker-Monokulturen für die Anbauländer dar: Die Geschichte des Zuckeranbaus in der Karibik ist auch die Geschichte des Sklavenhandels und der Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts dieser Region; Zucker auf den Philippinen ist die brutale Unterdrückung der Zuckerarbeiter; der Sudan geriet mit der Zuckerproduktion immer tiefer in die Verschul-

dung; Tansanias Versuch eines "dritten Weges" kam am Zucker nicht vorbei; in Kuba wurde die Zuckerernte zu einem Mythos der Revolution: die "Gran Zafra" von 1969/70 sollte 10 Mio t Zucker einbringen, was nicht gelang; erst nach diesem Fehlschlag begannen die kubanischen Planer über eine Diversifizierung der Landwirtschaft nachzudenken, um von der einseitigen Zuckerabhängigkeit loszukommen. Brasilien ist heute der größte Zuckerproduzent der Welt und gleichzeitig die große Versuchsstation für die Herstellung von Treibstoff (Äthanol) aus Zucker; die Folge: der Zucker verdrängt den Anbau von Nahrungsmitteln, immer mehr

Menschen müssen hungern.

Der vierte Teil des Buches beschreibt die internationalen Zuckermärkte und die Mechanismen des internationalen Zuckerabkommens.

Das Buch von Al Imfeld ist sehr lebendig und spannend geschrieben. Es bietet einen guten Einstieg für alle, die sich mit dem Problem der Rohstoffproduktion und der Rohstoffabhängigkeit beschäftigen wollen. Für interessierte Leser ist auch die ausführliche Bibliographie sehr nützlich. Hier finden sich Angaben über die wichtigsten Studien zu den verschiedenen im Buch angesprochenen Aspekten von Produktion, Vermarktung und Konsum von Zucker.

Eine sehr anschauliche Beschreibung der Zuckerproduktion und der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Zuckerarbeiter in der Karibik bietet das Buch
Maurice Lemoine: BITTERER ZUCKER - SKLAVEN HEUTE IN DER KARIBIK
300 S., Rotpunkt-Verlag, Zürich 1983

In seinem dokumentarischen Roman schildert Maurice Lemoine das Schicksal von Haitianern, die sich in der Dominikanischen Republik als Zuckerarbeiter verdingen. Die dominikanische Zuckerindustrie ist auf haitianische Arbeitskräfte angewiesen; jährlich werden etwa 15 000 Haitianer für die Zuckerrohrernte rekrutiert. Hunger, Arbeit bis zur Erschöpfung, raffinierte Ausbeutung auf allen Ebenen, Rassismus zwischen den schwarzen Haitianern und den helleren Dominikanern, Betrügereien und Elend und praktisch keine Möglichkeit, der Verschuldung zu entkommen prägen ihren Alltag auf den Zuckerplantagen. Von diesem Menschenhandel profitiert die dominikanische Zuckerindustrie und das Regime von "Baby Doc".

Lemoine schildert in seinem Roman das Schicksal von 3 Kongos - so werden die haitianischen Arbeiter in der Dominikanischen Republik genannt. In die Romanhandlung sind Informationen über die wirtschaftliche und politische Situation in den beiden Ländern eingebaut, Informationen vor allem über die brutale und korrupte Diktatur von Jean-Claude Duvalier und der "Tontons Macoutes", der Leibgarde des Präsidenten von Haiti. Diese Informationen wirken an manchen Stellen etwas aufdringlich pädagogisch, sind aber für das Verständnis des Lesers sehr wichtig.

"Bitterer Zucker" dokumentiert so in Romanform den Preis, den die Arbeiter Haitis und der Dominikanischen Republik für die Profite der internationalen Agrokonzerne zahlen müssen.

Eine kurze Einführung zum Thema "Rohstoff Zucker" bietet auch die Nummer 2/1982 der ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN KORRESPONDENZ. Eilige Leser können sich hier einen ersten Überblick verschaffen. (Adresse: EPK, Postfach 2846, 2 Hamburg 19).

Welche Auswirkungen die Ausweitung der Zuckerproduktion zur Herstellung von Äthanol in Brasilien hat, zeigt: R. Linhart, Der Zucker und der Hunger. Reise in ein Land, wo der Zucker wächst: Brasilien. Wagenbach-Taschenbuch, Berlin 1980.

Frauen in Lateinamerika

Das Thema "Frauen in der Dritten Welt" ist zu einem Renner auf dem deutschen Buchmarkt geworden. Immer mehr Bücher zum Thema erscheinen: Sammelbände, Analysen, Lebensberichte von einzelnen Frauen. Gerade zur Situation der Frauen in Lateinamerika wurden etliche Bücher veröffentlicht. Ende 1983 erschien auch beim Junius-Verlag ein Buch zu diesem Thema:

Graciela R. Aguilar / Peter Vogel (Hrsg.): FRAUEN IN LATEINAMERIKA - ALLTAG UND WIDERSTAND, 245 S., Hamburg 1983

Die beiden Herausgeber versammelten Analysen, Lebensbeschreibungen und Interviews zur Situation lateinamerikanischer Frauen. Die einzelnen Beiträge sind einerseits wissenschaftliche Studien zur Lebens- und Arbeitssituation der Frau, andererseits lebendige Berichte von Frauen, die über ihr Leben und ihren Kampf ums Überleben und politische Rechte erzählen.

Den Herausgebern ist es wichtig, "den Stand der Auseinandersetzungen dort nicht danach (zu) beurteilen, wie weit die Forderungen der europäisch-nordamerikanischen feministischen Bewegung darin Eingang gefunden haben. Gesellschaftliche Kämpfe sind Resultat spezifischer, historisch gewachsener Verhältnisse und entspringen den Interessen der unmittelbar Betroffenen." (S. 7)

In diesem Band ergänzen sich subjektive Erfahrungsberichte und empirische Untersuchungen zu den Themen: Frauenalltag, Machismo - Sexismus lateinamerikanisch, Frau und Arbeit, Prostitution, Geburtenkontrolle, politischer Widerstand, Frauenkämpfe im Reproduktionsbereich, Frauenkämpfe am außerhäuslichen Arbeitsplatz, Frauenkampf und Revolution.

Die einzelnen Beiträge beleuchten die soziale, wirtschaftliche und politische Situation der Frauen in Lateinamerika. Was dabei sehr deutlich wird, ist, daß Armut und Unterdrückung nicht automatisch zum Widerstand führen. Die Problematik ist weitaus komplexer, wie die Herausgeber im Vorwort formulieren: "Für die Mehrheit der Frauen in Lateinamerika heißt ... die erste Frage, die sich jeden Morgen aufs neue stellt: Wie schaffe ich es den heutigen Tag zu überleben? Der primäre Kampf der einzelnen Frau ist der um die nackte Existenz und das Überleben der Kinder. Auf sich allein gestellt, erfährt sie Armut und Unterdrückung als vorgegebenes Unglück, dem sie nur mit einer geschickten Mischung aus Anpassung und verstecktem Widerstand, vor allem aber mit unermüdlicher harter Arbeit trotzen kann. Die fremdbestimmte Frauenrolle, in die sie gezwängt ist, lehnt sie nicht einfach ab, sondern braucht sie als ihre einzige, einigermaßen gesicherte Basis, von der aus sie handeln kann. Ohne Aussicht auf gesellschaftliche Veränderung, die nur in einem kollektiven Prozeß entstehen kann, muß sie sogar selbst um die Kontinuität ihrer Rolle besorgt sein, denn außerhalb dieser wird ihr das Leben noch schwerer gemacht. Von einer Frau, die nicht Mutter wird oder als Mutter ledig bleibt, sagt man, sie habe Schiffbruch erlitten. Richtet sie ihre Aktivitäten nach außen - d.h. außer Haus -, gilt sie als Gefallene; das Stigma der Prostitution wird ihr angehängt." (S. 10)

Das Buch von Aguilar und Vogel macht Studien und Berichte aus den Jahren zwischen 1975 und 1983 zugänglich, die teilweise zwar schon erschienen aber schwer zugänglich waren. Es bietet einen Eindruck von der Situation der Frauen in Lateinamerika, ihren Lebens- und Arbeitsbedingungen und ihren politischen Kampf- formen. Natürlich läßt ein solcher Überblick viele Fragen offen; aber es ist auch nicht der Anspruch des Buches, eine umfassende Analyse zu bieten. Wer sich nach der Lektüre genauer informieren möchte, der ist auf die Quellenangaben verwiesen. Leider fehlt eine Bibliographie weiterführender und greifbarer Literatur die gerade bei einem derartigen Sammelband, der sich nicht nur an "Insider" richtet, sehr nützlich gewesen wäre.

Eingegangene Bücher

Jorge Icaza, Caballero im geborgten Frack. Dialog Dritte Welt, Lanuv-Verlag, Bornheim-Merten 1984

Mittelamerika-Jugendgruppe Baunatal: Nicaraguas Bauern heute. 1984, 45 S. Bezugsadresse: S. und M. Appel, An den Windmühlen 5c, 3501 Baunatal

Nikolaus Werz: Parteien, Staat und Entwicklung in Venezuela. Arnold-Bergstraesser-Institut, Materialien zur Entwicklungspolitik, Weltforum-Verlag, München-Köln-London 1983, 355 S.

Michael Banos (Hrsg.): Brennpunkt Zentralamerika mit Sonderteil Grenada, Anhang Chile - 10 Jahre nach dem Putsch, Verlag Roter Morgen, Dortmund 1984, 190 S.

Dokumentation und Report 1/1982: Konzeption der Lateinamerika-Politik der USA der 60er Jahre (Adress by John F. Kennedy, 13.3.1961, Declaration to the peoples of America, The Charter of Punta del Este)

Dokumentation und Report 2/83: Konzeption der Lateinamerika-Politik der USA für die 70er Jahre (The Rockefeller Report on Quality of Life in the Americas, Statement by President Nixon). Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Frankfurt/Main

Peter J. Opitz (Hrsg.): Die Dritte Welt in der Krise - Grundprobleme der Entwicklungsländer. C.H. Beck-Verlag, München 1984, 275 S.

Jahrbuch 3. Welt II: Daten, Übersichten, Analysen. C.H. Beck-Verlag, München 1984, 222 S.

León E. Bieber: Las relaciones económicas de Bolivia con Alemania 1880-1920, Colloquium-Verlag, Berlin 1984, 136 S.

Peter Christoffersen: Guatemala - Ferienparadies zwischen Massengräbern. Warum man am Atitlán-See keine Touristen mehr trifft. ne-edition con, Bremen 1983

Fidel Castro: Wenn wir überleben wollen. Die ökonomische und soziale Krise der Welt. Weltkreis-Verlag, Dortmund 1984, 296 S.

Stephen Schlesinger / Stephen Kinzer: Bananenkrieg. CIA-Putsch in Guatemala. Ernst Kabel Verlag, Hamburg 1984

Deutscher Naturschulzring / Bundesverband für Umweltschutz: Umweltgerechte Entwicklungspolitik. Beiträge zum Natur- und Umweltschutz Nr. 9. Bezugsadresse: Postfach 32 02 10, 53 Bonn 3



Zeitschriftenschau

Brasilien Nachrichten Nr. 81 Lichtenbergstr. 1, 4500 Osnabrück
Brasilien als Rüstungsexportland: Die Entwicklung Brasiliens zum größten Waffenexporteur der 3. Welt / **Brasilien - Kernwaffenstaat** mit Hilfe der Bundesrepublik Deutschland / **Brasilien - Durch Rüstungsexporte** heraus aus der Unterentwicklung / **Chronik Brasilien 1983** / **Priester und Posseiros frei** / **WER ist WER** in der brasilianischen Wirtschaft? / **Vorwürfe gegen VW-Farm:** Was ist es, was VW so blind macht? / **Chronik der Konflikte um die VW-Fazenda** / **Bericht des PT-Abgeordneten Expedito Soares über den Besuch auf der VW-Fazenda "Vale do Rio Cristalino"** / **Bischof Hanrahan:** "Wir klagen Volkswagen des Mangels an Verantwortungsbewußtsein an" / **Volkswagen, von der Zusammenarbeit des 21. Jahrhunderts mit dem 18. Jahrhundert / Volkswagen Wolfsburg** antwortet.

ila-info Nr. 76, Mai 1984 Römerstr. 88, 5300 Bonn
Schwerpunktthema: Blutsauger: Das Geschäft mit Menschenblut - Anfang vor Ende aller Moralvorstellungen in Gefolge von Geldgier und technischer Machbarkeit? / **Die schwierige Verfolgung der Blutspuren eines Pharmariessen**

Berichte und Hintergründe: The "Caribbean Basin Initiative" - ein neues Modell alter Hinterhofpolitik / **Konterrevolution konkret:** Eindrücke aus dem "befreiten" Grenada / **Honduras:** Deprimierende Rolle des UN-Hochkommissariats bei der geplanten Flüchtlingsverlagerung / **US-Ärger mit honduranischer Marionettenfigur:** Entmachtung von General Alvarez / **Nicaragua:** "Positive Öffnung, aber noch keine klaren Ziele": Gespräch mit der Miskitoführerin Hazel Lau / **Guatemala:** Die neuen Dörfer des 20. Jahrhunderts

Ländernachrichten: Brasilien: 1150 km zu Fuß für Direktwahlen / **Costa Rica:** Polizeieinsätze gegen Flüchtlinge und Bürgeraktionen / **Dominikanische Republik:** Bilanz der INF-Verhandlungen: Massenverhaftungen und Tote / **El Salvador:** "Wahl"-Runde - zweiter Teil / **Guatemala:** Entwicklung einer "beeindruckenden" Rüstungsindustrie mit Hilfe Israels * "Galil"-Gewehre und "Uzi"-Maschinenpistolen bereits Standard bei der Armee / **Haiti:** So löste Baby Doc das Wahlproblem / **Honduras/El Salvador:** Aufklärungsflugzeuge und elektronischer Krieg / **Nicaragua:** Biologischer Pflanzenschutz statt Pestizideinsatz / **Uruguay:** Liber Deregni, Führer der "Frente Amplio", nach zehn Jahren Haft entlassen / **Solidaritätsbewegung:** Aktion Sobradinho/Brasilien: Widerstand im Schatten des tödlichen Staudamms / **DUKO-Pharna-Kampagne:** Bittere Pillen für die Dritte Welt / **Handwerklich begabte Brigadisten für Nicaragua / Frieder für Mittelamerika:** Resolution der Aktionskonferenz der Friedensbewegung

blätter des iz3w Nr. 117 Postfach 5328, 7800 Freiburg
Nachrichten und Berichte zu Nicaragua, Chile / Brennpunkt Mocambique: Destabilisierungspolitik in Mocambique / **Wir haben Mais gesät, aber es ist nichts gewachsen / Dringende Hilferufe / Die Verfassungsreform in Südafrika / BRD-Entwicklungspolitik / BUKO-Kampagne / BUKO-Aufruf / Aktion Vegetarische Woche / Verbot politischer Literatur / Umweltverschmutzung in der 3. Welt / Tigray-Interview**

Antiimperialistisches Informationsbulletin Nr. 5/1984 Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Kommentar: Die Vernichtung Mittelamerikas / **Südliches Afrika:** Kein Frieden im südlichen Afrika / **Stellungnahme des ANC:** Kein Kompromiß mit dem Apartheidregime / **Nichtangriffsvertrag Mocambique - Südafrika / Oliver Yanbo (ANC):** Wir müssen unsere Position verteidigen / **Gemeinsame Erklärungen Angolas und Kubas / Die Bonner Politik gegenüber dem südlichen Afrika / Libanon:** Neuordnung der Widersprüche / **El Salvador:** Erklärung der FMLN/FDR zu den Präsidentschaftswahlen / **Bericht einer unabhängigen Beobachterdelegation zu den Wahlen / J. Villalobos (FMLN):** Die Wahlen - ein Tag mehr in Krieg / **Grenada:** Bericht über die Tage nach der Invasion / **USA:** Was ist der militärisch-industrielle Komplex / **Sonderteil zu Guatemala:** Guatemalas Platz in der Mittelamerikakrise / **Die Aufstandsbekämpfung bleibt Regierungsprogramm / Die wirtschaftliche und politische Krise / Gespräch mit Julia Esquivel / Das Beispiel Coca Cola / US-Intervention 1954 / Vereinigungsproklamation der URNG**

epd-Entwicklungspolitik Nr. 8/84 Postfach 174192, 6000 Frankfurt 17
Information: **Minenblockade Nicaragua / Schuldentilgung in Mexiko / Pestizide in Brasilien / Kommentar / Bericht:** Nabelschau - zur neuen Filmpolitik des BRZ / **I. Internationale Konferenz von Frieden- und Befreiungsbewegungen / Interview mit Jolyana Lumumba / Dokumentation:** Cardenal: Ghandi kam aus dem Süden - Clausewitz aus dem Norden / **Berrigan:** Gewalt oder Gewaltfreiheit ist nicht die entscheidende Frage / **V. von Roques** über die Konferenz von Malta / **Arbeitszeitverkürzung, Rüstungsabbau und Kampf gegen die Armut in der 3. Welt**

Stuttgart: Solidaritätswoche mit Nicaragua

An der Universität Stuttgart findet in der Woche vom 4. - 8. Juni 1984 eine Solidaritätswoche zu Nicaragua statt. Neben Spendenaktionen und Zeitschriftenständen gibt es die ganze Woche eine

Nicaragua - Ausstellung im Foyer des Kollegiengebäudes 1 (K1, Keplerstraße).

Am Dienstag, den 5. Juni um 9.30 Uhr berichtet der Gewerkschafter Rainer Salm über **Betriebsversammlungen und Zivilverteidigungstrainings in Nicaragua** (Raum 108).

Am Mittwochabend, 6. Juni findet das **Solidaritätsfest** statt. Brigadisten erzählen von ihren Eindrücken und ihrer Arbeit. Es spielt die Gruppe **Piray (Chile)**. Unter anderem gibt es Bohnen und Tortillas. Einlaß 19.30 Uhr.

Am Donnerstag, 7. Juni um 19.00 Uhr hält Prof. Norbert Greinacher einen Vortrag: **"Nicaragua ein bedrohtes Land"** (Raum 108 K1). Außerdem soll versucht werden, eine Patenschaft mit der Universität von Managua, Simon Bolivar aufzubauen.

Veranstalter: Fachschaft Architektur

Wer macht was in Nicaragua

Für bessere Zusammenarbeit: Projekt-Reader beschlossen

Am 14. - 16. 4. trafen sich in Hamburg nach offener Einladung Unterstützer verschiedenster Projekte in Nicaragua und Vertreter des INFO-Büros. Nach ausführlicher Diskussion wurde beschlossen als ersten Schritt zu besserer Information und letztendlich besserer Kooperation einen **Projekt-Reader** zu erstellen. Dieser Reader soll für möglichst jedes Projekt Ziele, in Nicaragua beteiligte Organisation/Instanz, hier das Projekt tragende Gruppen usw. enthalten. Jedes Projekt kann und soll aufgenommen werden. Der Reader soll so gegliedert werden, daß man/frau sich leicht und schnell darüber informieren kann, wer auf welchem Gebiet in welcher Region Nicaraguas mit welchen Erfahrungen welches Projekt unterstützt.

Zum Verfahren: Jede Gruppe, die selbst ein Projekt macht oder eine Gruppe kennt, die ein Projekt macht, oder Leute kennt, die Leute kennen, die ... , schickt die Adressen an die Sammelstelle. Von dort erhält das Projekt einen Fragebogen (ca. 8 Fragen) mit der Bitte, diesen ggf. mit weiterer Information versehen ausgefüllt zurückzuschicken. Legt frau/man außerdem DM 20,- bei, gibt's bis Mitte Juni als Gegenleistung den kompletten Reader mit Adressen usw. Außer für die Druckkosten, Porto, Telefon usw. werden die DM 20,- für den "Freiwilligen" gebraucht, der es auf sich genommen hat, in nur sechs Wochen den mehr als 150 (!) Einzelprojekten nachzurennen und den Reader bis zum nächsten Nica-Bundestreffen (15. - 17. 6. 84) zu erstellen. Redaktionsschluß ist Ende Mai. Parallel zum Bundestreffen soll dann über den nächsten Schritt beraten werden.

Sammeladresse: Thomas Kolbe, Thedestr. 11, 2000 Hamburg 50
 Tel.: (040) 389 41 99

15

Jahre

"links"

Die Unterscheidung zwischen dem Recht auf Arbeit und dem Recht auf Lohnarbeit bedeutet also, daß zwar weiterhin ein geringer Teil der zu verrichtenden Arbeiten in Form von Lohnarbeit gemacht werden muß, diese aber nicht mehr den größeren Teil des Lebens eines Menschen beanspruchen wird.

(Andre Gorz in der 'links' Mai 84)

Besetzungen haben in Lateinamerika einen emphatischen Sinn. Das besetzte Land, die Fabrik gehören nun nicht mehr fremden Herren, sondern sie sind angeeignet. Die Coca Cola-Arbeiter halten ihre Fabrik peinlich sauber. Den Konzern der nicht ihrer sein kann, verarschen sie: 'Manchmal werden Unterhaltungsabende organisiert. An einem Abend sahen wir einen umwerfenden Schönheitswettbewerb, bei dem ein brustbehaarter Arbeiter mit Perücke und make up zur Miss Coca Cola gekrönt wurde. Ihr Hofstaat bestand aus einer wilden Mischung von merkwürdigen Kauzen und Gnomen einschließlich jemandem mit einer Maske von Ronald Reagan!'

('links' Mai 84)

link

Nr. 0 · 4/69

Sozialistische Zeitschrift

Anno Klönne
Europa
der
Militäre
und
Monopole



In dieser Ausgabe:
Günter Kieser, die
Lage der Sozialisten
und die Bedeutung der
Kommunisten in der
BRD
Eduard Mayer, eine
Kritik an der
Kommunisten
in der BRD
Zur
Kommunisten
in der BRD
Kommunisten
in der BRD

A. Pardo
Spanien:
Arbeiter-
opposition
und Katho-
liken

Bernd Schleich, ehemaliger Beauftragter des DED in NICARAGUA kritisiert die entwicklungspolitischen Programme der Grünen. Was im Sindelfinger Programm steht, kann jeder aufrechte Sozialdemokrat unterschreiben. Wo man bei den Grünen besonders fortschrittliche Forderungen findet, sind sie der CDU sehr nahe. Warum überhaupt Entwicklungspolitik? Stattdessen eine Außenpolitik, die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung fördert.

('links' Januar/Februar 84)

Monatlich 36 Seiten,
Einzelheft DM 3,50.
Jahresabo DM 38,- incl. Ver-
sandkosten.
Bezug: Sozialistisches Büro
Postfach 591
6050 Offenbach 4
Probeexemplar kostenlos

WECHSELWIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT



Ökologische Perspektiven & grüner Alltag

Schwerpunkt: Ökologische Perspektiven & grüner Alltag: Natur als Grenze oder als Partner? * Die Grünen im Bundestagsausschuß für F&T * Das Umweltlabor Krebsmühle * Öko-Institut * Ökologie - Alternative zu den „klassischen“ Naturwissenschaften? * Irrationaler Pflanzenschutz * Sanfte Geburt - sanfte Natur? * Weitere Themen: Die Reichsautobahn * Tierschutz * Nitrate im Wasser * Wissenschaftlerinnen in der DDR * Ökologische Stabilität und menschliche Arbeit * Innovation, Arbeitnehmerinteressen und Akzeptanz *

WECHSELWIRKUNG berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Gewerkschaften und soziale Konflikte. WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf. WECHSELWIRKUNG ist ein Diskussionsforum für Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker. WECHSELWIRKUNG erscheint vierteljährlich. Bestellungen an: WECHSELWIRKUNG, Gneisenaustr.2, 1000 Berlin 61 DM 5.- Einzelheft (+ Versandkosten), DM 20.- Abonnement für 4 Hefte (incl. Versandkosten)